

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



April 2024

Neuer Ausschuss der Schwerbehindertenvertretungen gegründet

Mehr Aufmerksamkeit erzielen

Der Landesvorstand kann für die Erfüllung bestimmter satzungsgemäßer Aufgaben Fachausschüsse bilden. Für eine effiziente Arbeitsstruktur des Landesverbandes ist dies ein wichtiger Schritt, denn durch die sorgfältige Besetzung dieser Gremien ist eine vielfältige Expertise gewährleistet, die eine ganzheitliche Betrachtung der anstehenden Aufgaben ermöglicht.

Im letzten Jahr wurde im Landesverband ein neuer Ausschuss gegründet, der Ausschuss der Schwerbehindertenvertretungen (SBV), welcher die Schwerbehindertenvertretungen bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in den Betrieben unterstützt und ihnen beratend und helfend zur Seite steht.

Am 23. November 2023 hat sich der Ausschuss konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Die Mitglieder des Ausschusses sind bzw. waren selbst als Schwerbehindertenvertreter in/Vertrauensleute der Schwerbehinderten in Betrieben tätig oder sie sind es noch. Diese Expert*innen haben be-

reits erste Aufgaben definiert und einen Fahrplan erstellt.

Inhaltliche Schwerpunkte und Ziele dieses Ausschusses, deren Vorsitzende Sabine Schwarz ist, werden unter anderem sein: Beratung und Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen zu Schwerpunkten des SGB IX, Zusammenarbeit mit Verbänden, Gewerkschaften und Politik zur Stärkung der SBV und der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen auf den ersten Arbeitsmarkt, Austausch und Schulungen zu Themen welche für die SBV wichtig sind und Sprechstunden der SBV sowie Unterstützung von Anliegen der Mitglieder des Landesver-

bandes in Sachen Behinderung und Barrierefreiheit.

Die Arbeit des Ausschusses wird auf der Internetseite des Landesverbandes mit hilfreichen Tipps, aktuellen Urteilen und Links zu wichtigen Seiten für Schwerbehindertenvertretungen dargestellt, für die der Ausschuss künftig eine Sprechstunde anbieten will.

Die hoch motivierten Mitglieder des Ausschusses hoffen, mit ihrer Arbeit einen Beitrag dazu zu leisten, die Schwerbehindertenvertretungen und ihre wichtige Arbeit wieder mehr in den Fokus der Gesellschaft zu rücken.

Die Mitglieder des Ausschusses sind: Vorsitzende: Sabine Schwarz (Kreisvorsitzende Tempelhof-Schöneberg), Mitglieder: Sabine Laudahn (Steglitz-Zehlendorf), Gabriele Sander (Kreuzberg-Schöneberg), Ralf Dylla (Kreuzberg-Schöneberg), Stefan Koch (Kreuzberg-Schöneberg), Dr. Peter Sdorra (Charlottenburg-Wilmersdorf), Regina Kühne (Tempelhof-Schöneberg), Roland Harnoth (Spandau), Angela Rozanski (Kreuzberg-Schöneberg), Michael Meder (Berlin Ost), Sylvia Kunig (Tempelhof-Schöneberg) und Birgit Domröse als hauptamtliche Begleitung (Landesgeschäftsleiterin).



Foto: pexels / andrew neel

Einsamkeit hat viele Ursachen und findet sich inzwischen in allen Altersgruppen der Bevölkerung.

Einsamkeit ist ein wichtiges Thema im SoVD

Gemeinsam statt einsam

Die Bekämpfung der Einsamkeit ist einer der Schwerpunkte der Strategie im SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg. Der Verband setzt sich sowohl auf politischer Ebene als auch mit seiner praktischen Arbeit dafür ein, die Ursachen anzugehen.

Einsamkeit kommt längst nicht mehr nur bei Menschen in höherem Lebensalter vor, sondern zunehmend bei Jüngeren, insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Eltern kleiner Kinder sowie Alleinlebenden. Die Einsamkeit für hochaltrige Menschen zwischen 85 und 95 Jahren ist ein besonders gravierendes Problem. Berlin ist auch die Hauptstadt der Einsamkeit, jede*r Zehnte fühlt sich einsam.

Einsamkeit kann zu psychischen Problemen und körperlichen Erkrankungen führen – Isolation und Depression bis hin zum Suizid sind die Folgen.

Einsamkeit ist häufig mit sozialer Schwäche eng verbunden: niedriges Einkommen, Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Einschränkungen, Partnerverlust, Bruch mit der Familie ...

Eine entscheidende Rolle spielt auch die Digitalisierung in immer mehr Lebensbereichen, an denen Menschen aus materiellen Gründen oder infolge ihres höheren Lebensalters nicht mithalten können. Um chronisch einsame Menschen aus ihrer Isolation herauszuholen, müssen diese mehrmals angesprochen und eine Vertrauensbasis aufgebaut werden. Oft fehlen diesen Menschen aber die notwendigen materiellen Voraussetzungen, wie zum Beispiel digitale Geräte, um das Internet zu nutzen oder an Veranstaltungen und Arbeitsgruppen teilzunehmen.

Der SoVD ist in erster Linie gefordert, die sozialen Schwächen zu überwinden. In seiner Alltags- und Sozialberatung helfen ehrenamtliche Sozialberater*innen, die hauptamtlichen Jurist*innen beraten in weiterführenden rechtlichen Fragen. Dazu kommt die sozialpolitische Lobbyarbeit auf Bundes- und Landesebene.

Seit über 30 Jahren gibt es das vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) geförderte Projekt „ehrenamtlicher Besuchsdienst“ im SoVD-Landesverband und die Mitmachangebote in der Landesgeschäftsstelle sowie den Kreis- und Ortsverbänden unter dem Motto „Gemeinsam gegen Einsam“ wurden erheblich erweitert. Die Termine werden in der Mitgliederzeitung und auf der Internetseite veröffentlicht.

Die Bekämpfung von Einsamkeit ist sowohl in der Koalitionsvereinbarung als auch in der Regierungserklärung des amtierenden Berliner Senats verankert. Seit Corona haben die Maßnahmen auch in den Berliner Bezirken zugenommen. Jetzt liegt dem Berliner Abgeordnetenhaus dazu ein gemeinsamer Antrag von CDU und SPD vor. Es geht es um die Schaffung von Stellen für Beauftragte zur Bekämpfung von Einsamkeit in der obersten politischen Führungsebene mit ressortübergreifender Wirksamkeit, wie es in anderen Ländern schon geschieht.

Der SoVD ist ständig gefordert, den Menschen über die dem Verband zur Verfügung stehende ehrenamtliche Hilfe die Hand zu reichen, ihnen Mut zu machen, aber auch gemeinsame Erlebnisse und Erinnerungen schaffen.

Ursula Engelen-Kefer



Die Mitglieder des neuen SoVD-Ausschusses der Schwerbehindertenvertretungen freuen sich auf ihre Aufgaben.

Demonstration am 5. Mai

Am 5. Mai um 14 Uhr findet der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in Berlin statt. Der Demonstrationzug geht vom Brandenburger Tor zum Roten Rathaus. SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer wird an vorderster Front dabei sein.

Am Roten Rathaus gibt es ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm. Auch die Spitzen des Berliner Senats kommen und sich kritischen Fragen stellen werden.

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg beteiligt

sich im Organisationsausschuss und ist mit einem Infostand präsent.

Der Europäische Protesttag steht dieses Jahr unter dem Motto „Selbstbestimmt Leben – ohne Barrieren“. Damit soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) endlich besser umgesetzt werden muss. Die UN-BRK wurde von Deutschland vor bald 15 Jahren angenommen. Trotzdem bestehen immer noch erhebliche Mängel, den Verpflichtungen zu einer inklusiven Gesellschaft nachzukommen.



Auch dieses Jahr wird Ursula Engelen-Kefer wieder auf einem Demowagen stehen.



Interview

Einblick in die Sozialberatung

Mit Herzblut und einer persönlichen Geschichte, die von Herausforderungen und persönlichem Wachstum geprägt ist, engagiert sich Roland Harnoth als Sozialberater für den SoVD Falkensee. Das Interview gibt Einblicke in seine tägliche Arbeit.

Was hat Sie motiviert, sich als ehrenamtlicher Sozialberater beim SoVD zu engagieren?

Während meiner beruflichen Zeit war ich jahrelang als Schwerbehindertenvertreter in einem großen Betrieb in Siemensstadt und als ehrenamtlicher Arbeitsrichter in Berlin tätig. Da ich selbst als Schwerbehinderter und Rentner betroffen bin, möchte ich meine Erfahrungen nutzen, um anderen zu helfen. Bisher haben wir alle Mitglieder aus dem Brandenburger Umland in unserem Kreisverbandsbüro in Spandau beraten. Als die Stelle im Ortsverband Falkensee frei wurde, habe ich mich zur Verfügung gestellt. Das hat Vorteile für die Mitglieder, da der Weg zur Beratung nun nicht mehr so weit ist.

Welches sind Ihre täglichen bzw. häufigsten Herausforderungen als ehrenamtlicher Sozialberater?

Viele Menschen, die zu uns kommen, haben mehrere Anliegen im Gepäck. Manchen ist die Vielfalt der Anträge gar nicht bewusst. Die seelische und auch die körperliche Verfassung hindert oft daran, die richtigen Fragen zu stellen und damit die richtigen Antworten zu bekommen. Deshalb ist Zuhören das Wichtigste, es schafft eine gute und vertrauliche Gesprächsbasis.

Wir beraten und helfen bei der Bewältigung von Anträgen und einer logischen Vorgehensweise. Wenn ein Mitglied kurz vor Ablauf der gesetzlichen Fristen einen Termin bei uns wahrnimmt, ist das eine schwierige Situation, die schnelles und umsichtiges Handeln erfordert. So kann sein, dass der Vorgang dann an unsere Sozial- und Rechtsberatung wei-



Roland Harnoth kann viel berufliche Erfahrung in seinen Job als ehrenamtlicher Sozialrechtsberater in den SoVD einbringen.

tergegeben werden muss.

Ansonsten sind neben der Büroarbeit die Auseinandersetzungen mit den gesetzlichen Leistungsträgern wie Rentenversicherungen, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften etc. mittlerweile einer der größten Herausforderungen, da deren Handlungsweisen oft nicht nachvollziehbar sind und die Antrags- und Widerspruchsverfahren immer schwieriger werden.

Welche persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten sind besonders wichtig, um effektiv als ehrenamtlicher Sozialberater zu arbeiten?

In erster Linie Ehrlichkeit, Authentizität und Fachwissen. Wenn dann noch die Motivation und der ungebrochene Wille zum Helfen dazu kommt, ist man eigentlich schon gut aufgestellt. Auch die Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Kreis- und Ortsverbänden sowie der Landesgeschäftsstelle spielen eine große Rolle. Beeindruckend ist, dass Mitglieder, denen wir geholfen haben, zu uns kommen und sich persönlich bedanken

mit den Worten „Gut, dass es euch gibt, sonst hätte ich aufgegeben.“

Welche langfristigen Ziele hat der SoVD-Ortsverband Falkensee und wie können Sie dazu beitragen?

Persönlich glaube ich, dass man selbst merkt, ob Hilfe nötig ist. Man kann immer etwas bewegen und sei das Engagement auch noch so klein. Wir freuen uns über jede*n, der sich für unseren Verband stark macht und uns unterstützt. Langfristige Ziele sind die Betreuung der Mitglieder in unseren Nachbargemeinden Dallgow-Döberitz, Schönwalde, Wustermark und Brieselang, mit denen wir bereits persönliche Kontakte pflegen. Ein Ziel, das mir sehr am Herzen liegt, ist eine Beratungsstelle in Falkensee, damit die weniger mobilen Mitglieder nicht nur durch Hausbesuche beraten werden können.

Interviewer: Mark Jeroen Brozek

Kontakt: Ortsverband Falkensee, Roland Harnoth, Tel.: 030/33 63 676 oder 0171/75 89 400 (mobil), E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.



Das Auftakttreffen der AG Ehrenamt (v.li.): Klaus Engelmann, Angela Rozanski, Heike Roß-Ritterbusch, Jürgen von Rönne, Karin Kosin und Gabriele Schönfeld.

AG Ehrenamt als regelmäßiges Gesprächsangebot

Etwas bewegen wollen

Mitte Februar fand für alle Interessierten das erste Treffen der Arbeitsgemeinschaft Ehrenamt in der Landesgeschäftsstelle unter Leitung von Ehrenamtsmanagerin Heike Roß-Ritterbusch statt.

Wie kann ehrenamtliche Arbeit gut gelingen und auch Erfüllung bringen? Was macht ein gutes Team aus? Darüber diskutierten die Teilnehmer*innen des Treffens und tauschten Ideen für die praktische Arbeit vor Ort aus. Ob als Schriftführer*in in den Kreis- und Ortsverbänden, ob als Alltagsbegleiter*in für Senior*innen bei Behördengängen, es gibt zahlreiche weitere Möglichkeiten, sich im SoVD zu engagieren und seine Fähigkeiten einzubringen.

Wer Interesse an dem regelmäßigen Gesprächsaustausch hat, melde sich bitte bei: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Trauer um Berliner Rollstuhlaktivistin

Immer kämpferisch

„Wir wollen keine Seiteneingänge, sondern dort rein, wo alle hingehen“, forderte die Berliner Rollstuhlaktivistin Ursula Lehmann. Sie kämpfte seit Jahrzehnten für Barrierefreiheit in Berlin.

„Dass Ursula Lehmann eine starke Rollstuhlaktivistin war, konnten wir bei unserem Einsatz um die Barrierefreiheit am Breitscheidplatz hautnah erfahren. Mit ihrer wechselnden Mitgliedschaft in unserem SoVD-Landesverband hat sie ihre Zufriedenheit, aber auch Verärgerung über mangelnde Unterstützung deutlich gemacht“, so die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer. „Wir können uns der Trauer über den Tod von Ursula Lehmann nur anschließen.“ Die Aktivistin verstarb im Dezember 2023.



Ursula Lehmann war engagiert.

Nach einem tragischen Unfall mit ihrem Elektrorollstuhl beim Zugang zum Breitscheidplatz hatte der Landesverband alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Barrierefreiheit auch für elektrische Rollstühle durchzusetzen. Es gab Treffen mit Kommunalpolitiker*innen, dem Behindertenbeauftragten sowie der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, Christine Braunert-Rümenapf, der Presse und dem damaligen Pfarrer der Gedächtniskirche. Leider wurde nur eine halbherzige Lösung erreicht und auch die mehrfachen Bemühungen des SoVD für die Erstattung der Reparaturkosten des elektrischen Rollstuhls von Ursula Lehmann durch den Senat blieben erfolglos.

Jetzt endlich gibt es die Zusicherung des Senats, dass es einen dauerhaft barrierefreien Zugang zum Breitscheidplatz auch für Elektrorollstühle geben soll. Bleibt nur zu hoffen, dass dies auch tatsächlich geschieht. Es ist leider zu spät für Ursula Lehmann. Der SoVD bleibt dran, nicht nur, aber auch als Vermächtnis für die Rollstuhlaktivistin und das zeitweilige Mitglied Ursula Lehmann.

Neue Beratungsstellen

Rentenberatung in der Landesgeschäftsstelle

Rentenberatung mit Henriette Wunderlich in der Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstrasse 131, 10785 Berlin. Beratungstermine per E-Mail: sozialberatung@sovd-bbg.de.

Sozialberatung in Neukölln

Jeder Mittwoch von 13 Uhr bis 15 Uhr im Bürgerzentrum Neukölln, Werbellinstr. 42,

12053 Berlin, barrierefrei. Ansprechpartner: Armin Dötsch, Telefon 0171/12 51 999 (mobil), E-Mail: ks.hoppegarten@sovd-bbg.de.

Sozialberatung in Hoppegarten

Haus der Generationen im Musiksaal, Lindenallee 12, 15366 Hoppegarten, barrierefrei, jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 14 bis 16 Uhr. Die neue Anlaufstelle steht allen Interessierten offen. Ansprech-

partner: Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999 (mobil), E-Mail: ks.hoppegarten@sovd-bbg.de.

Sozialberatung im Bürgerbüro Schwarzheide

Kostenfreie Beratung jeden dritten Freitag im Monat, Bürgerbüro für Senior*innen, Ansprechpartnerin Ines Bärsch, Tel.: 0151/17 85 18 41 (mobil), E-Mail: mobil@sovd-bbg.de



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Landesverband Berlin-Brandenburg

Seit gut einem Jahr gibt es die „Aktion Herzkissen“. Im Laufe der Zeit hat sich eine feste Gruppe von Frauen um die Initiatorinnen Ingelore Frankenstein und ihre Schwester zusammengefunden, die Kissen für an Brustkrebs Erkrankte herstellen. Die Bilanz kann sich sehen lassen: 60 Kissen wurden bereits an das Waldkrankenhaus in Spandau gespendet. Weitere 137 Kissen sind schon fertig und können nun an Betroffene auch in anderen Krankenhäusern verteilt werden. Hinzu kommen circa 250 fertige Herzkissenbezüge, die noch gestopft und genäht werden müssen.

Auch beim SoVD in Finsterwalde wird die Aktion tatkräftig unterstützt. Interessierte Frauen können sich vor Ort an Cornelia Schreiber als Ansprechpartnerin wenden. Auch in der nächsten Zeit werden sich die Frauen regelmäßig treffen, um aus den leeren Herzkissenbezüge tröstliche und kuschelig weiche Herzkissen zu machen. Spätestens im September wird es im Rahmen der Freiwilligentage wieder eine größere Herzkissen-Session geben.

Beim Februar-Spaziergang des Landesverbandes zum Museum für Kommunikation in Berlin konnte die SoVD-Gruppe die Höhepunkte der Kommunikationsgeschichte hautnah erleben – und auch viel Nostalgisches.

Museumsguide Ulrich Berger gab allen Teilnehmenden einen spannenden Einblick in die analoge und digitale Kommunikation. Es wurden alte Geräte entdeckt, wie zum Beispiel der Münzfernsprecher, der inzwischen fast vollständig aus dem Stadtbild verschwunden ist. Dieser Museumsbesuch machte allen Beteiligten deutlich, wie rasant die Entwicklung in der technischen Kommunikation geworden ist.



Landesverband



Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen hatte der SoVD-Landesverband in Berlin zur Aktion #WirSindDieBrandmauer des Netzwerks „Hand in Hand“ aufgerufen. Viele Mitglieder aus den Kreis- und Ortsverbänden waren dem Aufruf gefolgt, darunter Bodo Feilke, Kreisvorsitzender Charlottenburg-Wilmersdorf, Jürgen von Rönne, Ortsvorsitzender Charlottenburg. Sie setzten ein Zeichen gegen Hass, Hetze und rechtsextremistische Tendenzen sowie für Vielfalt, Toleranz und Menschlichkeit.

Ortsverband Spandau-Mitte

Der Ortsverband Spandau-Mitte hatte seine Mitglieder zu einer Tagesfahrt nach Ober-

jünne zum Neujahrsempfang eingeladen und fast 50 SoVD-Mitglieder kamen in den Gasthof „Zum Heidekrug“. Elke und Hanjo Beuke hatten dafür gesorgt, dass auch Mitglieder und Funktionsträger*innen aus anderen SoVD-Kreisverbänden dabei waren und somit der Dialog und das Verständnis über Bezirksgrenzen hinweg gestärkt werden konnten.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Seit Anfang 2024 hat der Kreisverband Steglitz-Zehlendorf wieder einen neuen Treff für die Mitglieder. So fand jetzt das erste Mitgliedertreffen im gemütlichen Ambiente des Hertha-Müller-Hauses in Zehlendorf statt (siehe Foto 2, v. li.: Kreisvorsitzender Wolfgang Engelmänn). Der Kreisverband freut sich auf zahlreiche Teilnahmen und einen regen Austausch bei den nächsten Treffen! Alle Infos auf Seite 14 in der Rubrik "Aus den Kreis- und Ortsverbänden".

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Bei der teilweisen Wiederholung der Bundestagswahl in Berlin am 11. Februar waren unter den ehrenamtlich tätigen Wahlhelfer*innen auch viele Mitglieder des SoVD dabei (siehe Foto 2, v. li.: Joachim Krüger, Rita Krüger-Bieberstein, Marion Halten-Bartels und Dr. Uwe Weigmann, Kreisverband Tiergarten-



Kreisverband Steglitz-Zehlendorf



Ortsverband Spandau-Mitte

Wedding). Auch für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni werden schon jetzt von den Bezirksämtern Wahlhelfende gesucht!

40 Mitglieder nahmen, teils bunt kostümiert, am Faschingstreffen in der Tiergartener Waldstraße teil. Mit Pfannku-

chen bedankte sich der Kreisvorsitzende Joachim Krüger bei allen Ehrenamtlichen im Kreisverband Tiergarten-Wedding für ihren engagierten Einsatz. (Siehe Foto 1, v. li.: Karin Matuszek, Rita Krüger-Bieberstein und Edith Krüger bei der Organisation des Treffens.)



Herzlichen Glückwunsch

Man wird nicht älter, sondern besser.

Theodor Fontane

Im Namen des gesamten Vorstandes sowie des Mitarbeiter*innenteams wünscht der Landesverband Berlin-Brandenburg seinen Mitgliedern von Herzen alles Gute, beste Gesundheit, Glück und zahlreiche positive Überraschungen für das neue Lebensjahr!

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 3.4.: Hansgünter Viebranz, Rangsdorf; 8.4.: Siegfried-Erwin Franzke, Berlin; 9.4.: Ingeborg Albert, Berlin; 12.4.: Hans Danneberg, Berlin; 13.4.: Traute Vogel, Berlin; 15.4.: Heinz Riedel, Berlin; 22.4.: Thea Hänsch, Berlin; 12.4.: Waltraud Froede, Berlin.

91 Jahre: 7.4.: Ursula Kudlik, Berlin; 12.4.: Annemarie Koch, Berlin; 15.4.: Jutta Nakonz, Berlin; 28.4.: Inge Spiesbach, Berlin.

92 Jahre: 4.4.: Anni Kucke, Berlin; 16.4.: Günter Schlickeriger, Berlin.

93 Jahre: 25.4.: Anita König-Hirsch, Berlin.

94 Jahre: 5.4.: Wolfgang Koch, Berlin.

95 Jahre: 28.4.: Dieter Eulberg, Berlin.

96 Jahre: 24.4.: Werner Sugge, Berlin.

Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband gehen an:

für 35 Jahre: 6.4.: Renate Knispel; 14.4.: Monika Eichler; 28.4.: Helga Genz, alle Berlin.

für 40 Jahre: 10.4.: Elvira Schoida, Berlin.

Stand: 23. Februar 2024



KV Tiergarten-Wedding 1



KV Tiergarten-Wedding 2



Termine und Ansprechpartner*innen im SoVD Berlin-Brandenburg

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

Landesverband Berlin-Brandenburg

Information / Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Sozial- und Rechtsberatung: dienstags 9–12 Uhr und 13–15 Uhr sowie donnerstags 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, Tel.: 030/26 39 38 11, E-Mail: sozialberatung@sovd-bbg.de.

Geschäftsführung: Birgit Domröse, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sovd-bbg.de.

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung: Bernhard Kippert, E-Mail: kontakt@sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Loßin, E-Mail: Ute.Lossin@sovd-bbg.de, Mark Jeroen Brozek, Tel.: 030/26 39 38 17, E-Mail: mj.brozek@sovd-bbg.de.

Landesgeschäftsstelle

Adresse siehe oben. **Anmeldung und Fragen:** Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Jeden Mittwoch, 14-16 Uhr: SoVD-Hörbibliothek.

Jeden Mittwoch, 17-19 Uhr: LineDance. **Anmeldung bei Birgit Domröse,** Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat: 14.30 Uhr: Unser „Fitter Mittwoch“ **Anmeldung bei Birgit Domröse,** Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Jeden 4. Mittwoch im Monat, 13.30 Uhr: Senior*innen Computer Club.

Jeden 4. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr: Angeleitete Gruppe für pflegende An- bzw. Zugehörige, **Anmeldung**

bei Gabriele Schönfeld, Tel.: 0176/32 72 70 06.

19. April, 11 Uhr: SoVD-Spaziergang. **Anmeldung bei Birgit Domröse,** Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Kreisverband Berlin-Ost

Sozialberatung nach telefonischer Vereinbarung. **Ansprechpartner*in:** Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl oder Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Ansprechpartner*in: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl oder Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

Ansprechpartner: Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ansprechpartner: Bodo Feilke, Tel.: 030/81 78 682, E-Mail: kv.charwil@sovd-bbg.de.

Ortsverband Charlottenburg

16. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Stadtteilzentrum Nehringstraße 8, 14059 Berlin. **Ansprechpartner:** Jürgen von Rönne, Telefon: 030/263 938 02, E-Mail: ov.charlottenburg@sovd-bbg.de.

Ortsverband Wilmersdorf

18. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Vortrag "Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht" von Klaus Luszeit, Seniorenzentrum Werner-Bockelmann-Haus, kleiner Saal, Bundesallee 48 b-50, 10715 Berlin. **Ansprechpartner:** Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.

25. April, 10 Uhr: Frauentammtisch im „Ännchen von Tharau“, Rolanderufer 6, 10179 Berlin. **Anmeldung bei Barbara Kubanke,** Tel.: 030/38 12 703,

E-Mail: babsika@gmx.de.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

15. April, 16 Uhr: Mitgliedertreffen, Gemeindesaal der ev. Dorfkirche, Alt-Buckow 36-38, 12349 Berlin. **Infos und Anmeldung bei Edith Massow,** Tel.: 0173/27 29 497 (mobil) oder 030/263 938 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.

SoVD-Beratungsstelle Bürgerzentrum Neukölln

Werbellinstraße 42, 12053 Berlin. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, mittwochs, von 13 bis 15 Uhr, Tel.: 0171/12 51 999 Mail: ks.neukoelln@sovd-bbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

6. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Kaffee und Kuchen. **Anmeldung bis 4. April.**

21. April, 10 Uhr: Mitgliedertreffen mit Frühstücksbüfett., **Anmeldung bis 15. April.**

Beratung nur nach Absprache unter Tel.: 030/26 39 38 05.

Alle Veranstaltungen: Geschäftsstelle, Eichborndamm 96, 13403 Berlin, Anfahrt: B 221, B322, S25 (Haltestelle S-Bahnhof Eichborndamm). **Ansprechpartnerin und Anmeldung bei Angelika Golombek,** Tel.: 030/26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de. **Sorgentelefon:** 030/54 49 77 71.

Kreisverband Spandau

Dienstags von 10 bis 12 Uhr: Sprechzeiten der Sozialberatung, Termine am Nachmittag nach Vereinbarung. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.

Ortsverband Falkensee

Dienstags von 10 bis 12 Uhr und nach Vereinbarung: Alltags- und Sozialberatung. Eine mobile Beratung ist möglich. Geschäftsstelle Kreisverband Spandau, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. **Ansprechpartner:** Roland Harnoth, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau-Mitte

14. April, 14 Uhr: Kaffeetafel, Havelterrassen, Spandauer Burgwall 27-29, 13581 Berlin.

25. April, 18.45 Uhr: Mitgliedertreffen, Bericht über die konstituierende Sitzung und weitere Planungen.

Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

18. April, 18.30 Uhr: Mitglie-

dertreffen mit Weinverkostung, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. **Ansprechpartnerin:** Susanne Witte, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: SoVD_OV_Spandau_Nord-Sued@gmx.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

4. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, **Maria-Rimkus-Haus,** Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

10. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, **Hertha-Müller-Haus,** Argentinische Allee 89, 14163 Berlin. Erreichbar mit Bus 118 (Haltestelle Siebenendenweg), U3 (Bahnhof Onkel Toms Hütte). **Infos und Anmeldung bei Wolfgang Engelmann,** Tel.: 030/26 39 38 04 oder 030/76 40 32 10, E-Mail: kv.zehlendorf@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

13. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Kaffee, Kuchen und Berlin-Quiz, Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin.

Jeden dritten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr: Sprechstunde und Sozialberatung, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Treffpunkt für Ausflüge: U-Bhf. Rathaus Schöneberg, Freiherr-vom-Stein-Straße.

Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Am 2. April bleibt die Geschäftsstelle geschlossen!

Jeden Dienstag ab 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Kaffee, Kuchen und sozialpolitischen Infos.

16. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Bericht von Marion Halten-Bartels und Joachim Krüger über den aktuellen Stand der Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes. **Anmeldung erbeten.**

26. April, 16 Uhr: Bebilderter Vortrag von Joachim Krüger zur Geschichte der Straße „Unter den Linden“. Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, Lily-Braun-Saal (2. Etage): **Anmeldung erbeten.**

Sozialberatung durch Joachim Krüger oder dienstags nach telefonischer Terminabsprache.

Ort für alle Veranstaltungen: Waldstr. 48, 10551 Berlin.

Anmeldungen und Ansprechpartnerin: Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06 oder 030/41 44 662, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

SoVD-Sozialmobil

10. April, 13-17 Uhr: Quartierstreff Großräschen.

17. April, 9-12 Uhr: Kolosseum Lübbenau (EUTB).

19. April, 10-15 Uhr: Begegnungsstätte der AWO (Grundschule) Schwarzheide.

Ansprechpartnerin: Ines Bärsch, Tel.: 0151/17 85 18 41, E-Mail: mobil@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Persönliche Beratungstermine nach Vereinbarung. **Ansprechpartnerin:** Cornelia Schreiber, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de.

Cottbus

Ansprechpartner: Michael Netzker, Tel.: 0176/93 22 85 83 (mobil), E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Bad Saarow / Oder-Spree

Ansprechpartner: Christoph Kröber, Tel.: 033631/40 96 98, oder 0177/46 31 307 (mobil), E-Mail: ks.bad-saarow@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Dienstags von 14 bis 17 Uhr: Sozialberatung mit Frank Gerstmann, Tel.: 0175/19 68 636, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg a. d. Havel, E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.

Ansprechpartnerin: Dagmar Herz, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg a. d. Havel, Tel.: 03381/55 15 131, oder 0152/58 57 78 46 (mobil), E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665 (mobil), E-Mail: kv.brbrnordost@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Hoppegarten

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, 14-16 Uhr, Haus der Generationen (Musiksaal), Lindenallee 12, 15366 Hoppegarten. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999, E-Mail: ks.hoppegarten@sovd-bbg.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665 (mobil), E-Mail: ov.prignitzruppin@sovd-bbg.de.

Richter*innen gesucht

Der SoVD kann ehrenamtliche Richter*innen für die Sozialgerichte zur Berufung vorschlagen. Deren Funktion ist von großer Bedeutung, da sie als juristische Lai*innen in den mündlichen Verhandlungen der Kammer neben einem*einer Berufsrichter*in als Beisitzer*in agieren. Bei der Urteilsfindung wirken sie gleichberechtigt an der Entscheidung mit. Die Amtszeit dauert fünf Jahre. Bei Interesse oder Fragen bitte an die Landesgeschäftsführerin Birgit Domröse wenden, unter Tel.: 030/26 39 38 27 oder per E-Mail an: post@sovd-bbg.de.



Das Berater*innenteam der Fachstelle Barrierefreiheit stellte sich vor.

Sondersitzung des Landesbehindertenrates zum Stand der Barrierefreiheit

Alltag muss barrierefrei werden

Als Mitglied des Landesbehindertenrates nahm auch Landesvorsitzende Meta Günther an der Sondersitzung am 7. Februar im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) teil. Der Bayerische Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. BBSB hat mit seinem Positionspapier den Freistaat Bayern „Zur Umsetzung der Barrierefreiheit“ aufgefordert.

Mit dem Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2023 bis 2028 wurde der Auftrag erteilt, die Barrierefreiheit als Daueraufgabe durch eine bayerische Fachstelle für Barrierefreiheit am Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) zu unterstützen.

Zur Umsetzung dieses Auftrages ist es dem StMAS ein zentrales Anliegen, die relevanten Gremien (Landesbehindertenrat und Landesseniorenrat) einzubinden. Die Sondersitzung diente daher dazu, die Expertise des Beirates einzuholen.

Gute Entwicklung der Beratungsstelle Barrierefreiheit

Ministerialrätin Brita Lange, Leiterin des Referats „Bayern barrierefrei“, gab auf der Sondersitzung einen Überblick über die Entwicklung der Beratungsstelle Barrierefreiheit.

Sie wurde 1984 von der Bay-

erischen Architektenkammer eingerichtet und wird seit der Gründung vom StMAS gefördert. Seit 2022 erfolgt zusätzlich eine Förderung der digitalen Barrierefreiheit.

Zwei Kooperationspartner erweitern die Beratung

Im Themenbereich „Bauen und Wohnen“ wurde das Beratungsspektrum auf alle Lebensbereiche erweitert mithilfe der beiden Kooperationspartner „Stiftung Pfenningparade“ und der „Caritas Augsburg Betriebs-träger GmbH (CAB) für Leichte Sprache und Unterstützte Kommunikation“ erweitert.

Aufgrund des bereits erfolgten Ausbaus ist die „Beratungsstelle Barrierefreiheit“ bundesweit als bayernweite Fachstelle anerkannt.

Der Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2023 bis 2028 betont, dass die Inklusi-

on in allen Bereichen weiter vorangetrieben und Barrieren in der Lebenswelt und in den Köpfen weiter abgebaut werden sollen. Inklusion muss aber von der Kita über Schule und Ausbildung bis hin zu Beruf und Wohnen noch mehr gelebter Alltag werden. Dafür ist die Barrierefreiheit essenziell und eine Daueraufgabe, die durch die bayerische Fachstelle für Barrierefreiheit am StMAS unterstützt werden soll.

In der zweiten Jahreshälfte 2024 sollen Expertenkapazitäten für das erweiterte Aufgabenspektrum gewonnen werden. Ziel ist es, dass das erweiterte Angebot bereits in der Haushaltsplanung 2025 Berücksichtigung finden kann.

Beratungsteam stellte sich und seine Aufgaben vor

Auf der Veranstaltung stellte sich auch das Berater*innenteam der Fachstelle Barrierefreiheit den Teilnehmer*innen des Landesbehindertenrates vor. Seine Schwerpunktthemen sind Informationen zu den Themen:

- Planen und Bauen,
- Digitale Barrierefreiheit,
- Leichte Sprache und Unterstützte Kommunikation.

Vertreten sind sie bayernweit mit inzwischen 18 Standorten. Die Erstberatung ist kostenlos, das Beratungsangebot ist neutral und unabhängig.

Weitere Informationen und die Beratungstermine gibt es unter: www.beratungsstelle-barrierefreiheit.de.



Der Oberbürgermeister Dieter Reiter eröffnete die Aktion.



Die Landesvorsitzende Meta Günther nahm für den SoVD teil.

Equal Pay Day mit „Tramaktion“ in München

Münchner Tram fährt für mehr Lohngerechtigkeit

Das Münchner Equal Pay Day Aktionsbündnis, aus 48 Münchner Einrichtungen und Organisationen bestehend, rief mit seiner „Tramaktion“ zur Lohngerechtigkeit für Frauen auf. Für den SoVD nahmen die Landesfrauensprecherin Regina Ruckdäschel und die Landesvorsitzende Meta Günther teil.

Während des gesamten Monat März fuhr die „Equal Pay Day Tram“ durch München, um die Forderungen der Frauen gut sichtbar zu machen. Schirmherr der Aktion war in diesem Jahr der Oberbürgermeister der Stadt München, Dieter Reiter. Er gab der Tram das Startsignal. Projektleiterin Marianne Pontone, Verband der Business and Professional Women München, und Nicole Lassal, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt München, begrüßten die Teilnehmer*innen.

Begleitet wurde die Eröffnung der Kampagne von der dänisch-deutschen Musikerin und Filmregisseurin Mirabelle Rose, die auch während der Tramfahrt für Unterhaltung sorgte. Gemeinsam wurde mit der Aktion ein starkes Statement für eine gerechte Zukunft gesetzt.



Landesfrauensprecherin Regina Ruckdäschel vor der Tram, die mit den Plakaten zum Equal Pay Day beklebt wurde.



Landesvorsitzende Meta Günther ist Mitglied im bayerischen Behindertenrat und nahm an der Sondersitzung im Februar teil.

www.sovd-bayern.de



Foto: travelidia / Adobe Stock

Wir suchen dich!

Für seine Ortsverbände in Röthenbach und Nürnberg-Fürth sucht der SoVD Bayern engagierte Mitglieder als:

- **stellvertretende*n Ortsvorsitzende*r:** unterstützt den Ortsvorsitzenden bei seinen Aufgaben
- **Schatzmeister*in:** Kassenführung (bar und Bank) Prüfung der ordentlichen Buchführung
- **Schriftführer*in:** Protokoll-Erstellung Verfassen von Einladungen, Glückwünschen etc.

Mehr Informationen gibt es bei der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 089/53 05 27.

5 Termine

Ortsverband Lautertal

14. April, 11.30 Uhr: SoVD-„Bratengelaber“, Sportheim TSV Unterlauter, Lauterstraße 1, 96486 Lautertal.

20. April, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen, Sportheim Oberlauter.

Vorschau: 5. Mai, 11.30 Uhr: SoVD „Bratengelaber“.

Ortsverband Michelau

Vorschau: 4. Mai: Muttertagsveranstaltung. Bitte Uhrzeit und Ort erfragen bei Günther Ruckdäschel unter Tel.: 09571/83 585.

Glückwünsche



Foto: Alekss / Adobe Stock

Altsein heißt für mich immer: Fünfzehn Jahre älter als ich.

Bernard Mannes Baruch

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Monat April Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 2.4.: Rainer Molitor, Ansbach; 7.4.: Thomas Odewald, Bayreuth; 8.4.: Annemarie Huber, Tutzing; 14.4.: Barbara Meesmann, Röthenbach; 30.4.: Horst Przygoda, Bad Suderode.

70 Jahre: 9.4.: Annerose Schulten, Nürnberg; 10.4.: Danuta Nowakowski, Nürnberg; 14.4.: Margaritha Hamella, München; 18.4.: Christian Hammerschmidt, Coburg.

75 Jahre: 2.4.: Bernhard Dukat, Bamberg; 20.4.: Günter Müller, Lauf; 30.4.: Annegret Kober, Michelau.

80 Jahre: 12.4.: Gerd Meyer, Schnaittach; 16.4.: Gabriele Bühner, Nürnberg und Kreszenz Ferstl, Dietfurt; 18.4.: Eckehard Freund, Würth.

85 Jahre: 15.4.: Elsbeth Wianz, Deining; 16.4.: Brigitte Neumeier, Erding.

90 Jahre: 13.4.: Johann Fischer, Bad Staffelstein; 21.4.: Marliese Schmidt, Lautertal.

Jetzt Mitglieder werben

Die Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“ des SoVD-Landesverbandes Bayern geht weiter: Für jedes neu geworbene Mitglied, sei es für Einzel-, Partner- oder Familienmitglieder, bekommen SoVD-Mitglieder einen 15-Euro-Gutschein.

Weitere Informationen dazu gibt es unter Tel.: 089/53 05 27 oder mit einer E-Mail an: info@sovd-bayern.de.

Früherkennung von Darmkrebs durch Koloskopie kann Leben retten

Fast 80.000 Fälle von Darmkrebs

In Bayern waren 76.600 Menschen im Jahr 2021 an Darmkrebs erkrankt. Im bundesdeutschen Vergleich lag die Anzahl der Darmkrebserkrankten nur in Nordrhein-Westfalen höher (113.100) als in Bayern. Bundesweit waren mehr als eine halbe Million Menschen betroffen (520.700). Dies zeigt der Gesundheitsatlas des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WiDO).

Anlässlich des Darmkrebsmonats März unter der Schirmherrschaft der Bayerischen Gesundheitsministerin Judith Gerlach appellierten die AOK Bayern, die Bayerische Krebsgesellschaft e.V. und das Netzwerk gegen Darmkrebs e.V. an die Bevölkerung, das gesetzliche Früherkennungsangebot ab 50 Jahren stärker als bisher zu nutzen. „Mit dem Stuhltest und der Darmspiegelung lassen sich Darmkrebs-Vorstufen wie Polypen früh erkennen und behandeln. Mit der frühen Diagnose verbessern sich auch die Heilungschancen“, betont Dr. med. Berndt Birkner, Gastroenterologe und Präsident des Netzwerks gegen Darmkrebs.

Laut Kurzbericht 2021 des Krebsregisters Bayern ist Darmkrebs die zweithäufigste Krebserkrankung im Freistaat. Das seit 2019 eingeführte organisierte Einladungsverfahren zur Darmkrebsfrüherkennung möchte dieser Entwicklung entgegenwirken. Bei der Früherkennung gibt es auch einen positiven Trend: So stiegen die Darmspiegelungen (Koloskopien) im Rahmen des Darmkrebs-Screenings im Freistaat laut dem „Früherkennungsmonitor“ des WiDO im ersten Quartal 2023 um knapp 30 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2019. Und im Zehn-Jahres-



Foto: Peakstock / Adobe Stock

Eine Darmspiegelung ab 50 Jahren ist empfehlenswert.

Vergleich gehört Bayern zu den Bundesländern mit den höchsten Teilnahmezahlen bei der Inanspruchnahme der Koloskopie.

Allerdings nahmen im Freistaat zwischen 2013 und 2022 im Durchschnitt weniger als die Hälfte der AOK-Versicherten im Alter zwischen 65 und 75 Jahren eine Darmspiegelung wahr. „Auch wenn Bayern beim Darmkrebs-Screening im bundesweiten Langzeitvergleich mit die besten Teilnahmezahlen aufweist, gibt es noch viel Luft nach oben. So erreichen die Menschen im Freistaat bei der Inanspruchnahme der Koloskopie im Durchschnitt nicht die 50-Prozent-Marke“, bedauert Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvor-

sitzende der AOK Bayern.

Dass die Darmkrebsvorsorge, sowohl durch den Stuhltest, als auch durch die Darmspiegelung vor Darmkrebs schützt, zeigen die Ergebnisse der seit 2002 um die Darmspiegelung ergänzten Vorsorge. Durch die Vorsorge-Koloskopien konnten die Häufigkeit und die Sterblichkeit durch Dickdarmkarzinome drastisch gesenkt werden: „Über 350.000 Menschen wurden vor Darmkrebs geschützt, und mehr als 150.000 Menschen konnten vor dem Sterben an Darmkrebs gerettet werden. Diese Zahlen sind eindrucksvoll, und belegen die Wirksamkeit der Darmkrebsvorsorge“, betont Dr. Birkner.

Quelle: AOK Bayern



Sozialberatung

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Impplerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089/53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach telefonischer Absprache mit Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Telefon: 0170/52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Telefon: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner,

Telefon: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, von 13.30 von 14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Telefon: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Telefon: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz/Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Telefon: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken/Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Telefon: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache bei Elfriede Schreiner, Telefon: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Telefon: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, Mo bis Do, von 9 bis 11 Uhr, und nach telefonischer Vereinbarung. Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Telefon: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Wieder ein Erfolg durch Juristin Sigrid Jahr für die Sozialrechtsberatung des SoVD Hessen

Höheren Grad der Behinderung durchgesetzt

Die Anerkennung eines Grades der Behinderung (GdB) entscheidet auch über die finanziellen Zuschüsse, die ein*e Betroffene*r erhält, um die zusätzlichen Kosten abzudecken, die eine gesundheitliche Einschränkung mit sich bringt. Wenn Anträge trotz belegten ärztlichen Attesten abgelehnt werden, verhilft die SoVD-Sozialrechtsberatung ihren Mitgliedern zu ihrem Recht, so wie in folgendem Fall.

Sich an einer Tischkante zu stoßen oder am Türrahmen hängen zu bleiben ist für die meisten Menschen höchstens mit der Folge eines blauen Flecks verbunden oder verursacht kurzfristige Schmerzen. Für den Mittedreißiger Karl Meier (Name von der Redaktion geändert) jedoch kann solch ein Missgeschick tödlich enden. Meier leidet seit früher Kindheit an der Bluterkrankheit Hämophilie A. Dadurch wurde ihm 2003 ein Grad der Behinderung (GdB) von 40 Prozent zuerkannt.

Hämophilie A verursacht Hämatoeme und Blutungen

Hämophilie A wird durch den Mangel des Gerinnungsfaktors VIII verursacht und ist durch spontane oder verlängerte Blutungen gekennzeichnet, wobei die Medizin vier Schweregrade unterscheidet. Bei Karl Meier ist die Aktivität des Gerinnungsfaktors VIII auf unter ein Prozent der Norm vermindert. Somit zählt sein Krankheitsbild zur schweren Form der Hämophilie A mit häufigen sponta-

nen und abnormen Blutungen schon bei geringen Verletzungen, die auch bei Operationen und Zahnextraktionen auftreten.

Karl Meiers Lebensalltag bestätigt die Theorie. Ihn verfolgen seit längerem dauerhafte Schmerzen im rechten Knie und bereits nach leichter Belastung schmerzen ihm die Unterarme. Dazu gesellen sich Gelenkeblutungen im Sprunggelenk, Leistschmerzen durch Mikroblutungen ins Gewebe sowie spontan auftretende Hämatoeme, die an den betroffenen Stellen starke Schmerzen verursachen.

Erhöhung des GdB trotz Attest abgelehnt

Folglich stellte Herr Meier 2020 einen Neufeststellungsantrag mit dem Ziel, seinen GdB auf 80 oder gar 100 zu erhöhen. Dem Antrag beim Versorgungsamt des Landes Hessen legte er die Stellungnahme einer Oberärztin bei, die ihn untersucht und seinen Schweregrad der Hämophilie A dokumentiert

hatte. Keine vier Monate später wurde sein Antrag auf Erhöhung des GdB abschlägig entschieden. Glücklicherweise ist Karl Meier Mitglied im SoVD, der neben der Sozialberatung auch eine Sozial-Rechtsberatung durch erfahrene Juristen durchführt.

Erfolgreiche SoVD-Klage beim Sozialgericht

Sozialjuristin Sigrid Jahr, seit 2019 für die SoVD Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland aktiv, nahm sich seiner Sache an. Sie forderte weitere Befundberichte und Sachverständigengutachten an, vertiefte sich akribisch in den Fall, sammelte Argumente und erhob im Mai 2021 Klage beim örtlich zuständigen Sozialgericht Frankfurt. Forderung war die Erhöhung des GdB auf mindestens 50, idealerweise auf 80 bis 100. „Eine Schwerbehinderung liegt vor, wenn ein GdB von mindestens 50 festgestellt wird, der auch zu einem Schwerbehindertenausweis berechtigt“, informiert



Foto: Peter Back

Juristin Sigrid Jahr hat mit ihrer Hartnäckigkeit schon vielen SoVD-Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen.

Thomas Hammer, Landesgeschäftsführer des SoVD Hessen. Über zweieinhalb Jahre quälendes Warten für Herrn Meier brachten schließlich Erfolg. Im Dezember erkannte das Sozialgericht Frankfurt Antragsteller Meier dank der Argumente der SoVD-Sozialjuristin Jahr einen GdB von 80 zu.

Schneller Beratungstermin ist ein großer Vorteil

Bis zu acht Beratungen führt die Sozialjuristin aus Leidenschaft täglich durch. „Bei uns gibt es kaum Wartezeiten“, sieht

Jahr einen großen Vorteil des SoVD. Gerade bei Terminanliegen und Fristsetzungen ist dies ein unschätzbare Vorteil für die Betroffenen. Rund 130 Fälle jährlich, von Vorverfahren über Anträge und Widersprüche bis hin zu Klagen, bearbeitet sie für den SoVD in Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland.

Infos über die Beratungstermine und zum SoVD-Landesverband Hessen gibt es in der Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41 in Wiesbaden und unter Tel.: 0611/85 108 (siehe auch Rubrik Seite 14).

Gesundheitsministerin Stolz weist zu Beginn der Frühlingszeit auf die Bedeutung der Impfung hin

Es gibt immer mehr FSME-Risikogebiete

Frühlingszeit ist Zeckenzeit – und damit die richtige Zeit, um den Impfstatus der Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) zu überprüfen. In Hessen zählen aktuell die Städte Offenbach und Darmstadt sowie die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Fulda, Groß-Gerau, Main-Kinzig, Marburg-Biedenkopf, Odenwald und der Kreis Offenbach dazu. FSME kann aber auch außerhalb der erklärten Risikogebiete vorkommen.

Gesundheitsministerin Diana Stolz rät: „Impfen ist der beste Schutz vor einer FSME-Erkrankung. Wie wichtig Vorsorge ist, zeigt die steigende Zahl der vom RKI ausgewiesenen FSME-Risikogebiete in Deutschland.“

Was ist FSME?

Bei FSME handelt es sich um eine Gehirn-, Gehirnhaut- oder Rückenmarksentzündung, die durch Zecken übertragen wird. Entsprechend ist besonders das Risiko von Personen besonders hoch, die sich häufig im Wald, auf Feldwegen oder an Flüssen aufhalten. Insbesondere vor Reisen in ausgewiesene Risikogebiete sollte der Impfstatus

überprüft werden.

Für die Grundimmunisierung sind drei Impfungen erforderlich, Auffrischungsimpfungen müssen alle drei bis fünf Jahre durchgeführt werden. Hierzu beraten unter anderem die Hausärzt*innen- und Kinderärzt*innenpraxen.

Borreliose auch möglich

Eine FSME-Impfung schützt nicht vor einer Lyme-Borreliose-Erkrankung (auch Borreliose, Lyme-Krankheit oder Lyme Disease). Diese bakterielle Infektion, die auch durch Zecken übertragen wird, tritt um ein Vielfaches häufiger auf als FSME und ist deutschland-

weit verbreitet. Da gegen diese Krankheit nicht geimpft, aber mit Antibiotika gut behandelt werden kann, sollten Menschen, bei denen es nach einem Zeckenstich innerhalb der folgenden Wochen zu einer Hautveränderung oder zu grippe- oder rheumaartigen Beschwerden kommt, umgehend eine Ärztin oder einen Arzt aufsuchen.

So schützt man sich

Zecken werden bei Temperaturen ab circa sieben Grad aktiv und halten sich besonders gerne im Unterholz, in Gebüsch sowie in hohen Gräsern und losem Laub auf. Zum Schutz vor Zecken empfiehlt sich Kleidung,



Foto: Heiko Barth/Adobe Stock

In Risikogebieten ist es ratsam, beim Wandern lange Hosen und Oberteile mit langen Ärmeln zu tragen.

die möglichst viel Körperoberfläche bedeckt. Das Auftragen von Insektenmitteln auf der Haut bietet zusätzlich zeitlich begrenzten Schutz. Nach einem Aufenthalt im Freien sollte der Körper abgesucht und gefunde-

ne Zecken rasch und ohne sie zu quetschen mit einer feinen Splitterpinzette oder einem speziellen Zeckenset entfernt werden, um so das Infektionsrisiko zu vermindern. *Quelle: Gesundheitsministerium Hessen*

Sprechstunden und Sozialberatung

Sollte nichts anderes vermerkt sein, finden die Sozialberatungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Termine der Sozialjurist*innen Sigrid Jahr, Thomas Meinel und Annette Mülöt-Carvajal-Gomez werden über die Sozialberater*innen oder die Landesgeschäftsstelle vermittelt.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Christine Weidenauer, Bürozeiten: montags bis freitags, 10–14 Uhr. Tel.: 0611/85 108, oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Terminvereinbarung bei Helga Kläs, Sozialberaterin und Vorsitzende, unter Tel.: 06422/89 87 202, per E-Mail: hklaes@sovd-hessen.de und bei Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/51 524 oder kommen

Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Wetter

Rathaus, Zimmer 2, UG, Marktplatz 1, jeden ersten und dritten Montag im Monat, 15.30 – 18 Uhr.

Kreisverband Osthessen

Terminvereinbarung bei Marita Schliephorst, Sozialberaterin und Vorsitzende, unter Tel.: 06655/74 02 26, Tel.: 0176/95 53 81 36 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Eschwege

AWO, An den Anlagen 8, jeden ersten Dienstag im Monat, 14–16 Uhr.

Beratung Fulda

Sozial- und Arbeitsgericht, Sitzungssaal im EG, Am Hopfengarten 3, jeden ersten Montag im Monat, 14–16 Uhr.

Beratung Rotenburg

Neues Rathaus, Altenstube im 1. OG, Marktplatz 14–15, jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Beratung Sontra

Bürgerhilfe, Niederstadt 41, jeden ersten Montag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Südhessen

Vorsitzender Rudolf Schulz, Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung bei Sekretärin Yvonne Hartwig, Tel.: 0152/52 69 12 80, E-Mail: yvonne.hartwig@sovd-hessen.de

Beratung Bad Homburg

Sozialberatungsstelle Schöne Aussicht 24, Sigrid Jahr, Tel.: 0151/43 10 67 54.

Beratung Bad Vilbel

Berufsförderungswerk BFW, Huizener Straße 60, jeden zweiten Donnerstag ab 13 Uhr,

Tel.: 0611/8 51 08.

Beratung Freigericht

Rathausstraße 13, jeden zweiten Samstag im Monat, 9–12 Uhr, Thomas Hammer, Tel.: 0151/50 71 01 56.

Beratung Obertshausen

Friedensstraße 26, Vermittlung durch Sekretärin Yvonne Hartwig, Tel.: 0152/52 69 12 80, E-Mail: yvonne.hartwig@sovd-hessen.de.

Beratung Wiesbaden

siehe Landesverband Hessen.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung Bad Wildungen

SoVD-Büro, Trumpe 2 (Eingang Bahnhofstraße), montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr. Terminvereinbarung bei Hans-Jürgen Schmidt, Sozialberater und Vorsitzender, unter Tel.: 05621/96 78 787,

Tel.: 0151/19 18 19 99 oder per E-Mail an: hans-juergen.schmidt@sovd-hessen.de oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Calden

Irmgard Fohr, Kreisverbandsvorsitzende, unter Tel.: 05674/65 67, E-Mail: irmgardfohr@gmx.de.

Beratung Hofgeismar

Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

Beratung Kassel

AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, Annette Mülöt-Carvajal-Gomez, dienstags 14–17 Uhr und donnerstags 10–13 Uhr, Tel.: 0561/14657.

Beratung Korbach

Ralf Wiegelmann, Tel.: 0171/76 30 410.

Beratung Vernawahlshausen

Sonja Hettler, Tel.: 05571/49 52.

Ärztliche Maßnahmen gegen Pollenallergie können als außergewöhnliche Belastung gelten

Heuschnupfenmittel steuerlich absetzbar

Tropfende Nase, juckende Augen, Müdigkeit: Die Natur blüht auf, und Heuschnupfen ist jetzt der Klassiker unter den Allergien. Wenn der Arzt oder die Ärztin etwas dagegen verschreibt und die Krankenkasse die Kosten nicht übernimmt, können diese unter bestimmten Voraussetzungen von der Steuer abgesetzt werden. Wie und wann das geht, erläutert der Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH).

Laut Pollenflugkalender der Stiftung Deutscher Polleninformationsdienst hat die Hauptblütezeit für Hasel und Erle bereits begonnen und zieht sich über den März hinaus. Ebenfalls im März begann die Hauptblüte von Pappel, Weide, Esche und Hainbuche, die sich bis in den April erstreckt. Es folgen Birke im April, Buche und Eiche im April und Mai, Kiefer im Mai, anschließend fliegen die Gräserpollen.

Allergiker*innen sind keine Randgruppe

Es liegt also einiges in der Luft, was Allergiker*innen das Leben schwer macht. Dabei handelt es sich keinesfalls um eine Randgruppe: Laut Statista leiden mehr als 34 Prozent der Frauen und etwa 27 Prozent der Männer in Deutschland unter einer Allergie (Stand 2023). Dazu kommen zahlreiche Kinder und Jugendliche, bei denen neben Neurodermitis vor allem Heuschnupfen zu den häufigsten allergischen Erkrankungen zählt.

Es gibt Medikamente und Therapien, mit denen sich die allergischen Beschwerden zu-

mindest reduzieren lassen. Diese reichen vom Nasenspray über Augentropfen und Tabletten bis hin zu einer Desensibilisierung beziehungsweise Hyposensibilisierung. Aber Krankenkassen übernehmen nicht alle Kosten für Medikamente oder Behandlungen, die von Ärztinnen und Ärzten zur Linderung von Allergien verordnet werden.

Ausgaben für Heilmittel sind steuerlich absetzbar

Die gute Nachricht: Die Kosten für alles, was der Arzt beziehungsweise die Ärztin oder der Heilpraktiker beziehungsweise die Heilpraktikerin verordnet und was nicht von der Krankenkasse übernommen wird, können unter bestimmten Voraussetzungen als außergewöhnliche Belastung von der Steuer abgesetzt werden. Man spricht dabei von Krankheitskosten oder Gesundheitskosten. Dazu zählen auch Ausgaben für Antiallergika beziehungsweise Antihistaminika, also beispielsweise für Mittel gegen Heuschnupfen.

Unter anderem für Krankheitskosten gibt es in der Steuererklärung die „Anlage Au-

ßergewöhnliche Belastungen“. Aber Achtung: Das Finanzamt akzeptiert dabei nur Kosten für verordnete Medikamente oder Behandlungen, die für die Heilung einer Krankheit oder für die Linderung der Folgen einer Krankheit entstehen. Ausgaben für eine Krankheitsvorbeugung können nicht als außergewöhnliche Belastung steuerlich geltend gemacht werden.

Weitere Einschränkung: Das Finanzamt errechnet zunächst eine sogenannte zumutbare Eigenbelastung. Dazu werden die gesamten Einkünfte, der Familienstand und die Anzahl der Kinder berücksichtigt. Wird die Grenze beispielsweise mit den Krankheitskosten überschritten, wirkt sich der übersteigende Betrag als außergewöhnliche Belastung steuermindernd aus. Und auch Fahrtkosten für den Weg in die Arztpraxis oder die Apotheke können als außergewöhnliche Belastung in der Steuererklärung eingetragen werden.

Auch Globuli und Akupunktur lassen sich absetzen

Von Allergien geplagte Menschen setzen teilweise auf



Foto: nsit0108 / Adobe Stock

Wenn man an Heuschnupfen leidet, kommt ein erheblicher Betrag für Medikamente zusammen, welche die Symptome lindern.

homöopathische oder anthroposophische Heilmittel, beispielsweise Globuli. Oder auch auf Akupunktur. Die Kosten dafür können ebenfalls als außergewöhnliche Belastung steuerlich geltend gemacht werden. Laut einem Urteil des Bundesfinanzhofs (Aktenzeichen VI R 27/13) genügt als Nachweis eine ärztliche Verordnung oder die Verordnung eines Heilpraktikers beziehungsweise einer Heilpraktikerin. Ein vor der Therapie erstelltes Amtsarztgutachten oder eine Bescheinigung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung ist demnach für die Anerkennung als außergewöhnliche Belastung nicht erforderlich.



Der Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH) ist mit mehr als einer Million Mitgliedern und bundesweit rund 3.000 Beratungsstellen Deutschlands größter Lohnsteuerhilfeverein. Gegründet im Jahr 1972, stellt die VLH außerdem die meisten nach DIN 77700 zertifizierten Beraterinnen und Berater. Die VLH erstellt für ihre Mitglieder die Einkommensteuererklärung, beantragt sämtliche Steuerermäßigungen, prüft den Steuerbescheid und einiges mehr im Rahmen der Beratungsbefugnis nach Paragraph 4 Nr. 11 StBerG.

SoVD-Landesverband im Austausch mit Vertreter*innen aus der Sozialpolitik

Inklusion als zentrales Anliegen

Der Landesverband führt Gespräche mit Politiker*innen, um seine Positionen und Forderungen darzustellen. Im März kam es zu Treffen mit MdB Corinna Rüffer und Dr. Magnus Jung, dem saarländischen Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit.

Gespräch mit Magnus Jung

Anlaufstellen für von Gewalt betroffene Frauen, das Hilfe-telefon und auch die Aufklärungsquote der saarländischen Polizei waren Punkte, die Landesfrauensprecherin Monika Six mit dem Minister für Frauen, Dr. Magnus Jung (SPD), besprach. Das Saarland tut in diesen Bereichen sehr viel, ebenso im Bereich der Inklusion. Hier ist es dem Minister ein besonderes Anliegen, dass der erste Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen offen ist, daher fördert sein Ministerium diese Projekte besonders großzügig. Der SoVD-Landesverband nimmt sehr gerne sein Angebot an, sich mit Ideen und Vorschlägen einzubringen.

Diskutiert wurde auch über die „Konzertierte Aktion Pflege Saar“, ein erfolgreiches Projekt des Ministeriums. Pflege auf Augenhöhe zwischen pflege-



V. li.: Minister Dr. Magnus Jung, Landesfrauensprecherin Monika Six und Landesgeschäftsführer Christian Dirb.

rischem und medizinischem Personal, Ausbildungsqualität sowie Fort- und Weiterbildung aber auch Anwerbung und Integration von ausländischen Pflegekräften sind Themen, die in diesem Projekt bereits erfolgreich aufgegriffen worden sind. Der SoVD berichtete von seiner engen Kooperation mit der AWO Saarland und seiner erfolgreichen Sozialrechtsberatung.

Gespräch mit Corinna Rüffer

Am 8. März besuchte Corinna Rüffer (Bündnis 90/Die Grünen, MdB) den Landesverband in Mainz. Man diskutierte sehr intensiv über bessere Möglichkeiten der Inklusion von Menschen

mit Beeinträchtigungen auf den ersten Arbeitsmarkt. SoVD-Rechtsberaterin Andrea Klosowa schilderte eindrücklich die Probleme, mit denen Mitglieder in ihre Beratung kommen.

Ein weiteres Thema, das sowohl Rüffer als auch den Verband umtreibt, ist die Fragmentierung der Gesellschaft. Hier muss die Politik eine klarere Kommunikation an den Tag legen, um die Menschen besser zu erreichen. Der SoVD fordert eine Entbürokratisierung im Zusammenhang mit verständlicher und Leichter Sprache, damit jede*r verstehen und nachvollziehen kann, was Behörden, Krankenkassen usw. überhaupt von einem wissen möchten.



V. li.: MdB Corinna Rüffer und Rechtsberaterin Andrea Klosowa.

Video-Statements von Politiker*innen zum Internationalen Frauentag 2024

Jede dritte Frau erlebt Gewalt

Der SoVD setzt sich schon seit langem für die Gleichberechtigung der Geschlechter ein. Dass Gewalt gegen Frauen immer noch an der Tagesordnung ist, ist auf das Schärfste zu verurteilen. Anlässlich des Internationalen Frauentags wurden Politiker*innen um Stellungnahme zum Thema gebeten.

Der SoVD-Landesverband kontaktierte Politiker*innen mit der Bitte, in einem kurzen Videostatement folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Angebotsstrukturen im Kontext von Gewalt kennen Sie und welche davon halten Sie für unbedingt notwendig?
- Warum geht Gewalt gegenüber Frauen uns alle an?

Geäußert hat sich unter anderem Mario Brandenburg (FDP,

MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung). Er sprach sich in seinem Statement für das Hilfe-telefon sowie insbesondere eine Präventionsstruktur beispielsweise in Schulen oder Sportvereinen aus.

Dr. Katrin Rehak-Nitsche (SPD, MdL, Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation) muss ststellen, dass leider auch im Jahr 2024 immer noch jede dritte Frau

im Laufe ihres Lebens Opfer von Gewalt wird. Daher sind Interventionsstellen, Angebote insbesondere für Mädchen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, unverzichtbar.

Michael Wäschenbach (CDU, MdL, Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation) sieht die Telefonseelsorge, Kümmerer-telefone, Jugendämter als wichtige Einrichtungen und fordert die

Fortsetzung auf Seite 12



Interview

Anzeige

Bereits seit 1967 bietet der SoVD über einen Kooperationsvertrag mit der ERGO Group AG seinen Mitgliedern die Möglichkeit zum Abschluss einer exklusiven Sterbegeld- und Unfallversicherung. Ayhan Karakas, Vertriebspartner der ERGO, erläutert, welche Vorteile die ERGO-Unfallversicherung für SoVD-Mitglieder bietet.

___ Herr Karakas, könnten Sie uns bitte kurz erklären, was die ERGO-Unfallversicherung ist und welche Risiken sie abdeckt?

Die ERGO-Unfallversicherung schützt die Kund*innen vor den finanziellen Folgen einer Invalidität. usätzlich besteht die Möglichkeit, verschiedene Bausteine wie zum Beispiel eine Todesfallleistung, eine Unfallrente oder eine Unfallhilfe zu wählen. Die ERGO-Unfallversicherung leistet nicht nur bei Arbeitsunfällen, sondern auch bei Unfällen in der Freizeit, im Haushalt oder im Straßenverkehr.



Ayhan Karakas
ERGO-Versicherung

___ Welche Vorteile bietet die ERGO-Unfallversicherung den Mitgliedern des SoVD?

Unsere Unfallversicherung ermöglicht den Mitgliedern, ihren Versicherungsschutz ganz individuell anzupassen, ohne eine Gesundheitsprüfung durchführen zu müssen. Wir legen großen Wert auf eine schnelle und unkomplizierte Schadenregulierung, um unseren Kund*innen in schwierigen Situationen bestmöglich zu helfen. Unser Grundsatz beinhaltet bereits ab einem Invaliditätsgrad von ein Prozent eine Kapitalleistung bei Invalidität. Zusätzlich sind wichtige Leistungen wie Rettungs- und Bergungskosten sowie kosmetische Operationen enthalten. Ein großer Vorteil für Verbandsmitglieder ist der Beitragsvorteil von fünf Prozent.

___ Könnten Sie uns ein Beispiel für eine solche Situation geben?

Nehmen wir an, ein 65-jähriges Mitglied stürzt beim Wandern und bricht sich das Bein. Er muss ins Krankenhaus und danach längere Zeit im Rollstuhl verbringen. Dank der Unfallversicherung erhält er eine Kapitalzahlung für die erlittene Invalidität und kann damit notwendige Anpassungen an seinem Zuhause vornehmen, zum Beispiel den Einbau von barrierefreien Zugängen. Zusätzlich erhält er, falls er den Baustein Unfallrente mitversichert hat, eine Unfallrente, die ihm hilft, seinen Lebensunterhalt während der Genesungszeit zu bestreiten.

___ Wie kann der Versicherungsschutz an individuelle Bedürfnisse angepasst werden?

Individuelle Bausteine wie zum Beispiel Unfallrente, Unfallhilfe Plus, Verletztengeld und Krankenhaustagegeld ermöglichen es jedem Versicherten, den Versicherungsumfang an seine persönlichen Bedürfnisse anzupassen. Selbstständige haben die Möglichkeit, Leistungen wie die Business-Hilfe und das Business-Tagegeld einzubeziehen. So kann jeder den bestmöglichen Schutz wählen, der zu ihm passt.

___ Vielen Dank für die wertvollen Informationen. Haben Sie abschließend noch Tipps oder Ratschläge für unsere Mitglieder?

Mein Tipp wäre, sich bewusst zu machen, dass eine private Unfallversicherung eine wichtige Ergänzung zur gesetzlichen Unfallversicherung sein kann. Es lohnt sich, die individuellen Bedürfnisse und Risiken zu analysieren, um den bestmöglichen Schutz zu erhalten. Informationen über die ERGO-Unfallversicherung für Mitglieder des SoVD finden Sie auf der Internetseite des SoVD Rheinland-Pfalz.

___ Vielen Dank, Herr Karakas. Besonders interessant ist natürlich der Beitragsvorteil für Mitglieder. Interviewer: Team LV RPS

Kontakt: Ayhan Karakas, Versicherungsfachmann (IHK), Generalagentur der ERGO Beratung und Vertrieb AG, Droselweg 4, 55442 Stromberg, Tel.: 0177/55 73 690 (mobil), E-Mail: ayhan.karakas@ergo.de.

Ortsverband Rülzheim

Tagesausflug am 4. Mai nach Saarbrücken mit Frühstück, Stadtrundfahrt und Zwischenstopp mit Verpflegung auf dem Rückweg. Kosten inklusive Busfahrt und Verpflegung 30 Euro pro Person für Mitglieder, 40 Euro für Nichtmitglieder.

Alle weiteren Infos gibt es auf der Homepage: www.sovd-ruelzheim.de unter „Aktuelles“.

Der Ortsverband freut sich auf eine rege Teilnahme!

Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen, dann wenden Sie sich bitte zunächst telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, unter Tel.: 0631/73 657 oder Tel.: 06131/69 30 165. Dort weist man Sie dann an die*den für Ihre Frage zuständige Berater*in.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/43 10 67 54 zur Verfügung.
- Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 zur Verfügung.
- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/43 13 59 02 zur Verfügung.

Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende (z. B. Gabriele Schepplmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58 (mobil), Richard Dörzapf, **Rülzheim**, Tel.: 07272/61 60, und Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01) nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erteilt die Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67655 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e. V. Sozialrechtsberatung vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an. Sozialrechtsberater Sven Heidenmann steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich. Sprechtag nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98 (mobil), Änderung vorbehalten.

Spiesen-Elversberg: 10. April, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 10. April, 13.30–16 Uhr, AWO Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10.

Nonnweiler: 24. April, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim (Sozialbüro links), Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 24. April, 13.30–16 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.



Video-Statements von Politiker*innen zum Internationalen Frauentag 2024

Jede dritte Frau erlebt Gewalt

Fortsetzung von Seite 11

Errichtung von sogenannten Childhood-Häusern, die insbesondere Kindern eine professionelle Anlaufstelle bieten.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler (Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, MdL) macht besonders auf die Gewalt zu Hause aufmerksam als den Ort, an dem diese Gewalt am häufigsten und hinter verschlossenen Türen stattfindet. Das Hilfeteléfono für Betroffene ist unter der Nummer 116 016 immer erreichbar.

Matthias Mieves (SPD, MdB, Mitglied im Gesundheitsaus-

schuss) sieht in der Gleichstellung der Geschlechter einen essenziellen Bestandteil für eine starke Demokratie. Sie wird durch Gewalt gegen Frauen verletzt und muss stärker gewährleistet werden.

Wer die Statements sehen und hören möchte, findet sie auf Instagram unter: www.instagram.com/sovdrps/ oder Facebook unter www.facebook.com/sovdrps. Die Videostellungnahmen sind auch über die Homepage des Landesverbandes Rheinlandpfalz/Saarland erreichbar unter: www.rps.de.



Aus den Orts- und Kreisverbänden

Ortsverband Unnau

Am 18. Februar fand wieder die überregional bekannte Gesundheitsmesse in Bad Marienberg statt. Bereits zum siebten Mal nahm der SoVD Unnau an dieser Veranstaltung teil. Das Thema „Kindergesundheit“



Der Ortsverband Unnau hatte einen Infostand auf der Messe.

stand diesmal im Fokus der Veranstaltung, der Vizepräsident des Kinderschutzbundes Deutschland, Joachim Türk, hatte die Schirmherrschaft übernommen.

Nach dem Empfang begab sich das Komitee auf einen Rundgang durch die Ausstellung und besuchte auch den SoVD-Stand. Das Helferteam mit Ute Hastrich, Gudrun und Heinz Kempf, Barbara und Jürgen Metzger, Helga Leonhardt sowie Helga Pfeiffer klärte Interessierte über die Ziele und Angebote des SoVD auf und verteilte Flyer und Broschüren, die auch gerne mitgenommen wurden. Besonders die Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten waren schnell vergriffen.

Ortsverband Berzhahn

Am Aschermittwoch veranstaltete der Ortsverband Berzhahn

sein traditionelles Heringssessen. Martina Serowi und Dietmar Kempf bereiteten mit ihren Helfer*innen 80 Portionen vor. Ab 17.30 Uhr konnten die vorbestellten Portionen abgeholt oder aber in netter Gemeinschaft gegessen werden.



Fleißige Helfer*innen des Ortsverbandes Berzhahn stellten 80 Portionen Heringssalat her.



Glückwünsche

60 Jahre: 6.4.: Ute Zotz, Hördt; 8.4.: Klaus Shommer, Kleinblittersdorf; 10.4.: Petra Alhäuser-Alt, Nistertal und Christoph Heller, Ludwigshafen; 20.4.: Martina Dahn, Bellheim; 21.4.: Konrad Wagner, Rülzheim; 25.4.: Barbara Gaertner, Homburg; 29.4.: Roger Happel, Münchweiler.

65 Jahre: 2.4.: Matthias Kopf, Bellheim; 6.4.: Reiner Bentz, Münchweiler; 13.4.: Heinz-Werner Becht, Hördt; 14.3.: Ute Drumm, Wiesweiler; 16.4.: Irene Schäfer, Merzig; 20.4.: Hermann Zotz, Hördt; 27.4.: Doris Werling-Vollmer, Winden; 28.4.: Gabriele Lehmann, Hirschhorn.

70 Jahre: 1.4.: Werner Drex-

ler, Weißenthurm; 6.4.: Janka Fuchs, Kaiserslautern; 10.4.: Franz Hofstetter, Zweibrücken; 16.4.: Hedi Lutz, Queidersbach.

75 Jahre: 6.4.: Hildegard Krüchten, Rülzheim; 9.4.: Otto Gensheimer, Bellheim; 17.4.: Edgar Grolier, Saarbrücken; 23.4.: Hieronymus Strubel, Speyer; 24.4.: Hermann Kohl, Kaiserslautern; 25.4.: Karl Walter Stuber, Mackenbach; 26.4.: Friedrich Seeber, Rheinzabern; 30.4.: Rudi Härdter, Winden.

80 Jahre: 7.4.: Anton Bechtel, Neunkirchen; 15.4.: Hans-Jürgen Wilhelmy, Ludwigshafen; 17.4.: Herbert Kreutz, Kandel; 19.4.: Marliese Lang, Illingen; 21.4.: Karlheinz Müller, Worms, und Rita Balz, Gilsheim; 28.4.:

Ute Walburg, Bellheim.

85 Jahre: 5.4.: Manfred Krieger, Hördt; 14.4.: August Jantzer, Leimersheim; 15.4.: Christa Schneider, Kandel; 23.4.: Rolf Trauth, Hördt; 24.4.: Walter Roßner, Worms; 28.4.: Werner Pfirrmann, Wörth.

90 Jahre: 28.4.: Susanne Ruffing, Spiesen-Elversberg; 29.4.: Johann Rauch, Spiesen-Elversberg.

91 Jahre: 24.4.: Marie-Luise Hartenburg, Worms.

92 Jahre: 14.4.: Gerda Zada, Mannheim.

97 Jahre: 2.4.: Friedrich Bach, Mainz; 19.4.: Maria Busch, Altenglan.

98 Jahre: 24.4.: Resi Weber, Weißenthurm.

Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen im Ortsverband Bodman-Ludwigshafen

Mit neuer Besetzung in die nächsten Jahre

Am 9. März fand im Hotel „Krone“ in Ludwigshafen am Bodensee die Jahreshauptversammlung mit Wahlen des Ortsverbandes Bodman-Ludwigshafen statt. Der 1. Ortsvorsitzende Rainer Wester war aus gesundheitlichen Gründen im Dezember 2023 zurückgetreten und die Amtszeit der bisherigen Vorstandsmitglieder abgelaufen. Deshalb wurde jetzt ein neuer Vorstand gewählt.

Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf begrüßte die Anwesenden und insbesondere die 2. Bürgermeisterin Sonja Hildebrandt, die in Vertretung des Bürgermeisters Christoph Stolz an der Veranstaltung teilnahm.

Hildebrandt richtete ein paar Worte an die Anwesenden und betonte die Wichtigkeit des SoVD als ausgleichende Institution, die seinen Mitgliedern in allen sozialrechtlichen Belangen zur Seite steht und ge-

gebenfalls zu ihrem Recht verhilft.

Danach gedachte die Versammlung der Verstorbenen der letzten beiden Jahre im Ortsverband und erinnerte hier besonders an die stellvertretende Ortsvorsitzende und Schriftführerin Conny Boldt, die im September letzten Jahres plötzlich und unerwartet verstorben war.

Nachdem die Landesgeschäftsführerin den Bericht des 1. Vorsitzenden Rainer Wester, der nicht persönlich an der Versammlung teilnehmen konnte, verlesen hatte, bescheinigte der Schatzmeister dem Ortsverband eine solide finanzielle Situation.

Anschließend bestätigte der Revisor Arnold Griebel dem Vorstand des Ortsverbandes eine sachgemäße und wirtschaftliche Verwaltung der Mittel sowie eine ordnungsgemäße Buchführung und stellte an das Gremium den Antrag auf Entlastung des Vorstandes, die sogleich einstimmig erfolgte.

Christian Müller, der den SoVD im letzten Jahr anlässlich eines Besuchs am Messestand auf der IBO kennengelernt hatte, wurde nach seiner persönlichen

Vorstellung und der Ausführung seiner Ziele einstimmig zum künftigen 1. Ortsvorsitzenden gewählt. Er übernimmt vorläufig auch die Position des Schriftführers, da es hierfür keine Bewerbung gab.

Gerald Sauter, der sich zur Wiederwahl als Schatzmeister stellte, wurde in seinem Amt bestätigt.

Besonders erfreulich war, dass mit Antonia Schellenberger erstmals die Position einer Frauensprecherin im Ortsverband besetzt werden konnte. Die weiteren Positionen der Beisitzer*innen wurden mit Ilona Schreiber, die sich ebenfalls zur Wiederwahl stellte, Tina Müller und Otto Lüdecke besetzt. Als Revisor konnte wiederum Arnold Griebel in seinem Amt bestätigt werden.

Heike Sommerauer-Dörzapf gratulierte allen neu- und wiedergewählten Vorstandsmitgliedern mit einem kleinen Präsent. Weiterhin ehrte sie Ilona Schreiber mit einer kleinen Aufmerksamkeit für ihre 10-jährige Mitgliedschaft und Treue zum SoVD.

Abschließend wurde nochmals auf die Sozialrechtsberatung vor Ort aufmerksam



Der neue Vorstand (v. li.): Ilona Schreiber, Tina Müller, Antonia Schellenberger, Otto Lüdecke, Heike Sommerauer-Dörzapf, Christian Müller, Arnold Griebel und Gerald Sauter (im Rollstuhl).

gemacht, die immer am dritten Donnerstag des Monats im Rathaus von Ludwigshafen a. B. stattfindet und von der Rechtsanwältin Anika Görlitz-Kernbach durchgeführt wird.

Christian Müller, der frisch gewählte neue 1. Ortsvorsitzende, stellte anschließend die weiteren geplanten Aktionen im Ortsverband vor. Unter anderem gibt es eine dreiteilige Vortragsreihe, die bereits am 22. März mit dem Thema „Wie erkenne ich die Maschen bei Betrug und Trickdiebstahl“ begonnen hatte und am 14. Juni und 11. Oktober zu den Themen „Der Weg ins Heim ...“ und „Selbstbestimmte Vorsorge“

fortgesetzt werden wird. Sie finden jeweils im evangelischen Gemeindehaus im Johannes Hüglin Saal, Mühlbachstraße 7 in Ludwigshafen a. B. statt. Die Termine und die Themen werden rechtzeitig in der SoVD-Zeitung oder im Amtsblatt bekannt gemacht.

Weiterhin wird sich der Ortsverband auf der Unternehmermesse am Wochenende des 13. und 14. April im Zollhaus mit einem SoVD-Infostand beteiligen. Das SoVD-Team würde sich über regen Besuch an seinem Ausstellungsstand freuen.

Mit Kaffeetrinken und anregenden Gesprächen wurde die Versammlung beschlossen.



Christian Müller und Heike Sommerauer-Dörzapf ehrten Ilona Schreiber (Mitte).

Das Verkehrsministerium Baden-Württemberg setzt auf Bürger*innenbeteiligung bei der Lärmbekämpfung

Jetzt Orte mit hohem Verkehrslärm melden

Über 100.000 Menschen in Baden-Württemberg wurden bereits von Verkehrslärm entlastet. Um mehr Menschen zu schützen, erarbeitet das Ministerium für Verkehr einen Lärmaktionsplan. Die Bürger*innen können an der Planung mitwirken. Bis einschließlich 12. April ist das über das Beteiligungsportal Baden-Württemberg möglich.

Lärm ist eine der größten und gleichzeitig am meisten unterschätzten Umweltbelastungen für die Menschen. Lärm bedeutet für den Körper Stress und kann zu gesundheitlichen Schäden und psychischen Beeinträchtigungen führen.

Der Lärmaktionsplan Baden-Württemberg basiert auf der Lärmkartierung 2022, mit der landesweit die Lärmsituation an Hauptverkehrsstraßen und Haupteisenbahnstrecken erfasst wird. Aus den Berechnungen wird deutlich, welche Erfolge beim Verkehrslärmschutz

bereits erreicht wurden. Dennoch sind noch über 300.000 Menschen von hohen Lärmpegeln betroffen – ohne Maßnahmen wäre es über 400.000 Menschen. Das Land möchte diese Errungenschaften beim Schutz vor Verkehrslärm weiter vertiefen.

Bausteine der Lärmschutzstrategie des Landes sind beispielsweise umfangreiche Fördermaßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Gestaltung lebendiger Ortsmitten. Mithilfe eines baulichen Lärmsanierungsprogramms werden

Lärmschwerpunkte entschärft. Und auch Geschwindigkeitsbeschränkungen zum Schutz der Gesundheit sind durch abgesenkte Hürden nun leichter möglich.

Das Verkehrsministerium ermutigt zum Mitmachen: Unter: <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de> können Sie Ihre Meinung und Anregung zur Lärmschutzstrategie mitteilen.

Nach Auswertung und Würdigung der eingegangenen Rückmeldungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung wird



Foto: mpix-foto / Adobe Stock

Wer an Hauptverkehrsstraßen wohnt, ist starkem Verkehrslärm ausgesetzt, der auf Dauer die Gesundheit angreift.

der Lärmaktionsplan Baden-Württemberg 2024 spätestens bis zum 18. Juli dieses

Jahres fertiggestellt und veröffentlicht. *Quelle: Verkehrsministerium Baden-Württemberg*



Foto: LSG Wangen

Die Landesgartenschau ist immer ein lohnendes Ausflugsziel. Dieses Jahr findet sie in Wangen statt.

Albstadt plant Ausflug zur Landesgartenschau

Der SoVD Albstadt plant einen Tagesausflug zur Landesgartenschau nach Wangen im Allgäu am 13. Juni. Willkommen sind alle SoVD-Mitglieder, aber auch gerne Begleitpersonen sowie Nichtmitglieder.

Um besser planen zu können, bittet der Vorstand um Ihre Hilfe, denn er benötigt Ihre verbindliche Zusage zur Preisgestaltung des Ausfluges. Bei ausreichender Teilnehmer*innenzahl belaufen sich die Kosten für die Busfahrt auf circa 20 Euro pro Person. Der Eintritt für die Gartenschau kostet 19 Euro, für Schwerbehinderte gilt ein ermäßigter Preis von 16 Euro bei Vorlage des Schwerbehindertenausweises.

Melden Sie sich hierzu bitte bis 25. April bei der Rechtsberatungsstelle in Albstadt unter Tel.: 07431/26 30 oder per E-Mail an: sovd.albstadt@sovd-bawue.de. Sie können auch anrufen, um zunächst **unverbindlich** noch weitere Informationen zu erhalten und sich hiernach für oder gegen eine Teilnahme am Ausflug zu entscheiden.

Wenn ausreichend Interessent*innen zusammenkommen, erhalten Sie danach eine schriftliche Einladung von Ihrer „Reiseleiterin“ Simone Saible mit allen weiteren Details und erfahren auch, wie sich der Ortsverband auf dieser Fahrt an der Verköstigung der SoVD-Mitglieder beteiligen wird.

Der SoVD Albstadt freut sich auf Ihr Interesse und eine rege Beteiligung!



Wir gratulieren

Anita Brehm konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht an der 70-Jahr-Feier ihres Ortsverbandes Hockenheim teilnehmen. Deshalb überraschte der Vorstand sie mit einem Besuch in ihrem Zuhause. Obwohl kein rundes Jubiläum anstand, war es dem Vorstand ein besonderes Anliegen, Frau Brehm für ihre Mitgliedschaft von 58 Jahren zu ehren. Sichtlich hoch erfreut nahm sie einen Gutschein im Beisein der Familie in Empfang.

Walter Wröbel, ebenfalls seit 58 Jahren Mitglied des SoVD, wurde diese Ehrung nach Neidenstein zugesandt..



Anita Brehm freute sich sehr über den Gutschein.



Termine



Foto: wellnhofer designs / Adobe Stock

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden ersten Dienstag im Monat, 14 Uhr: Kaffeetreff, Gasthaus Rebstock.

Ortsverband Hockenheim

20. April, 15 Uhr: Jahreshaupt-

versammlung in der Stadthalle Hockenheim, Restaurant „Rondeau“.

Ortsverband Höpfigen

Vorschau: 14. Mai, 14 Uhr: Infonachmittag im Gasthof „Zum

Ochsen“.

Ortsverband Schwetzingen

Vorschau: 4. Mai: Muttertagsveranstaltung im Bassermannhaus, Marstallstraße 51, 68723 Schwetzingen.



Sprechstunden

Eine persönliche Sozialrechtsberatung findet in den Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialrechtsberater*innen statt. Bei dringenden Anliegen können nach Terminvereinbarung auch außerhalb der Sprechzeiten telefonische Beratungen durchgeführt werden. Teilweise sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online-/Video-Beratungen möglich.

Sozialberatung in Albstadt

Die Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16, 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Kreisverband Bodensee-Alb

Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle in Albstadt unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Die Sozialsprechstunden finden jeden dritten Donnerstag im Monat von 10 bis 13 Uhr statt. Eine vorherige Anmeldung

ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden ersten Dienstag im Monat von 10 bis 13 Uhr in Kressbronn statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialrechtsberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag eines Monats von 10 bis 11.30 Uhr im Landgasthof „Zum Ochsen“ statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Leopold Lokotsch (1. Vorsitzender), Tel.: 06283/54 39.

Sozialberatung in Hockenheim

Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats

(außer August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Heidegard Busch (1. Vorsitzende), Tel.: 06205/15 190.

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden sind jeden dritten Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart. Bitte unbedingt vorher bei Sozialrechtsberater Dario Becci unter Tel.: 0621/84 14 172 anmelden. Bei dringenden Anliegen können auch außerhalb der Sprechzeit Telefonberatungen vereinbart werden.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68305 Mannheim unter Tel.: 0621/84 14 172 zur Verfügung.



Glückwünsche



Foto: Smileus / Adobe Stock

*Wer wirklich etwas Gutes tun will, der findet einen Weg.
Die anderen suchen und finden eine Ausrede.*

Volksmund

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Gleichzeitig wünschen wir kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

65 Jahre: 25.4. Hansjürgen Breitenbacher, Mannheim.

75 Jahre: 8.4. Inge Immelreich, Schaigern; 10.4. Marion Klaiber, Meßstetten.

80 Jahre: 4.4. Ursula Schlaß-Lopata, Stuttgart; 7.4. Roswitha Zahn, Hockenheim; 11.4. Milan Stoisavljevic, Dormettingen; 28.4. Magdalene Fleige, Walldorf.

85 Jahre: 28.4. Karl Mayer, Winterlingen; Friedrich Brucker, Mannheim.

90 Jahre: 8.4. Hans-Joachim Jugert, Bietigheim-Bissingen.

95 Jahre: 7.4. Lieselotte Apel, Albstadt.

In den Geburtstagsgrüßen werden nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Landesverband mit Informationsveranstaltung zur Drogenproblematik in Bremen

Sicherheit gewähren und Hilfen anbieten

Ende Januar lud der Landesverband zur Info-Veranstaltung „Sicherheit ist mehr als ein Gefühl“ in die Landesgeschäftsstelle ein. Die Veranstaltung des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) besuchten rund 20 Ehrenamtliche aus den Orts- und Kreisverbänden sowie aus dem Landesverband.

Hintergrund des zweistündigen Meetings war die Drogenproblematik in Bremen, die durch die Präsenz der Drogenszene am Bremer Bahnhof, aber auch in der Innenstadt sowie in einigen Stadtteilen, deutlich wird und Ängste innerhalb der Bevölkerung auslöst.

Zunächst führte Klaus Möh-

le, Landesschatzmeister und Vorsitzender des SPA, in das Thema ein. Anschließend informierten Heidi Mergner, Geschäftsführerin der comeback GmbH, einer Gesellschaft im ambulanten Drogenhilfesystem in Bremen, und Dr. Daniel Heinke, Abteilungsleiter für öffentliche Sicherheit beim Senator

für Inneres, über die derzeitige Situation in der Hansestadt und die damit verbundenen Schwierigkeiten.

Die beiden Aufgabenbereiche können unterschiedlicher nicht sein: Die comeback GmbH bietet drogenabhängigen Menschen medizinische Versorgung, Beratung, Essen, Ruheliegen sowie einen geschützten Drogenkonsumraum an. Dagegen steht die polizeiliche Intervention der Innenbehörde, denn der Konsum von harten Drogen ist ein strafrechtliches Delikt.

Obwohl es an Konfliktpotenzial nicht mangelt, machten beide Parteien deutlich, dass sie auch zusammenarbeiten. Für Mergner und Heinke steht der respektvolle Umgang mit den kranken, drogenabhängigen Menschen im Vordergrund.

Seit einem Jahr versucht die Bremer Innenbehörde, das Bahnhofsgelände für die Bevölkerung sicherer zu machen. Ein starkes Polizeiaufgebot soll die Drogenszene vom Bahnhof



Rund 20 Teilnehmer*innen diskutierten nach den Kurzvorträgen der beiden Gäste.

verdrängen. Geplant ist, Teile der Betreuungsangebote und damit die Drogenszene, die derzeit auf dem Bahnhofsgelände zugegen ist, zu verlagern. Dafür vorgesehen sind ein bahnhofsnaher Platz und dezentrale Örtlichkeiten in den Stadtteilen. Jedoch machten sowohl Mergner als auch Heinke deutlich, dass dies nur mit entsprechenden Betreuungs- und Raumangeboten möglich sein werde.

Da uns die Drogenproblematik in Bremen weiter begleiten wird, ringen alle Verantwortlichen um eine ak-

zeptable Lösung. Insbesondere die Crack-Abhängigen verbreiten aufgrund ihres aggressiven und nicht einschätzbaren Verhaltens in der Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit. „Crack ist ein Teufelszeug“, so Mergner. „Es hat die Szene deutlich verändert“, berichtete Heinke.

Die Situation in Bremen sei kein Sonderfall, so Heinke. Sie existiere in jeder Großstadt, bundes- und europaweit. Einen „Drogentourismus“ aus anderen Städten, der von vielen befürchtet wird, gebe es jedoch nicht, versicherte er.



Bei der Infoveranstaltung waren zugegen (v. li.): Heidi Mergner, Geschäftsführerin der comeback GmbH, 1. Landesvorsitzender Joachim Wittrien, Landesschatzmeister und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses Klaus Möhle sowie Dr. Daniel Heinke, Abteilungsleiter für Öffentliche Sicherheit beim Senator für Inneres.

Die Verbraucherzentrale Bremen warnt vor neuer Betrugsmasche am Telefon mit imitierten Stimmen

„Schockanrufe“ per künstlicher Intelligenz

Der Trick, dass Betrüger*innen sich am Telefon als Verwandte ausgeben, um an Geld zu kommen, ist bekannt. Sie setzen inzwischen Künstliche Intelligenz (KI) ein, um Stimmen von Angehörigen täuschend echt nachzuahmen und eine Notsituation zu simulieren. Die Verbraucherzentrale Bremen erklärt, wie die neue Betrugsmasche funktioniert und wie sich Verbraucher*innen schützen können.

Die neue Betrugsmasche mit Künstlicher Intelligenz läuft grundsätzlich wie folgt ab: Die Angerufenen erkennen am anderen Ende der Leitung eine vermeintlich vertraute Stimme einer nahestehenden Person. Wie beim klassischen Enkeltrick wird vorgetäuscht, dass sich diese Person in einer Notsituation befindet und dringend Geld benötigt. „Der eingesprochene Hilferuf am Telefon ist oftmals schwer als Fake-Anruf zu erkennen“, sagt Nicole Bahn, Referentin für Verbraucherrecht der Verbraucherzentrale Bremen.

Zum Nachahmen der Stimme reichen schon einige Sprachfetzen aus, die Betrügende aus dem Internet, beispielsweise aus den sozialen Medien, ziehen und manipulieren. „So entstehen Audio-Dateien, in denen

man Personen Sachen sagen hört, die sie so nicht gesagt haben“, sagt Bahn. Diese manipulierten Audio-Dateien heißen Deep-Fakes. Im Internet finden sich mittlerweile zahlreiche Dienste, mit denen diese Audio-Dateien erstellt und anhand von Stimmreglern angepasst werden können.

Technisch gesehen ist es äußerst schwierig, eine Stimme als eine nachgeahmte zu erkennen. „Bisher ist jedoch die Künstliche Intelligenz, die hinter der Erstellung der Deep-Fakes steht, noch nicht ganz perfekt“, sagt Nicole Bahn. „Lücken oder Unnatürlichkeiten im Gespräch können Hinweise auf einen Fake-Anruf geben.“

Um sich vor KI-Telefonanrufen zu schützen, rät die Verbraucherzentrale Bremen:

- Versuchen Sie, ruhig zu bleiben, auch wenn dies in der Stresssituation nicht einfach ist.
- Treffen Sie auf keinen Fall überstürzte Entscheidungen, nur weil Sie am Telefon unter Druck gesetzt werden.
- Beenden Sie das Gespräch und rufen den vermeintlichen Anrufenden zurück, um sich zu versichern, ob tatsächlich eine Notlage besteht.
- Stellen Sie im Gespräch Fragen nach bestimmten Orten oder Gegebenheiten, die nur die betroffene Person kennt oder auch „dumme“ Fragen, die nichts mit dem bisherigen Gespräch zu tun haben.
- Vereinbaren Sie mit nahestehenden Personen ein geheimes Codewort, das bei verdächtigen Anrufen abgefragt



Foto: josemiguelangar / AdobeStock

Nicht nur ältere Personen werden mit sogenannten „Schockanrufen“ getäuscht und dazu gebracht, Geld herauszugeben.

- werden kann.
- Geben Sie in Telefonaten keine persönlichen Informationen und Details preis.
- Notieren Sie sich Datum und Uhrzeit des Anrufs, die Umstände und falls vorhanden die angezeigte Rufnummer und erstatten Sie Strafanzeige bei der Polizei, damit eine

strafrechtliche Verfolgung möglich ist.

Opfer einer Telefonabzocke können sich an die Verbraucherzentrale Bremen wenden. Vereinbaren Sie unter www.verbraucherzentrale-bremen.de oder Tel.: 0421/16 07 77 einfach einen Termin.

Quelle: VZ Bremen



Glückwünsche



Foto: Svetlana Wall/Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich und wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.

Unterstützung gesucht

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen eine Aufgabe? Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen Interessierte. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421/16 38 490,
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006.

Ortsverband Bremen-Zentrum sucht

Der Ortsverband Bremen-Zentrum sucht eine oder einen engagierte*n 1. Ortsvorsitzende*n. Bei Interesse wenden Sie sich gerne an die Kreisgeschäftsführerin Christina Zehe unter Tel.: 0421/16 38 49 32 oder per E-Mail an: ehrenamt@sovd-hb.de.

Wir freuen uns auf Sie!



Sozialrechtsberatung



Foto: Racle Fotodesign/Adobe Stock

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Newsletter

Liebe Mitglieder, sollten Sie gerne einmal monatlich (außer Sommerausgabe) unseren Newsletter mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten wollen, so bitten wir um einen Hinweis an newsletter@sovd-hb.de.



Termine der Kreis- und Ortsverbände

Kreisverband Bremerhaven Ortsverband Leherheide

12. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Wahlen, Lukas Kirchengemeinde. Anmeldung erbeten bei Alfred Bultmann, Tel.: 0471/80 27 98 oder bei Norbert Krajewski, Tel.: 0471/66 370.

Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd

9. April, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, Alt Bürgerhaus Lehe, Neue Landstraße 48 in 27576 Bremerhaven.

Kreisverband Bremen Ortsverband Bremen-Süd

Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack bei „Starke Bäcker“, Pappelstraße 89, 28199 Bremen.

6. April: Mitgliederversammlung mit Wahlen im Rotheo Huckelriede, Niedersachsendamm 20 a, Bremen. Anmeldung bei Erhard Flemming, Tel. 0152/06 55 11 55 oder E-Mail: erhardflemming@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremen-Nord Ortsverband Blumenthal-Farge

6. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen.

Vorschau: 15. Mai, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen.

Ort: „Zum Grünen Jäger“, Farge Straße 100 in Bremen-Farge.

Ortsverband Lesum

8. April und 13. Mai, 16.30 Uhr: Gesamtvorstandssitzung, Anmeldung erforderlich.

Vorschau: 17. Mai, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit anschließendem Spargelessen. Anmeldung erforderlich.

Anmeldungen bei Reinhard Röpke, Tel.: 0157/55 57 78 12

Ort: „Lesumer Hof“, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

Ortsverband Vegesack

25. April und 30. Mai, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum F 20.

TOP der Jahreshauptversammlungen 2024

1. Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisor*innen
2. Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden an den Kreisvorstand und an die Kreisverbandstagung
3. Wahl des Ortsvorstandes
4. Wahl der Revisor*innen
5. Wahl der Delegierten zur Kreisverbandstagung
6. Entlastung des Ortsvorstandes

Bremer Programm „FAHRRADja! 2024“ bietet das ganze Jahr Aktivitäten

Viel los in der Fahrradstadt

Das Themenjahr „FAHRRADja!24 – Bremen bewegt dich“ bietet eine Vielzahl von Festivals, Veranstaltungen und mehr. Unter Federführung der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH entwickeln Dutzende von Veranstalter*innen, Gastronomen, touristische Einrichtungen und viele andere ein Programm, das das Radfahren in Bremen zum Thema hat.

Europaweit rangiert Bremen auf dem dritten Platz der Fahrradstädte. Hier kommen 916 Fahrräder auf jeweils 1.000 Einwohner*innen, damit sind doppelt so viele Fahrräder wie Autos in der Stadt unterwegs. Das liegt nicht zuletzt an der kontinuierlichen Förderung des Radverkehrs in Bremen und an einem attraktiven geschlossenen Wegenetz für den Radverkehr.

„Fahrradfeste, eigene Fahrradtouren, Nachhaltigkeitsveranstaltungen zum Thema Fahrrad, Fahrradausstellungen, eine Fietsenbörse und die Einbeziehung bekannter Bremer Formate wie der Breminale – diesmal mit Bikinale, Poetry on the Road (Poetry on the bike) oder dem GEWOBA City Triathlon – die Liste der Veranstaltungen ist lang und wird noch länger“, so der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Oliver Rau. Auch Veranstaltungen in der „Europäischen Woche der Mobilität (UBA) – Eventwoche rund ums Rad“ sind geplant.

Einige Höhepunkte

Am 13. April sorgt das „Red Bull Aufsatteln“-Event auf der



Foto: d_e_r_i_c/Adobe Stock

Zusammen zum mobilen Kinoradeln – das ist eines der Events im Sommer in Bremen.

Galopprennbahn für Furore, das ultimative Offroad-Radrennen für Teams auf der Galopprennbahn Bremen. Radkultur und Lastenrad – ein Wochenende rund um Cargobikes, Lifestyle, Kultur, Fahrgefühl, Ausprobieren, Technik und Business bietet das „Cargo Bike It!“ Festival in der zweiten Jahreshälfte. Im Sommer geht es bei den „Film Night Rides“ mit dem Radkino durch die Stadt. Die Teilnehmenden fahren zu ungewöhnlichen Orten, an denen ein mobi-

les Lastenradkino Kurzfilme zu immer unterschiedlichen Themen zeigt und die Hintergründe des Ortes beleuchtet.

App und Fahrradkarten

Alle Ziele und die Kulturinstitutionen in der Stadt, in Bremen-Nord, in Bremerhaven und in der Region sind mit der Bremen Bike Citizens-App mühelos zu finden. Die kostenlose Fahrrad-Navigationssoftware funktioniert offline mit dem Smartphone sicher und bequem. Sie findet die schönsten, schnellsten und bequemsten Wege durch die Stadt. Touren sind durchgängig beschildert und werden sowohl auf der Bremen Bike Citizens-App als auch in informativen Kartenflyern beschrieben. Die Karten sind kostenlos in den Touristeninformationen, in Hotels und in Radgeschäften erhältlich. Unter www.bremen.de/leben-in-bremen/mobilitaet-und-verkehr/fahrradstadt/bikeit-radtouren gibt es die Karten außerdem zum Download als PDF.

Alle Informationen zum Themenjahr „FAHRRADja! 2024“ gibt es unter www.fahrradja.de

Quelle: Senat für Wirtschaft, Häfen und Transformation



Fotos: Jonas Walzberg:

Prominente Gäste lauschten beim Jahresempfang der Rede vom Landesvorsitzenden Klaus Wicher.

Traditioneller Jahresempfang des SoVD Hamburg mit vielen Gästen

Soziales Profil stärker schärfen

Circa 150 geladene Gäste aus Politik, Verbänden, Gewerkschaften, Krankenkassen, Seniorenbeiräten und Presse waren am 21. Februar auf dem Hamburger SoVD-Jahresempfang im Maritimen Museum dabei. Unter dem Motto „Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit – Teilhabe fördern und Chancen eröffnen“ sprachen Klaus Wicher, Michaela Engelmeier und Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer.

SoVD-Landeschef Klaus Wicher begrüßte auf dem Empfang unter anderem Geschäftsführer Dirk Heyden vom Hamburger Jobcenter, DGB Vorsitzende Tanja Chawla sowie den*die Präsident*in des Landessozialgerichts, Wolfgang Siewert, und des Sozialgerichts, Elisabeth Kretz.

Wicher warnte in seiner Begrüßungsrede vor dem erstarkenden Rechtsextremismus: „Es muss uns allen klar sein, dass dies unsere gesellschaftliche Ordnung als Ganzes bedroht.“ Die AfD liefere keine Konzepte, die einen wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Fortschritt ermöglichen. Umso mehr begrüßte er die bundesweiten Demonstrationen gegen rechten Rassismus.

Hier nahm Wicher die Politik in die Pflicht: „Wer Bürgergeldempfänger*innen unterstellt, lieber zu kassieren, statt zu arbeiten, darf sich nicht wundern, wenn sich Menschen von den etablierten Parteien abwenden.“ Die Schwächsten der Gesellschaft dürften nicht die Hauptlast tragen, wenn der Staat sparen müsse: „Dies schürt Politikverdrossenheit und treibt die Enttäuschten in die Arme der Rechten.“ Vielen Menschen fehle derzeit die Perspektive auf eine gute Zukunft.

An Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer gewandt, forderte Wicher mehr Zugeständnisse vom Senat: „In Armut lebende Rentner*innen müssen von der Stadt einen Aufschlag auf die Grundsicherung bekommen.“ Für altersarme Senior*innen, die in Pflegeheimen leben,



Diesmal fand der traditionelle Jahresempfang des SoVD Hamburg in der Speicherstadt im Maritimen Museum statt.

forderte er außerdem die Übernahme der Investitionskosten. Insgesamt würden in den nächsten Jahren sehr viele Menschen in Rente gehen: „Für sie muss Hamburg neue Senior*innenzentren aufbauen, so wie das in München schon lange sehr gut funktioniert!“

Hamburg müsse außerdem benachteiligten Familien ein Familiengeld zahlen, um die Startchancen für deren Kinder zu verbessern. Auch Langzeitarbeitslose bräuchten wieder mehr Anschubmaßnahmen. Wichers Stellvertreterin Sieglinde Friess war dies ebenfalls ein großes Anliegen: „Wir müssen jegliche Art von Armut im reichen Hamburg bekämpfen.“

Senatorin Melanie Schlotzhauer war vor allem die Bewältigung des Fachkräftemangels und mehr Offenheit für Inklusion ein Anliegen. Gute, auskömmliche und barrierefreie Arbeit habe dabei eine Schlüsselrolle für mehr gesellschaftli-

chen Zusammenhalt.

Die Idee der Senior*innenzentren stieß bei der Senatorin auf offene Ohren: „Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen, den Vorschlag des SoVD zu gegebener Zeit aufzunehmen und die Pflegestützpunkte als Kern um weitere Beratungsangebote zu ergänzen und mit schon vorhandenen in den Stadtteilen zu verbinden.“

„Mehr Miteinander statt mehr Wut“ – dafür plädierte die SoVD-Bundesvorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, die gemeinsam mit dem zweiten Vorstandsvorsitzenden Matthias Neiß aus Berlin angereist war. „Soziale Gerechtigkeit bedeutet nämlich auch, dass starke Schultern in schweren Zeiten mehr tragen müssen.“ Sie forderte mit Blick auf die Politik in Berlin eine Steuerreform, die dies stärker berücksichtigen müsse. *Mehr dazu gibt es auf der Homepage des SoVD Hamburg: www.sovd-hh.de/news-service.*



Ansichten

**Liebe Mitglieder,
liebe Leser*innen,**

Hamburger Behörden sind nicht immer so arbeitsfähig, wie es gewünscht und notwendig wäre. Seit Jahren weisen wir wiederholt darauf hin. Jetzt gerade sind wir beispielsweise bei den Wohngeldanträgen wieder bei einer durchschnittlichen Wartezeit von 13 Wochen in Eimsbüttel und von 8 Wochen in Altona angekommen. So geht das nicht! Die Menschen benötigen diese Gelder schnell, sonst hätten sie keine Zuschüsse beantragen müssen. Wir benötigen eine gemeinsame Anstrengung mit erreichbaren Zielsetzungen, um die Behörden auf die Höhe der Zeit zu bringen. Es hat sich gezeigt, dass dies nur mit der Beteiligung der Zivilgesellschaft geht. Der SoVD steht dafür bereit!

*Die Armut steigt in Hamburg an – das hat das Statistische Landesamt Nord gerade wieder verkündet. Weitere 2.000 Menschen kamen mit ihrer Rente nicht zurecht und mussten Grundsicherung beantragen. Mit insgesamt mehr als 52.000 Grundsicherungsempfänger*innen im Alter haben wir damit in Hamburg einen neuen Höchststand erreicht. Ich appelliere deshalb an den Senat: Stocken Sie die Grundsicherung für diese Menschen nach dem Vorbild München auf. Machen Sie das schnell!*

*Gerade ihnen könnten neue Senior*innenzentren in den Quartieren gute Angebote machen, um der Einsamkeit zu entkommen und sich im Stadtteil neu zu vernetzen. Alles wäre gebündelt unter einem Dach: Beratung, Versorgung, Informationen, ehrenamtliches Engagement und auch die kostenlose Tasse Kaffee. Wir sind davon überzeugt, dass solche neuen Senior*innenzentren ein großer Gewinn für die Stadt wären.*

Antisemitisches, ausländergefeindliches und rechtsradikales Denken haben im Sozialverband SoVD keinen Platz. Sie stimmen nicht mit unseren Grundwerten und Überzeugungen überein. Wir werden uns gegen diese Brandstifter positionieren. Wir werden uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Die großen Demonstrationen in ganz Deutschland haben gezeigt, dass viele unserer Meinung sind. Das ist gut so!

**Ihr Klaus Wicher,
Landesvorsitzender**

Der Grundsicherungsbezug in Hamburg steigt weiter

Die Stadt muss mehr gegen Altersarmut tun

Rund 32.000 Hamburger*innen über 65 Jahre kommen mit ihrer Rente nicht über die Runden und beziehen Grundsicherung im Alter. Das sind rund 2.000 Menschen mehr als im Vorjahr. Dies zeigen die neuesten Zahlen des Statistikamts Nord.

Zu den Grundsicherungsempfänger*innen aufgrund zu niedriger Rente kommen fast 20.000 Menschen, deren Erwerbsminderungsrente so klein ist, dass sie zusätzlich ebenfalls auf Grundsicherung angewiesen sind. 2030 wird ein Drittel der Einwohner*innen über 65 Jahre alt sein. „Wenn wir einfach so weitermachen wie bisher, haben vor allem Frauen, die in Teilzeit, Minijobs oder schlecht bezahlten Berufen gearbeitet haben, ein massives Problem mit Altersarmut“, warnt SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher. Seine Forderung: „Die Politik muss jetzt handeln und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft wirksame Strategien entwickeln. Hamburg muss aus eigenen Mitteln die Grundsicherung im Alter aufstocken, so wie es München schon lange macht. Zusätzlich brauchen bedürftige Menschen Kostenfreiheit im ÖPNV.“



Personalien

Landesvorsitzender **Klaus Wicher** hat im neu aufgestellten Bundesverband neue Aufgaben übernommen. Er ist jetzt Mitglied im höchsten Gremium, dem Bundesverbandsrat sowie auch in der SoVD-Bundeskonferenz. Brigitte Kriebelder aus dem Hamburger Landesvorstand ist zudem neue, stellvertretende Vorsitzende in der Bundeskonferenz.



Foto: Henning Scheffen

Darüber hinaus wurde Matthias Mollenhauer, stellvertretender Geschäftsführer des SoVD Hamburg, im Februar in den Vorstand der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen (LAG Hamburg) gewählt. Rund 70 Protagonist*innen sind dort organisiert, um die Interessen behinderter und chronisch kranker Menschen möglichst schlagkräftig vertreten zu können – darunter auch die von SoVD-Mitgliedern.

Podcast: Hamburg als Age friendly City

Schon am Ende dieses Jahrzehnts ist in Hamburg jede*r Dritte über 65 Jahre alt. Was kann die Stadt also für die neuen Alten tun, damit deren Teilhabe gesichert ist? Wie muss die Infrastruktur, aussehen? Welche Informationen und Angebote muss es geben? Klaus Wicher und Susanne Rahlf sprechen mit Karin Haist von der Körber-Stiftung über den demografischen Wandel und neue Senior*innenzentren, die die Stadt braucht.

Foto: Susanne Rahlf
Karin Haist

Hören Sie rein unter: www.sovd-hh.de/news-service/sov-d-podcast! Dort finden Sie auch alle bisherigen Sendungen.



Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, unter Tel.: 040/611 60 70, per E-Mail: info@sov-d-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

- **SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle**, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Fax: 040/611 60 750, Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr und Fr 9–14 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Harburg im Mieterverein**, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg, Beratung zum Rentenanspruch nach Terminvereinbarung. Öffnungszeit: Di 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Altona im Mieterverein**, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di und Do 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt im Kulturhaus Eidelstedt**, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeit: Mi 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Bergedorf im DGB-Gewerkschaftszentrum**, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeit: Fr 10–12 Uhr. Weitere Infos online auf: www.sovd-hh.de oder telefonisch unter Tel.: 040/611 60 70.



Mit dem QR-Code geht es direkt zur Website des SoVD.

Gespräche des SoVD-Landesverbandes mit Politik und Wirtschaft

Sozialer Wohnungsbau im Fokus

Bereits am Vortag des Jahresempfangs war die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier zum politischen Austausch in die Hansestadt gereist. Gemeinsam mit Klaus Wicher stattete sie der Hamburger Bausenatorin Karen Pein einen Besuch ab.

„Wir hatten ein sehr konstruktives Gespräch, in dem die Senatorin deutlich machte, dass die Stadt neue Wege gehen will, um Menschen mit kleineren Einkommen Wohnraum zu ermöglichen“, berichtete Klaus Wicher im Anschluss. Voraussichtlich schon ab April will Hamburg den Wohnungsbau über einen dritten Förderweg ankurbeln. Er soll Familien aus dem Mittelstand, die nicht so viel haben, dabei helfen, ihr neues Zuhause zu finanzieren: „Ein guter Ansatz, allerdings wird dies nicht zu einer Trendwende am Wohnungsmarkt führen“, so Wicher.

Anschließend trafen sich Wicher und Engelmeier mit Petra Memmler, Geschäftsführerin Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW). Als Gründe für den eingebrochenen Wohnungsbau führte Memmler vor allem die stark gestiegenen Preise für Material, Arbeiter*innen, die zu hohen Auflagen für den Klimaschutz und Finanzierung an. Sie kri-



Foto: Susanne Rahlf

V. li.: Brigitte Kriebelder, Klaus Wicher, Petra Memmler (VNW) und Michaela Engelmeier tauschten sich über viele Themen aus..

tisierte, das Hamburg eigene Grundstücke nur in Erbpacht verbe, „Das ist nicht nur ein Problem für die Genossenschaften, sondern auch für andere Wohnungsunternehmen“. Weiterhin sprach man über die energetische Sanierung von Bestandswohnungen, deren Kosten viele Eigentümer*innen nur

schwer oder gar nicht schultern könnten. Insgesamt eine Lage, die besorgt: „Vor allem beim sozialen Wohnungsbau bleibt der Hamburger SoVD am Ball. Ich befürchte hier schon bald einen regelrechten Kampf um jede bezahlbare Wohnung. Dem muss die Stadt deutlich mehr entgegenzusetzen“, warnt Wicher.

SoVD Hamburg fordert neue Senior*innenzentren für mehr Teilhabe

Maßnahme gegen Einsamkeit

Schon Anfang der 30er-Jahre wird etwa ein Drittel der Hamburger*innen älter als 65 Jahre sein. Für sie, aber vor allem für diejenigen, die nicht gut vernetzt sind, die im Alltag Unterstützung und Hilfe brauchen, schlägt der SoVD eine neue Art von Senior*innenzentren vor.

Hamburgs SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher führt aus: „Wir brauchen eine neue Ebene, auf der städtische Leistungen, aber auch die ehrenamtlichen und privaten Initiativen gebündelt sind. So wie in München, wo in 33 solcher Zentren seit langem sehr erfolgreich gearbeitet wird. Sie wären gerade in Quartieren, in denen viele Senior*innen mit wenig Einkommen leben, ein großer Gewinn.“

Basis für einen erfolgreichen Betrieb wären wenigstens drei festangestellte Mitarbeitende. Das Angebot wäre vielfältig: Behördenservice, Beratung zu Behördenvorgängen und Anträgen, Pflege, Rente und Gesundheit, Hausbesuch, Freizeitaktivitäten, aber auch ein Mittagstisch und ehrenamtliche Aktivitäten. „Wichtig sind viele kostenlose und niedrigschwellige Angebote, damit sich auch Senior*innen, die sehr wenig Rente haben, trauen, vorbeizukommen. Denn neben dem Kampf gegen Armut sehe



Foto: asb München; Oliver Sold

Gemeinsam kochen ist eines der Angebote in den Münchner Senior*innenzentren.

ich den Kampf gegen Einsamkeit als eine der größten Herausforderungen der Zukunft“, so Wicher. Damit könnten neue Nachbarschaften und Netzwerke im Stadtteil entstehen. „Man passt auf sich auf, man achtet wieder mehr aufeinander.“

Aber auch Wicher weiß, dass dies alles Geld kostet. Die Stadt München und die jeweiligen Träger kostet so ein Zentrum

rund 500.000 Euro pro Jahr: „Das kann sich das reiche Hamburg sehr gut leisten. Vor allem für alte Menschen, aber auch für die Stadtgesellschaft wäre dies ein großer Gewinn. Ich bin mir sicher: Die Senior*innenzentren sind der Schlüssel im Kampf gegen Einsamkeit und Altersarmut. Sie sind eine große Chance auf mehr Teilhabe an der Gesellschaft.“

„One Billion Rising“ 2024 im Magdeburger Gesellschaftshaus

Mit Tänzen ein Zeichen setzen

Sachsen-Anhalt „One Billion Rising“ ist eine weltweite Tanz-Protest-Aktion gegen Gewalt an Mädchen und Frauen. Diese Tanzaktion findet jährlich am 14. Februar statt, immer an wechselnden Standorten in Magdeburg. Dieses Jahr war das Gesellschaftshaus der Veranstaltungsort.

Die Statistik belegt, dass jede dritte Frau weltweit bereits Opfer von Gewalt war, geschlagen zu sexuellem Kontakt gezwungen, vergewaltigt oder in anderer Form misshandelt wurde.

„Das sind eine Milliarde Frauen, die Gewalt erfahren mussten. 2023 wurden in Deutschland 114 Frauen durch ihren Partner beziehungsweise Expartner ermordet. Dieser Gewalt muss ein Ende gesetzt werden“, fordert Monika Lück, Landesfrauensprecherin des SoVD-Landesverbandes Mitteldeutschland, ebenso wie das Aktionsbündnis aus Frauenprojekten und Sozialverbänden in Sachsen-Anhalt zur „One Billion Rising“-Aktion 2024 in Magdeburg.

Ebenfalls am 14. Februar eröffnete die Staatssekretärin Susi Möbbeck die Wanderausstellung „Mutmacherinnen – Wege aus der Gewalt“. Die Aus-



Foto: Monika Lück

Die Tänzer*innen jeden Alters verbanden ihren Tanz mit einer politischen Botschaft.

stellung zeigt Porträts von acht Frauen aus Sachsen-Anhalt und ihre Wege aus der Gewalt. Gleichstellungsministerin Petra Grimm-Benne machte in ihrem Grußwort deutlich, dass Gewalt gegen Frauen überall stattfin-

det. In Sachsen-Anhalt steht dafür ein engagiertes Hilfenetzwerk zur Verfügung. Frauen und deren Kinder erhalten dort kostenfrei, vertraulich und auf Wunsch anonym Hilfe.

Editorial

Liebe Mitglieder,



Joachim Heinrich

Deutschland durchlebt eine turbulente Zeit. Die Stimmung ist aufgewühlt und die Gesellschaft polarisiert. Ein wachsender Teil der Bevölkerung lässt sich von rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Bewegungen ansprechen. Dass sich dagegen auf den deutschen Straßen eine lebhaft und starke Protestbewegung Gehör verschafft, unterstützen wir als SoVD ausdrücklich.

Wir sehen mit großer Sorge, dass sich radikales Denken verstärkt und sogar zum Hass auf Mitmenschen wird – vor allem aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder Hautfarbe, wegen des Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität. Im Hintergrund dieser Entwicklung sehen wir die Vielzahl von Krisen, die Deutschland und Europa seit Jahren erleben. Die dürfen aber nicht zum Nährboden für die Erosion des zivilen demokratischen Bewusstseins und für das Anschwellen extremistischer Positionen werden.

Rechtsextremistische Gesinnungen und Konzepte zielen fundamental auf Ab- und Ausgrenzung. Allen, die nicht der eigenen Gemeinschaft zugehören, wird Solidarität verweigert.

Wir sagen mit aller Klarheit: Völkischer Nationalismus ist mit unserem Menschenbild unvereinbar. Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, können daher kein Ort ihrer politischen Betätigung sein und sind auch nicht wählbar. Die Verbreitung rechtsextremer Parolen – dazu gehören insbesondere Rassismus und Antisemitismus – ist überdies auch mit einem haupt- oder ehrenamtlichen Dienst in unserem Verband unvereinbar.

Wir appellieren an unsere Mitglieder, die politischen Angebote von Rechtsaußen abzulehnen und zurückzuweisen. Wer in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft leben will, kann in diesem Gedankengut keine Heimat finden. Wer Parteien wählt, die mindestens in Teilen vom Verfassungsschutz als „erwiesen rechtsextremistisch“ eingeschätzt werden, der stellt sich gegen die Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens und der Demokratie in unserem Land. Das sollte allen unseren Mitgliedern sowie den Bürgerinnen und Bürgern in Mitteldeutschland bei der diesjährigen Europawahl sowie den Kommunalwahlen in Sachsen und Thüringen bewusst sein.

**Joachim Heinrich,
Mitglied des Landesvorstandes,
Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses**



Eine große Menschenmenge zeigte in Wernigerode Flagge.

Große Demonstration gegen rechts in Wernigerode

Hunderte gingen auf die Straße

Auf dem Wernigeroder Marktplatz hatten sich hunderte Menschen versammelt, um gemeinsam ein Zeichen unter dem Motto „Wernigerode steht auf für Demokratie“ zu setzen. Jung und alt hatten sich versammelt, darunter auch SoVD-Kreisvorsitzende Birgit Jungtorius mit anderen Mitgliedern.

„Wernigerode, ist laut, bunt und demokratisch“, rief Pfarrer Frank Freudenberg auf der Demonstration in sein Mikrofon und erntet riesigen Applaus. „Was uns verbindet, ist mehr als das, was uns trennt“, betonte Freudenberg und stellte klar, dass dies keine parteipolitische Veranstaltung ist. Auch solle nicht die Bundespolitik ver-

teidigt werden. Vielmehr gehe es darum, Solidarität und Vielfalt zu zeigen, ein deutliches Statement gegen Rechtsextremismus zu setzen. Auch SoVD-Mitglieder des Kreisverbandes waren dabei, um für die Demokratie einzustehen

V. li.: Margot Hoppe, Inge Reinfelder und Herta Bogumil.



Politischer Runder Tisch der Frauen

Antrag verabschiedet

Sachsen-Anhalt Themenschwerpunkte des Politischen Runden Tisches der Frauen / Geschlechtergerechtigkeit waren die Abstimmung Frauenaktionstage im März und die Vorbereitung des Antrages zur Delegiertenkonferenz des Landesfrauenrates.

Die Netzwerkteilnehmerinnen, zu denen auch die SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück gehört, verabschiedeten einstimmig folgenden Antrag an die Delegiertenkonferenz des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt am 20. April: „Der Landesfrauenrat möge sich bei der Landesregierung Sachsen-Anhalt dafür einsetzen, dass die Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister (GFMK) erfolgt. Die Umsetzung des Antrages der 32. Konferenz GFMK zum gendergerechten Klimaschutz in Sachsen-Anhalt ist dringend notwendig und die Landesregierung muss geeignete Maßnahmen ergreifen“.

Geselliger Dienstagstermin im SoVD Wernigerode

Pralinen als Gewinn

Sachsen-Anhalt Die Mitglieder im SoVD Wernigerode werden nicht nur über aktuelle Fragen der Sozialpolitik informiert, es finden auch gesellige Veranstaltungen statt wie zuletzt der Bingenachmittag.

In der Geschäftsstelle am Heltauer Platz steht nicht nur ein Büro, sondern auch ein kleiner Klubraum zur Verfügung. „Hier gilt unser Dankeschön der Freimaurerloge Wernigerode, die uns diese Räume zur Verfügung stellt“, betont die Vorsitzende Birgit Jungtorius. Jeden Dienstag ist das Büro für die Mitglieder von 14.30 bis 16.00 Uhr geöffnet und das wird rege genutzt. Die Mitglieder freuen sich schon auf den Dienstag. Letzte Woche stand Bingospielen auf dem Plan. Da beim Bingospiel während des letzten Besuchs im SoVD-Erholungsheim Büsum die Pralinen so gut angekommen waren, wurden auch dieses Mal um die Leckereien gespielt. Die Teilnehmer*innen amüsierten sich gut und wünschen sich, dass es bald eine Wiederholung des Bingenachmittags geben möge.

Am 2. April um 14 Uhr geht es erstmal weiter mit einem Vortrag der Polizei am Heltauer Platz 1.



Hatten ihren Spaß beim Bingo spielen mit Kaffee und Kuchen (v.l.): Renate Fleischer, Ilse Schrader, Monika Stagge, Ilse Oelmann, Gabriele Schneider, Hannelore Thiele und Inge Bernsdorf.

AOK PLUS übernimmt Kosten der Diagnostik bei seltenen Krankheiten

Schnell handeln und behandeln

Sachsen Patient*innen mit seltenen Erkrankungen erhalten oftmals erst nach einem langen Weg die richtige Diagnose. In vielen Fällen verstreicht wertvolle Zeit bis zu einer gezielten Behandlung. Hier setzt das Versorgungsangebot der Selektivverträge zur Durchführung von Genomdiagnostik an. In Sachsen stehen Betroffenen an den Universitätskliniken in Dresden und Leipzig zwei von bundesweit 21 Zentren für seltene Erkrankungen zur Verfügung.

In Deutschland leben mehrere Millionen Menschen mit einer seltenen Erkrankung. Entsprechend der gültigen Definition ist von einer seltenen Erkrankung die Rede, wenn nicht mehr als fünf von 10.000 Menschen betroffen sind. Über 8.000 seltene Erkrankungen sind bekannt. Damit sind trotz der Seltenheit dieser Erkrankungen in Summe viele Menschen betroffen.

Im April 2017 war das Dresdener Universitätsklinikum eines von deutschlandweit neun Zentren für Seltene Erkrankungen, das sich am Innovationsfondsprojekt TranslateNAMSE beteiligte. Translate-NAMSE widmete sich dem Defizit in der Versorgung von Patient*innen mit seltenen Erkrankungen. Hierfür wurden einzelne zentrale Maßnahmenvorschläge aus dem Nationalen Aktionsplan für Menschen mit Seltene Erkrankungen (NAMSE) umgesetzt. Durch interdisziplinäre und zum Teil standortübergreifende Fallkonferenzen, dem Einsatz von ärztlichen Lots*innen



Foto: Malik Nalik / Adobe Stock

Eine seltene Krankheit ist oft schwierig zu diagnostizieren.

sowie innovativer genetischer Diagnostik sollte die Diagnosestellung beschleunigt werden. Das Vorhaben gelang und konnte in einen Prozess der besonderen Versorgung – im Rahmen sogenannte Selektivverträge finanziert von der AOK PLUS und anderen Krankenkassen – überführt werden.

„Im Rahmen des gemeinsamen Prozesses der besonderen

Versorgung zur Umsetzung von Maßnahme des Nationalen Aktionsplans NAMSE mit den Zentren für Seltene Erkrankungen übernimmt die AOK PLUS die Kosten für die vernetzte Diagnostik, für die medizinisch indizierte Exomsequenzierung, die Diagnosestellung und letztendlich die Behandlungsplanung für eine geeignete Therapie“, informiert Anette Schindler, Fachberaterin Selektivverträge.

Im vergangenen Jahr wurden 299 Versicherte neu in den Versorgungsvertrag an der Universitätsklinik in Dresden und 253 an der Leipziger Uni-Klinik eingeschrieben und haben somit die Chance auf eine Diagnosestellung und eine zielgerichtete Weiterbehandlung. Speziell in Sachsen ist der Bedarf zur Diagnosestellung im Rahmen des Vertrages auf Grund des hohen Versichertenanteils der AOK PLUS sehr hoch. Um diesem gerecht zu werden, können bis zu 300 Patienten pro Jahr in einem der beiden sächsischen Zentren behandelt werden.

Quelle: AOK PLUS

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897. Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, 3. Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratung, Termine nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, eine Terminvereinbarung ist erforderlich.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden s. Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Straße der Jugend 6, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Mittelelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 0160/42 13 163 (mobil). Sprechstunde: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (bar-

rierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wer-

nigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldungen bitte unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64 733. Sprechzeiten: jeden ersten Montag und Dienstag im Monat, 11–13 Uhr, sowie nach Vereinbarung.



Kreisverband Wernigerode

2. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Vortrag „Die neuen Tricks der Betrüger zur Abzocke“, Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode.



Das Interesse an der lokalpolitischen Diskussion war groß bei den SoVD-Mitgliedern.

Monatliches Mitgliedertreffen mit SPD-Politikerin Mandy Pfeifer

Für eine soziale Stadt Schwerin

Der Kreisverband Schwerin lud seine Mitglieder und interessierte Bürger*innen am 12. Februar in das Quartier Friedrich's. Zu Gast war diesmal Mandy Pfeifer, die Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtfraktion und Mitglied im SoVD-Kreisverband Schwerin.

In der Stadtvertretung leitet Mandy Pfeifer den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales. Sie tritt ein für eine soziale Stadt, in der alle Menschen gut leben können und für eine starke Infrastruktur, die Menschen in Not hilft und Menschen zusammenführt. Ihr Motto lautet: „Nur wer sich engagiert, kann etwas bewegen!“

Lebhafte Diskussionen gab es zu den Themen:

- Wann kommt das 29-Euro-Ticket für EU-Rentner*innen unter 65 Jahren?
- Unzureichende Schneeberäumung in Schwerin,
- Sozialer Wohnungsbau,
- Barrierefreiheit in ärztlichen Einrichtungen und Apotheken,
- Begegnungs- und Bildungsstätten in den Stadtteilen,
- Sitzgelegenheiten und öffent-



Die SoVD-Kreisvorsitzende Andrea Preuß-Borowsky (li.) mit Gast Mandy Pfeifer von der SPD.

fentliche Toiletten,
• Fachkräftemangel, auch in den Kitas und Schulen.
Nach dem interessanten Austausch gab es noch eine schöne Überraschung.
Die Staatsministerin Reem

Alabali-Radovan lädt den Kreisverband Schwerin zu einem Besuch des Deutschen Bundestages nach Berlin ein. Die Kreisvorsitzende Andrea Preuß-Borowsky, hat bereits erste Planungsgespräche geführt.



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

Bundespräsident Herzog sprach von dem Deutschlanddruck. Das gilt auch für die Kindergärten. Die Kinder nur aufzubewahren und zu betreuen, ist nicht alles. Bildung gehört dazu, Erziehung gehört dazu, Sport gehört dazu. Die Vorfreude auf den Wechsel vom Kindergarten in die Schule gehört dazu. Vorschulbildung dient dazu. Im Kindergarten tätig zu sein, das war einmal Freude und Verantwortung. Jetzt ist es für viele nicht mehr attraktiv genug, um in diesem Beruf tätig sein zu wollen.

Die finanzielle Seite ist zweifellos wichtig. Kindergärtnerinnen und Kindergärtner müssen ihrer Leistung entsprechend entlohnt werden. Gesellschaftliche Anerkennung, permanente Aus- und Weiterbildung, Ehrungen im Kleinen wie im Großen und weitgehend angepasste Lehr-, Erziehungs- und Betreuungsinhalte deutschlandweit – das alles wird Frauen und Männer ermuntern, sich für einen Kindergartenberuf zu interessieren und ihn zu erlernen.

Das Flickwerk der Betreuungsstrukturen muss beseitigt werden. Wenn ich einen solchen Beruf in einer Fachschule auf der Insel Rügen erlerne, muss ich ihn ohne Probleme auch in Kassel, Oldenburg oder Bamberg ausüben können.

Das Bundesministerium für Bildung muss vom Parlament beauftragt werden, die entsprechenden Reformen schnell einzuleiten. Es gibt genügend Länder auf der Welt, in denen solch eine Kindergartenarbeit, inklusive Vorschule erfolgreich praktiziert wird: anschauen, anpassen, nachmachen – das ist die Devise.

Der SoVD setzt sich für eine Verbesserung der vorschulischen Strukturen und der vorschulischen Erziehung, Bildung und Betreuung ein.

Ein „Garten“ für die Kinder, für alle Kinder, ein geschützter Raum für Mädchen und Jungen, das fordern wir.

Ihr Dr. Helmhold Seidlein, 1. Landesvorsitzender



Helmhold Seidlein

Reha in Ausnahmefällen im Rentenbezug möglich

DRV zahlt Reha bei Krebs

Wer eine Altersrente oder Erwerbsminderungsrente bekommt, kann in bestimmten Fällen über die Deutsche Rentenversicherung (DRV) eine Reha beantragen. Dazu gehört die onkologische Reha nach einer Krebserkrankung sowie die Kinder-Reha, wenn das Kind mit im Haushalt lebt.

Onkologische Reha-Leistungen kann bekommen, wer bereits eine Rente bezieht (zum Beispiel eine Altersrente oder eine Erwerbsminderungsrente). Ehe- oder Lebenspartner*in von Versicherten und von Rentenbezieher*innen sowie Hinterbliebene können ebenfalls diese Rehabilitationsart erhalten, wenn sie selbst noch keinen Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet haben oder die oben genannten versicherungsrechtlichen Voraussetzungen noch nicht erfüllen. Auch für Kinder ist eine onkologische Rehabilitation bis zum vollendeten 18. Lebensjahr möglich. Das gilt für erkrankte Kinder von Versicherten oder Rentner*innen wie für in den Haushalt aufgenommene Stief- oder Pflegekinder sowie Enkelkinder oder Geschwister von Versicherten oder Rentner*innen, wenn sie in deren Haushalt aufgenommen sind oder vorwiegend von ihnen unterhalten werden.

Absolvieren Kinder eine Schul- oder Berufsausbildung, ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst, können sie bis zum vollendeten 27. Lebensjahr eine onkologische Rehabilitation erhalten. Das Gleiche gilt, wenn Kinder wegen einer Behinderung nicht selbst für sich sorgen können.

Quelle: DRV

Ehrenamtsmessen im April

Im März haben die Ehrenamtsmessen begonnen. Es folgen Messen in Rostock (13. April, Christophorus-Jugenddorf), Wismar (27./28. April, Hanseschau, Halle 5), Greifswald (25. Mai, Maritimes Jugendwerk Wieck) und Ludwigslust (15. Juni, auf dem Lindenfest).

„Auf den Messen mit insgesamt rund 230 Ausstellern

können die Bürgerinnen und Bürger auch in diesem Jahr wieder die große Vielfalt unserer Vereine und Verbände im Land kennen lernen“, betont Sozialministerin Stefanie Drese. So werden zum Beispiel neben den verschiedenen Hilfsorganisationen auch Vereine aus den Bereichen der sozialen Arbeit, dem Sport und der Kunst und Kultur vertreten sein. „Nutzen

Sie also die Möglichkeit, mit den Ansprechpartner*innen vor Ort ins Gespräch zu kommen, sich zu informieren, ihre Fragen zum Thema Ehrenamt zu stellen und sich zu vernetzen“, erklärt die Ministerin.

Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.ehrenamtsmessen-mv.de/>.

Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport

5 Termine



wellnhofer designs/Adobe Stock

Kreisverband Rostock / Bad Doberan

11. April: Tagesfahrt nach Ludwigslust mit Besuch von Schloss, Schlosspark und Stadtkirche. **Anmeldung bis 5. April.**

Anmeldungen und genaue Infos bei Uwe Wernicke unter Tel.: 0381/76 96 130 oder 0177/87 43 828 oder per E-Mail an: info@sovd-rostock.de.

Kreisverband Schwerin

8. April, 17 Uhr: Mitgliederversammlung mit Einladung des Sozialpsychiatrischen Dienstes.

Vorschau: 13. Mai, 17 Uhr: Mitgliederversammlung mit Einladung des Seniorensport ARGUS e.V.

Ort: Quartier Friedrich's, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin.

9. April, 17 Uhr: Vorstandssitzung.

Vorschau: 7. Mai, 17 Uhr: Vorstandssitzung.

Ort: Büro der Geschäftsstelle.

Rechtsberatung

Greifswald: 11. April; **Bergen (Rügen)/Stralsund:** 23. April; **Röbel:** 30. April. Es berät Donald Nimsch.

Güstrow / Schwerin: 10. April; **Parchim:** 17. April (Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle Rostock), **Grevesmühlen / Wismar:** 24. April. Es berät Doreen Rauch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalde, 17109 Demmin, Tel. über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigslust Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Typ-2-Diabetes beginnt schon Jahre vor dem Ausbruch schleichend

Prädiabetes früh diagnostizieren

Typ-2-Diabetes entwickelt sich in der Regel über viele Jahre, ohne dass die Betroffenen Symptome verspüren. Rechtzeitig erkannt, kann das Risiko für den Ausbruch eines Diabetes mellitus mit einer Lebensstiländerung jedoch um 40 bis 70 Prozent gesenkt werden, sagen die Deutsche Gesellschaft für Endokrinologie e. V. (DGE) und die Deutsche Diabetes Gesellschaft e. V. (DDG).

In Deutschland erkranken jährlich mehr als eine halbe Million Erwachsene neu an Diabetes. Aktuell leben etwa 8,7 Millionen Menschen mit dieser Erkrankung. Etwa 95 Prozent von ihnen haben einen Typ-2-Diabetes (1). Bei dieser Erkrankung reagieren die Körperzellen schlechter oder gar nicht mehr auf das körpereigene Hormon Insulin (Insulinresistenz). Somit gelangt weniger Zucker aus dem Blut in die Körperzellen und der Blutzuckerspiegel ist erhöht. Die Folgen der Stoffwechselerkrankung sind eine oft verkürzte Lebensdauer und verminderte Lebensqualität durch zahlreiche chronische Leiden etwa des Herz-Kreislaufapparats. „Ebenso besteht eine Anfälligkeit dafür, häufiger an Krebs sowie an Demenz zu erkranken“, sagt Professor Dr. med. Karsten Müssig von der DGE, Chefarzt der Klinik für Innere Medizin, Gastroenterologie und Diabetologie am Franziskus-Hospital Harderberg der Niels-Stensen-Kliniken.

Schon im Frühstadium erhöhtes Gesundheitsrisiko

Tatsächlich lässt sich durchschnittlich schon zwölf Jahre vor der Diabetesdiagnose eine verminderte Insulinwirkung (Insulinresistenz) im Blut feststellen. Kommt es dann auch noch zu einer Abnahme der Insulinfreisetzung aus der Bauchspeicheldrüse, steigen auch die Blutzuckerwerte an. Dieser Zustand, bei dem die Blutzuckerwerte erhöht sind, aber noch nicht die Diabeteskriterien erfüllen, wird auch als Prädiabetes bezeichnet. Er geht mit einem gesteigerten Risiko einher, an Typ-2-Diabetes zu erkranken. Der mit Prädiabetes verbundene leicht erhöhte Blutzuckerspiegel hinterlässt bereits bleibende Schäden im Körper, etwa an Nieren, Nerven und Gefäßen.

„Schätzungsweise 20 von 100 Erwachsenen in Deutschland und mehr als zehn Prozent der erwachsenen Bevölkerung weltweit (541 Millionen Menschen) leben mit Prädiabetes“, sagt Müssig. Zu den Risikogruppen gehören Menschen mit Übergewicht, kardiovaskulären Erkrankungen, viel Bauchfett und Leberverfettung sowie Frauen, die in den Wechseljahren deutlich an Gewicht zugenommen haben. „Auch wenn man Verwandte ersten Grades



Foto: Anette/Adobe Stock

Ein einfacher Bluttest kann herausfinden, ob jemand sich schon im Vorstadium der Diabetes befindet.

hat, die an Typ-2-Diabetes leiden, sollte man wachsam sein“, sagt Müssig. „Jedes Jahr entwickeln fünf bis zehn Prozent der Menschen mit Prädiabetes einen Typ-2-Diabetes“, ergänzt er.

Rechtzeitig Lebensstil ändern beugt vor

Das müsse nicht sein, findet der Endokrinologe und Diabetologe. Im Stadium des Prädiabetes lässt sich die Erkrankung nämlich häufig noch erfolgreich zurückdrängen: „Das Rezept besteht meist aus einer konsequenten Präventionsstrategie mit Abnehmen, deutlich mehr Bewegung und einer ausgewogener Ernährung“, so Müssig.

Kostengünstige und einfache Diagnose

Die Diagnose eines Prädiabetes ist einfach: „Ist das Diabetesrisiko erhöht, sollten die Nüchternblutglukose, der Zweistunden-Wert im sogenannten oralen Glukosetoleranztest (oGTT) sowie der HbA1c bestimmt werden“, so Müssig.

Das HbA1c spiegelt den durchschnittlichen Blutzuckerspiegel der letzten zwei bis drei Monate wider.

Eine Insulinresistenz kann jedoch schon viele Jahre vor einem Anstieg des Blutzuckers vorliegen. Diese lässt sich durch die Bestimmung von Insulin und Glukose (Blutzucker) aus einer Nüchtern-Blutprobe ermitteln. Aus diesen Werten kann der HOMA-Index (Homeostasis Model Assessment) mit der Formel (Insulin (µU/ml) * Glukose (mg/dl)): 405 berechnet werden. „Bei einem Wert von mehr als 2,5 ist eine Insulinresistenz und damit ein erhöhtes Diabetesrisiko wahrscheinlich“, so Müssig. Der HOMA-Index wird bei Zyklusstörungen und Unfruchtbarkeit infolge des Polyzystischen Ovarialsyndroms (PCOS) regelmäßig bestimmt. „Für jedermann und jederfrau besteht auch die Möglichkeit, das eigene Risiko erst einmal ganz unabhängig von einem Arzt mit etablierten Diabetesrisikotests mittels Fragebögen zu prüfen.“ Quelle: DDG



Foto: Vince Scherer/Adobe Stock

Wer Insulinspritzen vermeiden will, kann dem frühzeitig mit gesunder Ernährung und viel Bewegung vorbeugen.

SoVD fordert: Landesregierung und Kommunen sind in der Pflicht

Klimaschutz muss sozial gerecht gestaltet werden

Klimaschutz ist derzeit eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Laut einer Studie des Meinungsforschungsinstituts Pollytix beurteilen das auch die Bürger*innen so: 62 Prozent sind der Meinung, Politiker*innen sollten mehr tun, gleichzeitig sehen sie steigende Kosten kritisch. Auch der SoVD in Niedersachsen ist der Auffassung, dass der Klimawandel unbedingt sozial gerecht gestaltet werden muss und nimmt dabei auch die Landesregierung sowie vor allem die Kommunen in die Pflicht.

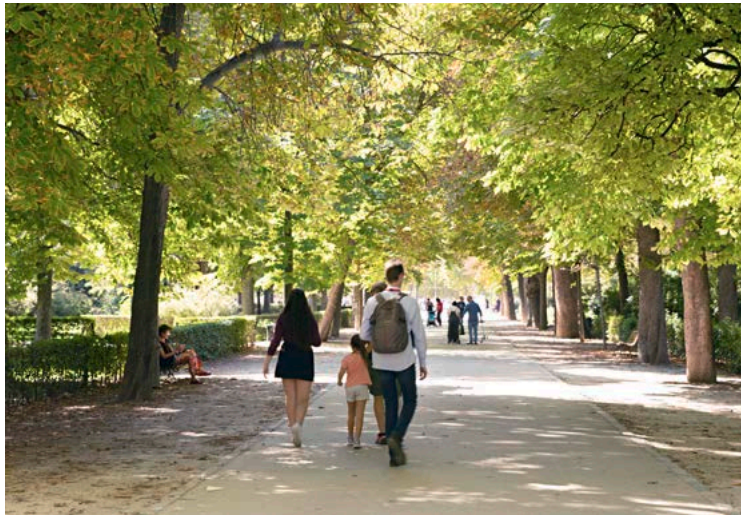


Foto: Lola Fdez.Nogales / Adobe Stock

Gemeinden und Städte müssen unter anderem Konzepte entwickeln, um die Bewohner*innen im Sommer vor Hitze zu schützen.

Mit dem Klimawandel steht die Gesellschaft vor einer ihrer größten Herausforderungen – entsprechende Maßnahmen zum Schutz sind dringend notwendig. „Eins darf dabei aber nicht vergessen werden: Wir müssen dafür sorgen, dass die Kosten gerecht verteilt werden“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Die Pollytix-Umfrage zeigt, dass sich die Deutschen höherer Kosten durch den Klimawandel bewusst sind und konsequentes Handeln einfordern. Gleichzeitig halten es 49 Prozent für eine schlechte Idee,

klimaschädliches Verhalten durch höhere Preise zu sanktionieren. Eine Mehrheit dafür gibt es nur in Haushalten mit einem Nettoeinkommen von über 3.000 Euro. „Die Studie macht sehr deutlich, dass beim Klimaschutz der soziale Aspekt nicht vernachlässigt werden darf. Wer dem Klima besonders schadet, muss auch höhere Kosten in Kauf nehmen. Gerade Menschen mit wenig Geld gehören allerdings nicht dazu. Das muss bei der Kostenverteilung unbedingt berücksichtigt werden“, fordert Swinke.

Außerdem sei es wichtig, dass beschlossene Ziele auch

umgesetzt werden. Das fordern zum Beispiel auch 71 Prozent der Teilnehmenden der Studie. Aus Sicht des SoVD heißt das: Die Landesregierung und die Kommunen müssen den öffentlichen Personennahverkehr gerade auf dem Land massiv ausbauen, die Versorgung mit erneuerbaren Energien vorantreiben und alles dafür tun, dass Städte und Gemeinden ihre Bürger*innen in heißen Sommern vor Hitze schützen. „Dabei müssen die Bürger*innen am Prozess beteiligt werden und zwar schnell. Wir haben nicht mehr viel Zeit“, betont der Vorstandsvorsitzende.

Nach Corona-Impfung: Schülerin kann keine 100 Meter mehr gehen

Kampf um Anerkennung als Impfschaden

Für Laura R. (Name geändert) spielt Sport eine große Rolle in ihrem Leben: Sechsmal in der Woche ist die Schülerin aus dem Landkreis Peine beim Volleyball oder geht reiten. Im Juli 2021 ist es damit vorbei. Sie lässt sich gegen Corona impfen. Danach ist nichts mehr wie vorher: Sie hat Atemnot, kann sich nicht mehr konzentrieren, ist nicht mehr belastbar. Ihre Mutter führt die Probleme auf die Impfung zurück und kämpft seit mehr als zwei Jahren um eine Diagnose, eine Behandlung und um Anerkennung.

Am 18. Juli 2021 lässt sich die damals 17-jährige Laura R. im Impfzentrum in Peine das erste Mal gegen Corona impfen. „Am nächsten Tag hatte sie Fieber. Aber das haben wir für eine ganz normale Impfreaktion gehalten“, berichtet ihre Mutter Sandra R. Ein paar Tage später wurde es dann richtig schlimm: „Sie hatte Atemnot und ist sogar blau angelaufen. Dann ist sie beim Abendessen mitten im Satz kollabiert.“ Laura R. geht zu ihrem Hausarzt. Er kann einen Zusammenhang mit der Impfung nicht gänzlich ausschließen und weist die Schülerin mit Verdacht auf eine Herzmuskelentzündung ins Krankenhaus ein.

„Dort haben sie meine Tochter auf den Kopf gestellt und geschaut, ob sie vielleicht einen Tumor, einen Schlaganfall oder Multiple Sklerose hat. Gefunden haben sie nichts“, erzählt Sandra R. Entlassen wird sie mit einer Packung Magentabletten und dem Hinweis, dass sie psychische Probleme habe – die Corona-Pandemie sei ja auch für Jugendliche sehr anstrengend gewesen. „Wir wurden im Krankenhaus mit den Symptomen überhaupt nicht ernst genommen. Früher war Laura total sportlich, jetzt kann sie keine

100 Meter mehr gehen. Das ist doch kein psychisches Problem“, macht Lauras Mutter deutlich.

Gesundheitszustand bessert sich nicht

Ein anschließendes Blutbild beim Hausarzt zeigt: Die Werte sind sehr schlecht. Laura R. muss erneut in die Klinik – dieses Mal in das Kinderkrankenhaus auf der Bult. Dort bekommt sie Thrombosemittel, die sie auch heute noch ab und zu nehmen muss. An ihrem schlechten Allgemeinzustand ändert das jedoch kaum etwas. Allerdings: Das Kinderkrankenhaus meldet den Fall als Impfschaden an das Paul-Ehrlich-Institut. „Bei der Entlassung wurde uns geraten, uns an eine Long-Covid-Ambulanz zu wenden“, sagt Sandra R. Denn: Post-Vac-Ambulanzen, also Einrichtungen, die Menschen mit einem Corona-Impfschaden behandeln, gebe es in Deutschland nicht.

Nach einiger Zeit steht auch endlich eine Diagnose fest: Laura R. leidet unter ME/CFS, einer schweren neuroimmunologischen Erkrankung. „Obwohl es zahlreiche Betroffene gibt, ist sie noch nicht als schwere, körperliche Erkrankung anerkannt. Leider wird sie auch immer

noch kaum erforscht“, erläutert Sandra R. das Problem. Für die 51-Jährige heißt das: Sie muss an jeder Stelle um Anerkennung der Diagnose kämpfen. Mittlerweile hat sie es geschafft, dass ihrer Tochter der Pflegegrad 2 zuerkannt wurde. Doch auf die Anerkennung als Impfschaden wartet sie noch immer. Sie stellt zwar einen Antrag beim Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, doch dieser wird abgelehnt.

Betroffene ernst nehmen

Hilfesuchend wendet sie sich an den Rechtsanwalt Arndt Michelmann vom SoVD-Beratungszentrum in Peine. Allerdings sind dem Juristen die Hände gebunden. „Die Gesetzeslage gibt es leider noch nicht her, dass hier ein Impfschaden anerkannt werden kann – obwohl eine eindeutige Diagnose durch den Hausarzt, die Medizinische Hochschule Hannover und die Reha-Klinik vorliegt. Deshalb versuchen wir, das Verfahren beim Landesamt ruhend zu stellen, bis es entsprechende Forschungsergebnisse gibt“, so der Leiter des Beratungszentrums. „Für uns heißt das: Wir als Sozialverband müssen noch mehr Druck machen,

denn es gibt viele Betroffene. Ihnen kann aber nur geholfen werden, wenn die Politik sich endlich bewegt“, ergänzt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Auch Sandra R. ist an die Politik herangetreten. Es gab einige Gespräche mit Politiker*innen

auf Bundes- und Landesebene, weitere stehen an. „Die Probleme und Diagnosen müssen endlich ernst genommen werden. Wir werden unseren Teil tun, um die Betroffenen zu unterstützen“, betont Swinke. Bis dahin heißt es für Familie R. abwarten und weiterkämpfen.

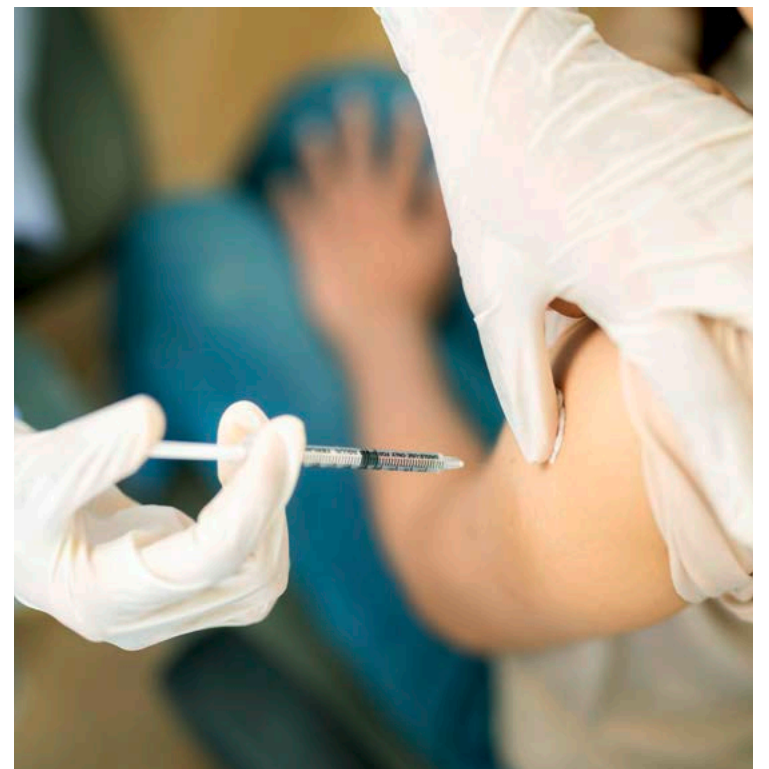


Foto: tong2530 / Adobe Stock

Ein paar Tage nach der Impfung stellen sich bei Laura R. erste Symptome ein, die sich im Laufe der Zeit verschlimmern.

SOVD-PODCAST

Was zahlt die Krankenkasse?

Welche Kosten übernimmt eigentlich die Krankenkasse? Für Patient*innen ist das nur noch schwer zu durchschauen – viele sind überrascht, wenn zum Beispiel bestimmte Medikamente oder Behandlungen nicht bezahlt werden. Mit der neuen Podcast-Folge bringen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel Licht ins Dunkel. Als Gast ist dieses Mal Andrea Lichtenfeld-Kottner vom IGeL-Monitor dabei. Mit ihr sprechen die Hosts darüber, warum die sogenannten individuellen Gesundheitsleistungen, kurz IGeL, nicht von der Krankenkasse übernommen werden, welche Leistungen sinnvoll sind und welche eher nicht. Außerdem gibt Lichtenfeld-Kottner Tipps, worauf Patient*innen achten sollten, wenn Ärzte*Ärztinnen ihnen diese „Selbstzahlerleistungen“ anbieten.

Die neue Podcast-Folge ist unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

Rückblick auf das Barcamp zum Equal Pay Day

Geschlechtergerechte Arbeitswelt 5.0

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, politischen Stiftungen, Gleichstellungsbeauftragten und weiteren Verbänden hatte am 2. März gemeinsam mit dem SoVD zum Barcamp „Equal Pay – Geschlechtergerechte Arbeitswelt 5.0“ nach Hannover eingeladen. Die Veranstaltung war offen für alle Interessierten. Beim Barcamp, einem partizipativen Veranstaltungsformat, wurde über Chancengleichheit, faire Bezahlung und die Zukunft der Arbeitswelt diskutiert.

In einem Einführungsvortrag stellte Professorin Dr. Nicole Mayer-Ahuja, Georg-August-Universität Göttingen, Ergebnisse ihrer Forschung zu aktuellen Entwicklungen in der Arbeitswelt vor. Der Fokus lag dabei auf Fragen der Geschlechter(un)gleichheit. So sind Frauen zu 31 Prozent in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis, Männer jedoch nur zu 12 Prozent. Erschwerend komme hinzu, dass der durchschnittliche Stundenlohn in Teilzeit rund 18 Prozent unter dem in Vollzeitbeschäftigung liege.

Weiterhin seien Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert und selbst in sogenannten „Frauenberufen“ sei die Leitungsebene oft männlich besetzt. Dies erschwere den beruflichen Aufstieg für Frauen, da das Kriterium sozialer Ähnlichkeit bei der Karriereförderung durch Vorgesetzte eine wichtige Rolle spiele. Männer fördern daher eher Männer als Frauen.

Abschließend formulierte Mayer-Ahuja Forderungen, um Entgeltgleichheit zu erreichen –

darunter die Abschaffung des Ehegattensplittings als strukturelle Hürde für gleichberechtigte Erwerbsarbeit, eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung, die Aufwertung von Care-Arbeit, das Verbot von Minijobs oder die „kurze Vollzeit“ für alle.

Anschließend konnten sich die Teilnehmenden des Barcamps in verschiedenen Sessions direkt einbringen und eigene Themen diskutieren. Dabei wurden vielfältige Aspekte rund um Gleichberechtigung, Equal Pay und Arbeitswelt erörtert. Themen waren beispielsweise Frauen in den Medien, das Aufbrechen tradiert Rollenbilder, feministische Führung, Geschlechtergerechtigkeit im Kleinkindalter oder Chancen für Alleinerziehende im Beruf.

Die Session „Geschlechtergerechtigkeit im Kleinkindalter“, wurde von Ingrid Beyer angeboten, Sprecherin des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD in Hannover. Hier diskutierten die Teilnehmerinnen, inwieweit Bildung und der Zugang zu Lite-



Foto: Kathrin Schrader

Ingrid Beyer (Mitte) präsentierte die Ergebnisse der Session „Geschlechtergerechtigkeit im Kleinkindalter“.

ratur wichtige Schlüssel sind. Es müsse entsprechende Vorbilder, etwa mehr männliche Erzieher in Kitas, geben. Die wichtigste Bezugsgruppe für Kinder sei und bleibe jedoch die Familie. Daher sei es wichtig, Eltern zu stärken. Dies könne beispielsweise über Elternarbeit in der Kita oder in der Schule erfolgen. Insgesamt

müsse dringend die Attraktivität des Berufsbilds gesteigert werden, um ausreichend und gut qualifizierte pädagogische Fachkräfte zu haben.

Die Bündnispartner*innen werden an den verschiedenen Session-Themen weiterarbeiten und diese in ihre Arbeit einfließen lassen.

SoVD-Tipp: Eintragung in Notfallregister bei gesundheitlichen Einschränkungen

Versorgung im Ernstfall

Im Not- oder Katastrophenfall zählt jede Sekunde. Aber nicht immer können Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen entsprechend ihrer besonderen Bedarfe richtig versorgt werden, da den Hilfsdiensten keine Informationen über den Gesundheitszustand vorliegen. Der SoVD rät Betroffenen daher, sich in das kostenlose Notfallregister des Notfallregisters e.V. einzutragen und wichtige Angaben zu hinterlegen.

Fällt beispielsweise der Strom flächendeckend und anhaltend aus, brauchen Menschen mit elektronischen Hilfsmitteln wie einem Beatmungs- oder Dialysegerät schnelle Hilfe. Das Problem: Örtlichen Hilfsdiensten fehlen oft die Informationen zu Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf in Notfall- und Katastrophenfällen.

„Wir empfehlen Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, im Notfallregister des Notfallregisters e.V. alle wichtigen Angaben zu hinterlegen, damit Behörden, Leitstellen und Einsatzdiensten im Ernstfall bekannt ist, wo bedarfsorientierte Hilfe benötigt wird“, so Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Dies ist unter www.notfallregister.eu möglich. „Auch Einrichtungen für Menschen mit Behinderung oder zum Beispiel Pflegeheimen legen wir die Registrierung ans Herz“, ergänzt Lorenz.



Foto: Lightfield Studios / Adobe Stock

Die Registrierung ist unter www.notfallregister.eu möglich.

Im System erfasst werden, wenn gewünscht, Angaben zur Person, zu Erreichbarkeit, Wohnsituation und Gesundheitsdaten sowie dem individuellen Bedarf. Zudem besteht die Möglichkeit, einen Notfallkontakt zu hinterlegen. „Auf diese Daten können ausschließlich registrierte und verifizierte Leitstellen etwa des Rettungsdienstes, der Feuerwehr oder der Polizei in einer akuten Si-

tuation dann zugreifen. Jede Abfrage wird protokolliert“, informiert Lorenz.

Bei Fragen zu den Themen Behinderung und Gesundheit sind die Berater*innen des SoVD gerne behilflich. Sie unterstützen auch bei der Antragstellung. Über die Telefonnummer des Mitglieder-Servicetelefon unter 0511 65610721 können Beratungstermine vereinbart werden.

„Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“

Online-Vortrag des SoVD gibt Antworten

Am Donnerstag, 25. April, referiert Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig, in einem digitalen Vortrag über das Thema Arbeitsunfähigkeit und Erwerbsminderung. Die Veranstaltung ist offen für alle Interessierten und kostenfrei.

Kann man durch Krankheit arm werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt des Vortrags „Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“. Denn es kann jede*n treffen: Ein Bandscheibenvorfall oder eine Krebserkrankung führt plötzlich zu Arbeitsunfähig-

keit und Erwerbsminderung. Wie die soziale Absicherung aussieht, wenn der Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann, beleuchtet Kai Bursie am 25. April von 16 bis 17.30 Uhr per Zoom. Teilnehmende werden über Fallstricke und Lücken informiert, die Krankengeld, Arbeitslosengeld und Co. mit sich bringen und erhalten nützliche Tipps, damit sie diese umgehen können.

Anmelden können sich Interessierte unter der E-Mail-Adresse weiterbildung@sovnd-nds.de bis zum 22. April.



Foto: Simona / Adobe Stock

An der digitalen Vortragsreihe des SoVD in Niedersachsen können Interessierte per Zoom teilnehmen.

Gleichberechtigung und Entgeltgleichheit: Ehrenamtliche organisieren Veranstaltungen mit verschiedenen Schwerpunkten

SoVD-Aktionen zum Equal Pay Day und Weltfrauentag

Auch 2024 haben wieder viele SoVD-Engagierte anlässlich des Equal Pay Day, Aktionstag für Entgeltgleichheit, sowie zum internationalen Frauentag Aktionen oder Veranstaltungen in ihren Kreis- und Ortsverbänden organisiert und durchgeführt. In Vorträgen, Diskussionen und im gemeinsamen Austausch wurde der Blick auf die noch immer bestehenden Ungleichheiten und Herausforderungen in unserer Gesellschaft gelenkt. Gemeinsam mit Interessierten und Gästen wurde erörtert, welche politischen Maßnahmen es braucht, um etwa Entgeltgleichheit zu erreichen. Mit ihren Veranstaltungen erreichten die SoVD-Aktiven viele Frauen in den verschiedenen Ortsverbänden sowie auch weitere interessierte Nicht-Mitglieder.



Foto: Matthias Muik

Im Kreisverband Burgdorf fand ein sozialpolitisches Frühstück mit vielen Teilnehmenden statt.



Foto: Klaus Müller

An einer Veranstaltung im Heidekreis nahmen rund 70 Frauen aus den Ortsverbänden teil sowie Jutta König, Mitglied des Bundesverbandsrats, und die SoVD-Bundesvorsitzende Michaela Engelmeier.



Foto: Volker Kampe

Rund 80 aktive SoVD-Frauen kamen in Sievershausen zum Frauenfrühstück anlässlich des Equal Pay Day. Es gab unter anderem einen Vortrag von Karen Elfers, Ratsfrau in Lehrte.



Foto: SoVD Verden

In Verden organisierten die SoVD-Engagierten einen Infostand zum Equal Pay Day.



Foto: Annette Kesselhut

Der SoVD in Nienhagen veranstaltete am Weltfrauentag für alle Interessierten ein multikulturelles Frühstücksbuffet mit Rahmenprogramm und Austausch.



Foto: Annegret Wulschläger

In Gerdau luden die Engagierten zum informativen Frauen-Café ein: Eine Präventionsspezialistin der Polizei erörterte in einem Vortrag, wie sich Frauen gegen Gewalt schützen können.

Häusliche Pflege: Pflegekasse trägt Kosten für Schulungsangebote

Schulung für pflegende Angehörige

Wer sich dafür entscheidet, eine*n pflegebedürftige*n Angehörige*n zu Hause zu pflegen, möchte diese*n auch in familiärer Umgebung bestmöglich versorgen. Doch das ist nicht immer leicht. Gut zu wissen: Die Pflegekassen bieten kostenlose Pflegekurse und -schulungen als Unterstützungsangebote an. Der SoVD informiert zu den verschiedenen Leistungen.

In den wenigsten Fällen sind pflegende Angehörige beruflich als Pfleger*in ausgebildet. Hier können Pflegekurse und -schulungen der jeweiligen Pflegekasse helfen, den Pflegealltag Betroffener zu erleichtern und ihnen mehr Sicherheit zu geben. „Diese Unterstützungsangebote sind für Interessierte umsonst, denn die Pflegekasse trägt die Kosten. In Anspruch genommen werden sie aber leider nur von Wenigen, denn oft wissen pflegende Angehörige gar nicht, dass es derartige Schulungsmöglichkeiten gibt und sie ihnen gesetzlich zustehen“, bemängelt Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

In Pflegekursen bekommen pflegende Angehörige von geschultem Fachpersonal zum Beispiel Basiswissen zu Pflegehandgriffen und dem richtigen Umgang mit Medikamenten oder Tipps für die Hygiene vermittelt. „Diese Gruppenkurse haben außerdem den Vor-



Foto: thodonat / Adobe Stock

Wer eine*n Angehörige*n zu Hause pflegt, kann zur Unterstützung kostenfrei an einer Schulung teilnehmen.

teil, dass sich Teilnehmende mit anderen pflegenden Angehörigen austauschen können“, so Katharina Lorenz. Je nach Pflegekasse werden auch Online-Kurse für diejenigen angeboten, die nicht vor Ort teilnehmen können. Bei speziellen Fragen zur konkreten Pflegesituation können Angehörige zudem individuelle Schulungen bekommen, in dessen Rahmen das Fachper-

sonal direkt ins Haus kommt. „Mehr Informationen zum genauen Angebot können bei der Pflegekasse erfragt werden“, informiert Lorenz.

Bei weiteren Fragen rund um das Thema Pflege sind die Berater*innen des SoVD gerne Ansprechpartner*innen. Unter www.sovd-nds.de können die Kontaktdaten der niedersächsischen Beratungszentren abgerufen werden.

20% Rabatt auf neu eröffnete Verfahren bei Abwicklung über die App

Willkommen beim **SOVD**

Anmelden
Registrieren

SoVD-App „Mein SoVD“

Zusätzliche digitale Dienstleistungen für Mitglieder

Download der kostenlosen App

QR Code | Laden im App Store | QR Code | JETZT BEI Google Play

Mehr Infos finden Sie unter: www.sovd-nds.de/sov-d-app

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen

SOVD

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Para-Dressreiterin Melanie Wienand erhält Auszeichnung

Behindertensportlerin des Jahres gekürt

Die Wahl zum*zur „Behindertensportler*in des Jahres“, die der Behinderten-Sportverband Niedersachsen (BSN) veranstaltet, hat in diesem Jahr Melanie Wienand für sich entschieden. Die Para-Dressreiterin hatte die Wählerschaft mit ihren sportlichen Leistungen und ihrer persönlichen Comeback- und Erfolgsgeschichte nach einem Reitunfall überzeugt. Sie erhielt fast 21 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die begehrte Trophäe überreichte ihr bei einer festlichen Gala im GOP-Varieté-Theater Hannover der niedersächsische

Ministerpräsident Stephan Weil. Bei der Gala waren neben 250 geladenen Gästen aus Sport, Politik und Wirtschaft auch die fünf weiteren Kandidat*innen vertreten.

„In einer Zeit, in der die Demokratie immer wieder in Frage gestellt wird, erinnert uns der Behindertensport daran, dass Vielfalt und Respekt die Stärken unserer Gesellschaft sind“, sagte BSN-Präsident Karl Finke in seiner Begrüßungsrede.

Weitere Details zur Preisverleihung können unter www.bsn-ev.de nachgelesen werden.



Foto: Volker Minkus / BSN

Karl Finke, Präsident des BSN, Stephan Weil, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Melanie Wienand (PSV-Hellern e. V.), Célia Šašić, Sportehrengast und Laudatorin (v.l.n.r.)

SoVD-Kreisvorsitzender hält Rede auf dem Schlossplatz in Braunschweig

SoVD zum Equal Care Day

Kinder erziehen, kranke Menschen, Ältere und Menschen mit Behinderung pflegen – all dies ist wertvoll für unsere Gesellschaft. Doch die Sorgearbeit – oder Care-Arbeit – findet in der Gesellschaft noch zu wenig Wertschätzung. Darauf macht der „Equal Care Day“ aufmerksam.

Der sogenannte „Equal Care Day“ war am 29. Februar. Dieser Tag, der nur alle vier Jahre sichtbar ist, soll auf die ungleiche Verteilung von Sorgverantwortung und auf die geringe Wertschätzung der Sorgearbeit hinweisen. In diesem Jahr riefen in Braunschweig die kommunale Gleichstellungsbeauftragte Marion Lenz gemeinsam mit der Frauenberatungsstelle, verdi und DGB – unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters Dr. Thorsten Kornblum – zu einer Kundgebung auf.

Betroffene Menschen, aber auch Institutionen, Organisationen und Projekte waren aufgerufen, gemeinsam den Sorgenotstand sichtbar und hörbar zu machen. Auch Reiner Knoll, 1. Kreisvorsitzender des SoVD in Braunschweig, hielt eine Rede zum Equal Care Day und betonte die politischen Forderungen des SoVD.

Er ging in der Rede auf den „Gender Care Gap“, also die Sorgearbeitslücke, ein. Dieser beträgt über 50 Prozent. Damit



Foto: Thorsten Böttcher

In seiner Rede verdeutlichte Reiner Knoll die verschiedenen Benachteiligungen, die aus dem „Gender Care Gap“ erwachsen.

wird der Unterschied der geleisteten, unbezahlten Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern bezeichnet. Frauen leisten somit täglich etwa eineinhalbmal so viel unbezahlte Sorgearbeit wie Männer. Auch andere „Gender Gaps“ benannte Knoll und stellte die Forderungen des SoVD klar: Bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und

Pflege, Vaterschaftsfreistellung rund um die Geburt eines Kindes, Entgeltersatzleistung für Pflegenden und die Unterstützung von Alleinerziehenden.

Im Anschluss an die Kundgebung gab es einen Demonstrationzug durch die Braunschweiger Innenstadt. Danach fand eine Abschlussveranstaltung im Braunschweiger Schloss statt.

Rund 400 SoVD-Mitglieder und Gäste unterstützen Rollstuhlbasketball-Team

Aktionstag mit Hannover United

Beim Spiel der Rollstuhlbasketballer*innen von Hannover United gegen den RBC Köln 99ers gab es tatkräftige Unterstützung vom SoVD: Mehrere Orts- und Kreisverbände waren mit Mitgliedern und Sportbegeisterten dabei. Der SoVD in Niedersachsen ist seit vielen Jahren Kooperationspartner und Unterstützer von Hannover United. Diesmal kamen fast 400 SoVD-Engagierte, Mitglieder und Freund*innen zum Spiel, darunter junge Basketballer*innen vom VfL Westercelle, die SoVD-Kreisvorstandsmitglieder aus Celle eingeladen hatten. Das Spiel entschied das Hannover-United-Team mit 72:64 für sich.



Foto: Carsten Schlotmann

Das Publikum erlebte leidenschaftlich gespielten Rollstuhlbasketball.



Foto: Louisa Swinck

Zahlreiche SoVD-Mitglieder und Freund*innen waren beim Spiel mit dabei – etwa aus den Kreisverbänden Heidekreis (li.) und Celle.



Foto: Annette Krämer

SoVD-Hauptamtliche kümmerten sich um einen Infostand.



Foto: Sabine Kellner

Das Jugendteam des Basketballvereins VfL Westercelle feuerte das United-Team an und machte nach dem Spiel ein Erinnerungsfoto.

SoVD in Braunschweig beantwortet Fragen zum Sozialrecht

Offene Telefonberatung des SoVD

Am Mittwoch, 17. April, veranstaltet der SoVD in Braunschweig von 10 bis 11.30 Uhr wieder seine offene Telefonberatung zu allen Fragen des Sozialrechts.

Fragen rund um die gesetzliche Renten-, Pflege-, Kranken- und Unfallversicherung werden beantwortet. Außerdem werden die Themen Existenzsicherung, Schwerbehindertenrecht, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht behandelt. Der Bereich Existenzsicherung umfasst die Leistungen aus der Erwerbsminderungsrente, aus Arbeitslosengeld 1 und dem Bürgergeld, aus der Grundsicherung und Sozialhilfe sowie aus dem Wohngeld.

Interessierte können die Telefonnummer 0531 2444-192 kostenlos anrufen und sich über die Themen informieren. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Regionalleiter des SoVD, die Fragen der Ratsuchenden beantworten.

Bei stärkerem Beratungsbedarf können im Anschluss

auch persönliche Gespräche, eine Videoberatung oder weiterführende Telefonate vereinbart werden.

Ohne Namensnennung werden besonders interessante Gespräche dieser Beratung am Freitag, 3. Mai, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – per Livestream und App – ausgestrahlt. So können sich auch Interessierte, die während der Telefonberatung verhindert waren, informieren. Die offene Telefonberatung findet circa alle drei Monate statt.



Foto: Studio Romantic / Adobe Stock

Die telefonische Beratung ist offen für alle Ratsuchenden.

Regionale Unterschiede bei der Abdeckung von Ausgaben im Bürgergeldbezug

Lücke bei Wohn- und Heizkosten

Mancherorts war davon schon in der Zeitung zu lesen und auch „westpol“ (WDR-TV) griff das Thema auf, das den SoVD in der Sozialpolitik seit mehr als einem Jahr beschäftigt: die Wohnkostenlücke beim Bürgergeld.

Nach dem Sozialgesetzbuch II (Bürgergeld, zuvor Hartz IV) sind die Kosten für Miete und Heizung „in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen“ zu übernehmen, „soweit diese angemessen sind“. Die Grenzen der „Angemessenheit“ bestimmt jede Kommune für sich. In vielen Fällen reichen die Leistungen der Jobcenter offenbar nicht, um die tatsächlichen Kosten bezahlen zu können.



Daniel Kreutz

Wohnkostenlücken regional sehr unterschiedlich

Nach Daten der Bundesagentur für Arbeit, die die Bundesregierungen für die Jahre 2020, 2021 und 2022 veröffentlichten, scheint das Risiko solcher Wohnkostenlücken in hohem Maße vom Wohnort abzuhängen. Sowohl die Anteile der betroffenen Haushalte als auch die Größe der Lücken weisen je nach Kommune große Unterschiede auf. In NRW lag der Betroffenenanteil der Bürgergeld-Haushalte 2022 zwischen 3,7 Prozent in Münster und 41,6 Prozent in Höxter. Und während in Wuppertal im Schnitt „nur“ 36,43 Euro monatlich zur Kostendeckung fehlten, waren es in Düsseldorf 131,16 Euro – und bei betroffenen Singles in Steinfurt gar 134,56 Euro, was schon glatt 30 Prozent ihres Regelsatzes entsprach. Zudem gingen die Scheren im Zeitverlauf seit 2020 immer weiter auseinander. Bei den Alleinerziehenden hat sich der Abstand zwischen dem landesweit niedrigsten und höchsten Betroffenenanteil gar verdoppelt.

Anfragen an den Minister blieben unbefriedigend

Die Ausführung des Bürgergeldes ist eine kommunale „Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“ unter Fachaufsicht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Und die Daten begründen den Verdacht auf eine sehr ungleiche Rechtsanwendung im Lande. Daher bat der SoVD NRW zunächst in einem Gespräch mit Minister Karl-Josef Laumann im Dezember 2022 um Aufklärung und unterfütterte diese Bitte im Nachgang in einem Schreiben. Doch der Minister blieb auch in weiteren Schriftwechseln der Meinung, es gebe kein Problem, weil es an einer hinreichenden Zahl von Klagen und Petitionen zu diesen Fragen mangle, und weil „mögliche“ unterschiedliche Berechnungsweisen der Kommunen die Daten verzerren könnten, sodass sie nicht vergleichbar seien. Der SoVD NRW dagegen bekräftigte stets seine Bitte um Aufklärung, was tatsächlich los ist. Doch selbst der Vorschlag, mit einem landesweit einheitlichen Verfahren zur Da-

tenerhebung für eine zukünftig „bessere“ Datenlage zu sorgen, stieß nicht auf Gegenliebe.

Thema wirft Frage nach Verfassungsrecht auf

Schließlich steht auch eine Frage von Verfassungsrang im Raum. Nämlich ob es dazu kommt, dass Betroffene die Wohnkosten aus ihren Regelsätzen bezuschussen müssen, weil sie keine Möglichkeit haben, der Lücke auszuweichen – zum Beispiel durch Umzug in eine billigere als „angemessen“ geltende Wohnung. In solchen Fällen wäre der vom Bundesverfassungsgericht mehrfach bekräftigte Anspruch Bedürftiger auf das (aus Sicht nicht nur des SoVD viel zu niedrige) „soziokulturelle Existenzminimum“, das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben verletzt. Deshalb darf es nicht das letzte Wort der weisungsbefugten Landesregierung bleiben, eine Aufklärung der Sachverhalte – und gegebenenfalls Maßnahmen mit dem Ziel einer einheitlichen und grundrechtskonformen Rechtsanwendung im Lande – zu verweigern.

Wenn Sie als Bürgergeld-Beziehende*r keine andere Möglichkeit sehen, als einen Teil ihrer Miet- und Heizkosten aus dem Regelsatz zu bezahlen, schicken Sie gern eine Schilderung des Sachverhalts per E-Mail an: m.veit@sovd-nrw.de. Der Landesverband leitet diese dann in anonymisierter Form an Minister Laumann weiter.

Autor: Daniel Kreutz, Vorsitzender des SPA NRW



Von links: Julia Kuhn, Referentin für Frauen- und Jugendpolitik, Landesgeschäftsführer Jens Eschmann, davor Janna Ahrens (Sprecherin der SoVD-Jugend), der Landesvorsitzende Franz Schrewe, Sarah Dehn (stellvertretende Sprecherin), Sebastian Freese (Vorsitzender SoVD-Jugend auf Bundesverbandsebene), Monique Rudolf, Andreas Hupe und Marlon Werner (Beisitzer*in).

SoVD-Landesjugendkonferenz 2024 in Düsseldorf

Mit neuem Vorstand aktiv in der Jugendpolitik

Am 17. Februar fand die Landesjugendkonferenz in Düsseldorf statt. Die Mitglieder der SoVD-Jugend NRW wählten einen neuen Vorstand für die nächsten zwei Jahre. Janna Ahrens wurde in ihrem Amt als Sprecherin erneut bestätigt.

Nach ihrer Begrüßung richteten der Bundesjugendvorsitzende Sebastian Freese, der SoVD-Landesvorsitzende Franz Schrewe und der Landesgeschäftsführer Jens Eschmann ihre Grußworte an die Teilnehmer*innen der Konferenz. Freese dankte dem bisherigen Vorstand für die geleistete Arbeit und warb für die Bundesjugendkonferenz im November in Berlin.

Franz Schrewe hob in seinem Grußwort die Bedeutung der Jugend für die Zukunft des Verbandes hervor. Er verwies zudem auf die Problemfelder, die der SoVD und die Jugend weiterhin an die Landesregierung herantragen werden: fehlende Barrierefreiheit, Wohnungsnot sowie Beseitigung von Kinder- und Jugendarmut. Jens Eschmann informierte die Jugend über die Entwicklung der Mitgliederzahlen der letzten 14 Jahre und den damit verbundenen Anstieg der geführten Verfahren. Er bekräftigte die Jugend weiterhin, am Verbandsleben und der Gremienarbeit teilzunehmen.

Für die Dauer von zwei Jahren wählte die Landesjugendkonferenz eine neue Landesjugendleitung. Mit einer Enthaltung wurde Janna Ahrens als Sprecherin der SoVD-Jugend wiedergewählt und Sarah Dehn wurde als stellvertretende Sprecherin gewählt. Zu Beisitzer*innen wählte die Landesjugendkonferenz einstimmig Andreas Hupe, Monique Rudolf und Marlon Werner. Die neue Landesjugendleitung besteht nun aus fünf Personen.

Janna Ahrens bedankte sich für ihre Wiederwahl und möchte zusammen mit den übrigen Mitgliedern der Landesjugendleitung in den kommenden zwei Jahren zu Forderungen des Jugendpolitischen Programms, die auf der Landesverbandstagung 2023 verabschiedet wurden, an die Landesregierung herantreten. Im Anschluss an die Wahlen konstituierte sich die Landesjugendleitung und besprach die Vorhaben für die kommende Amtszeit. Der SoVD NRW gratuliert allen gewählten Personen und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit!

Rentenberechnung bei Frauen

Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) bietet ihren Versicherten spezielle Gespräche zur Altersvorsorge an. In einem persönlichen Altersvorsorgegespräch wird das Einkommen geschätzt, das später voraussichtlich zur Verfügung steht. Die Berater*innen der Rentenversicherung informieren außerdem zu möglichen Förder-

möglichkeiten. Besonders für Frauen sind diese speziellen Intensivgespräche zu empfehlen.

Kinder werden zum Beispiel bei der Rentenberechnung besonders einbezogen, bei Mehrlingsgeburten wird die Zeit mehrfach berücksichtigt. Neben Kindererziehungszeiten werden auch Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung anerkannt.

Für Menschen, die Angehörige mit einem Pflegegrad 2 oder höher privat pflegen, zahlt die Pflegeversicherung unter bestimmten Voraussetzungen Beiträge zur Rentenversicherung.

Weitere Infos gibt es auf: www.deutsche-rentenversicherung.de unter dem Link „Intensivgespräche zur Altersvorsorge“. Quelle: DRV

www.sovd-nrw.de



Foto: eyetronic / Adobe Stock



Foto: Markus Bormann / Adobe Stock

Der Grundversorgungstarif ist trotz gefallener Börsenpreise bei einigen Energieanbietern in NRW nicht gesunken.

Marktanalyse der NRW-Grundversorgungstarife

Energie weiter zu teuer

Da seit 2024 mit dem Wegfall der Strom- und Gaspreisbremse die Energiekosten wieder in voller Höhe von den Verbraucher*innen getragen werden müssen, hat sich die Verbraucherzentrale NRW die aktuellen Grundversorgungstarife der nordrhein-westfälischen Anbieter für Strom und Gas genauer angeschaut.

Die Auswertung der Marktanalyse der Verbraucherzentrale NRW zum 1. Januar zeigt, dass das Preisniveau der Strom- und Gaspreise – trotz geplanter Preissenkungen von 14 bzw. 19 Prozent – deutlich höher ist, als die nachlassenden Preise auf den Energiemärkten vermuten ließen. Auch zwischen den Grundversorgungstarifen sind weiterhin sehr große Preisunterschiede festzustellen.

Bei Gas bewegen sich die Arbeitspreise zum 1. Januar zwischen 9,00 Ct/kWh und 26,54 Ct/kWh plus Grundpreis, bei Strom liegt die Spanne zwischen 29,81 Cent und 55,93 Ct/kWh plus Grundpreis. „Eine so große Preisspanne wirft Fragen auf. Zwar haben Energieversorger unterschiedliche Beschaffungsstrategien, die gewisse Preisdifferenzen erklären können. Dennoch sind die großen Unterschiede verwunderlich, zumal die Börsenpreise im Jahr 2023 deutlich zurückgegangen sind“, kritisiert Wolfgang Schuldzinski, Vorstand der Verbraucherzentrale NRW. „Wir fordern die NRW-Grundversorger mit überdurchschnittlichen Preisen daher auf, ihre Tarife auf ein marktübliches Niveau zu senken.“

Die Grundversorgung ist in vielen Kommunen damit wieder der teuerste Tarif am Markt. „Verbraucher*innen, die in der Grundversorgung sind, sollten ihren Tarif überprüfen. Häufig lohnt sich der Wechsel“, so Schuldzinski.

Ob dabei auch Sondertarife der Grundversorger eine Alternative sein können, hat die Verbraucherzentrale NRW ebenfalls untersucht. Die Gas-Sondertarife der Grundversorger sind mit durchschnittlich 11,32 Ct/kWh in etwa 2 Ct/kWh günstiger als die durchschnittlichen Gas-Grundversorgungstarife, doch auch hier gibt es große Preisunterschiede. Alternative Gastarife gibt es schon ab circa 9 Cent pro Kilowattstunde. Eine Familie, die aus der Grundversorgung heraus den Gasanbieter wechselt, kann rund 850 Euro pro Jahr sparen.

Bei Strom sieht es ähnlich aus. Die jährlichen Kosten für Strom aus der Grundversorgung variieren bei einem Jahresverbrauch von 3.000 kWh zwischen 1.060 Euro bis maximal 1.856 Euro. Wer von der Grundversorgung in den Sondertarif des Grundversorgers wechselt, kann durchschnittlich immerhin 160 Euro durch den Wechsel pro Jahr sparen. Die Preise liegen im Mittel bei 34,50 Ct/kWh. Bei alternativen Anbietern am Markt bekommt man Strom derzeit sogar ab circa 30 bis 32 Cent pro Kilowattstunde. Eine Familie, die aus der Grundversorgung hinaus den Stromanbieter wechselt, kann also durchschnittlich knapp 300 Euro sparen.

„Verbraucher*innen sollten individuell prüfen, ob bei ihrem Grundversorger vor Ort ein günstiger Sondertarif für Gas oder Strom vorhanden ist oder der Wechsel zu einem alternativen Anbieter ratsam wäre“, sagt Schuldzinski. „Besonders bei den alternativen Anbietern sollte man aber vor Vertragsabschluss mittels einer Internetrecherche überprüfen, ob das Unternehmen durch sein Geschäftsgebaren in der Vergangenheit negativ aufgefallen ist.“

Weitere Infos zur Gesamtauswertung, Grafiken zu Gas und Strom sowie eine Karte zu den Grundversorgungstarifen in NRW gibt es auf der Homepage unter: www.verbraucherzentrale.nrw/.

Quelle: Verbraucherzentrale NRW

Heinz Pütz war erneut in Geilenkirchen erfolgreich mit seinen Forderungen

Sozialamt barrierefrei umgebaut

SoVD-Mitglied Heinz Pütz setzt sich seit vielen Jahren für Barrierefreiheit ein. In seiner Heimat Geilenkirchen arbeitet er seit 2009 als Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderung. Nun kann er einen weiteren Erfolg vorweisen.

Heinz Pütz, Beisitzer im SoVD NRW-Landesvorstand und im Sozialpolitischen Ausschuss, hat es geschafft: Das Jugend- und Sozialamt in Geilenkirchen ist endlich barrierefrei. Bei der konkreten Gestaltung war Pütz mit einbezogen. Er ist sehr zufrieden mit dem Ergebnis: „Es gab keine Verpflichtung, dieses Bestandsgebäude umzubauen. Umso besser, dass man es trotzdem gemacht hat“. In Geilenkirchen gelte das Motto „Teilhabe für alle“, auch wenn noch viel zu tun sei, nicht nur hier, sondern im ganzen Land. Zur offiziellen Neueröffnung des Gebäudes waren die gesamte Verwaltung und die Medien eingeladen.

Das Jugend- und Sozialamt seiner Heimatstadt zeige jedenfalls, wie es geht und dass es geht: taktile Klingelanlage in zwei Höhen am Eingang (sodass sie auch von Rollstuhlnutzer*innen bedient werden kann), taktiles Leitsystem im ganzen Haus, ein barrierefreier Aufzug, mobile



Foto: Udo Stüsser, Medienhaus Aachen

Bürgermeisterin Daniela Ritterfeld und Heinz Pütz bei der Neueröffnung des Sozialamtes.

Hörschleifen (damit auch Menschen mit Hörschädigungen mit dem*der Sachbearbeiter*in kommunizieren können) und barrierefreie WC-Anlagen. Heinz Pütz ist begeistert: „Ja, hier wurde wirklich an alles gedacht. So muss es sein – und so sollte es auch anderswo laufen.“

Viele künftige Kund*innen werden diese Barrierefreiheit zu schätzen wissen – das Jugendamt ist inzwischen auch für finanzielle Hilfen für geistig und körperlich behinderte Kinder zuständig und hat diese Aufgabe vom Landschaftsverband übernommen.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Wulferdingsen

Am 17. Februar wurde im Ortsverband auf der Jahreshauptversammlung ein neuer Vorstand gewählt. Dazu war als Gast Kreisvorsitzende Gudrun Volkmann gekommen, die später auch die Wahlen leitete. In ihrer Rede dankte sie dem Vorstand für seine erfolgreiche ehrenamtliche Arbeit. Zum Jahresende hatte der Ortsverband 269 Mitglieder, auch dank der Sozialrechtsberatung und den angebotenen Veranstaltungen. So ist zum Beispiel für dieses Jahr vom 27. August bis 3. September eine Reise an die Mosel geplant.

Als Nächstes folgte die Ehrung langjähriger Mitglieder, darunter Erika Kuntemeier für 50 Jahre Zugehörigkeit zum SoVD (siehe oberes Foto).

Danach wurde der neue Vorstand gewählt: Reiner Haas ist der 1. Vorsitzende, sein Stellvertreter ist Gerhard Ruschmeier, Schriftführerin und Frauenbeauftragte ist Karin Gerth, zum 1. Schatzmeister und Eventmanager wurde Manfred Steinhauer gewählt, seine Stellvertreterin ist Nina Brinkmann, Beisitzer*innen sind Inge Tegeler, Anette Huxohl, Ilona Pahmeier und Harald Kröger.



Ortsverband Wulferdingsen



Ortsverband Wulferdingsen



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Kreisverband Witten



Kreisverband Witten



Kreisverband Witten

Kreisverband Witten

Der SoVD Witten veranstaltete auch dieses Jahr wieder im Saalbau Witten seine beliebte Weiberfastnacht. Unter den 250 Jecken nahmen bei bester Stimmung auch 30 Menschen mit Handicap der Lebenshilfe Witten teil. Diese bekommen seit Jahren Freikarten, was eine schöne Tradition geworden ist. Ehrengast und Vorstandsmitglied Michaela Engelmeier (siehe mittleres Foto), führte mit dem 1. Vorsitzenden Claus Fischer die Begrüßung durch.

ski (Beisitzer), Waltraud Kumpmann (Revisorin) sowie Peter Mischlack und Dirk Duddek (Revisoren).

Auf eigenem Wunsch standen Käte und Thorsten Vorsatz als Beisitzer*in nicht mehr zur Verfügung.

Zum Abschluss bedankte sich die 1. Vorsitzende Martina Bartz bei den Mitgliedern für das Vertrauen und war froh, dass es trotz der schwierigen Lage möglich war, einen funktionierenden und tatkräftigen Vorstand präsentieren zu können.

(Auf dem Foto, v. li: stehend: Elke Isendahl, Peter Mischlack, Martina Bartz, Uwe Fricke und Waltraud Kumpmann; sitzend Sigrid Radunski, Ursula Klein-Lindner, Silke Henning und Helmut Schöbel.)

Ortsverband Marl

Am 25. Februar fand die Jahreshauptversammlung des SoVD Marl statt. Unter Leitung der Kreisvorsitzenden Gabriele Helbig wurden auf der Veranstaltung auch Neuwahlen abgehalten. Mit einer Ausnahme wurde der komplette „alte Vorstand“ in seiner bisherigen Besetzung einstimmig bestätigt. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Martina Bartz (1. Vorsitzende), Uwe Fricke (2. Vorsitzender), Elke Isendahl (Schatzmeisterin), Ursula Klein-Lindner (Frauensprecherin), Helmut Schöbel (Schriftführer), Uwe Fricke (stellvertretender Schriftführer), Sigrid Radunski und Silke Henning (Beisitzerinnen), Lothar Radun-

Ortsverband Lübbecke

Krankheitsbedingt konnte Bernhard Kostka als 1. Vorsitzender die diesjährige Mitgliederversammlung nicht leiten. So sprangen kurzfristig Detlef Sassenberg, SoVD-Kreisvorsitzender, und Günter Steinmeier, Schatzmeister im Kreisverband, für ihn ein.

Auf der Tagesordnung standen unter anderem Berichte, Wahlen und Ehrungen langjähriger Mitglieder und Betreuer*innen. Zuvor aber nannte Detlef Sas-

senberg die neuesten Mitgliederzahlen. Noch im Dezember 2023 konnte das 10.000ste Mitglied im NRW-Kreisverband Lübbecke begrüßt werden und mit fast 1.800 Mitgliedern ist der SoVD Lübbecke der größte Ortsverein im NRW-Kreisverband Lübbecke.

Aus organisatorischen Gründen wurden die Ehrungen den Vorstandswahlen vorgezogen. Detlef Sassenberg ehrte für 20 Jahre Mitgliedschaft: Marie-Luise Gottschling, Elfriede Eschner, Gabriele Neubauer, Nico Schröder, Angelika Möller, Udo Schoss, Helga Redeker, Christel Büscher, Roswita Reschke, Berengar von Haugwitz und Dieter Gloger; für 25 Jahre: Matthias Frese, Grete Kupetz, Erwin Bökenheide, Ernst Günter Bulk, Irmgard Oeppling, Manfred Skubowius und Hans-Jürgen Drumowicz; für 30 Jahre Irmgard Rose und für 45 Jahre Gisela Grzenia (siehe Foto rechts unten).

Für über 20 Jahre Vorstandsarbeit wurde die ausscheidende 2. Vorsitzende Hanna Neubauer ausgezeichnet (siehe kleines Foto rechts).

Günter Steinmeier führte anschließend die Vorstandswahlen durch. Einstimmig gewählt bzw. wiedergewählt wurden Bernhard Kostka (1. Vorsitzender), Martina Hüffmeier (Schatz-



Ortsverband Marl

meisterin), Jürgen Ramm (stellvertretender Schatzmeister) unterstützt. Sandra Olschewski (Schriftführerin), Ada Kostka (stellvertretende Schriftführerin), Irmtraud Flachmann (Frauensprecherin), Ursula Wortmann (stellvertretende Frauensprecherin), Petra Hoppe, Berthold Brinkmeier und Ursula Wortmann (Revisor*innen) sowie Hans Peter Peitz, Angelika Möller, Günter Steinmeier und Andreas Hoppe (Beisitzer*in) (siehe linkes Foto unten).

Da Hanna Neubauer ihr Amt als 2. Vorsitzende nicht mehr ausüben möchte, muss diese Stelle zeitnah neu besetzt werden.



Ortsverband Lübbecke



Ortsverband Lübbecke



Ortsverband Lübbecke

5 Termine

Ortsverband Bielefeld Brackwede-Quelle

11. April, 17 Uhr: Versammlung, Gaststätte Taverne Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld-Quelle, Anm. erforderlich.

Ortsverband Essen Süd / Ost / West

Jeden ersten Mittwoch im Monat ab 17 Uhr: Stammtisch im Café Extrablatt, Rüttscheider Straße 58, 45130 Essen.

Ortsverband Essen-Kray

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Plaudercafé mit sozialpolitischen Themen im BGZ (Rathaus Essen-Kray), Kamblickweg 27, 45307 Essen.

Ortsverband Gelsenkirchen-Altstadt

Jeden 4. Donnerstag, 18 Uhr: Stammtisch in der Goldenen Gans, Alter Markt 10, 45879 Gelsenkirchen.

Ortsverband Heepen-Milse

9. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, Ev. Gemeindehaus, Vogtei Str. 5, 33719 Bielefeld. Anm. erbeten bei Peter Ilic, Tel.: 0521 / 14 38 639.

Ortsverband Hürth

5. April, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen, Gaststätte Braustuben, Nordring 3 (Ecke Sudetenstr./Horbeller Str.), 50354 Hürth.

Kreisverband Köln-Aachen-Bonn

12. April, 14.30 Uhr: Frauentreffen, DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Parterre 1. Raum links.

Ortsverband Köln-Südwest

5. April, 17 Uhr: Mitgliedertreffen, Gaststätte „Klaaf im Franzeck“, Lindenthalgürtel 58 (Ecke Franzstr.), 50935 Köln.

Ortsverband Marl

Kein Mittwochstreff am 1. Mai!

Ortsverband Neuenrade

Jeden ersten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken im Hotel Kaisergarten, Hinterm Wall 15, 58809 Neuenrade.

Ortsverband Schildesche

15. April, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung, Bäckerei Olson, Engerschestr. 74, 33611 Bielefeld.

20. April, 12 Uhr: Abfahrt zum Twistelsee Cafe im See mit Kaffeetrinken, Treff: Parkplatz der Gesamtschule, Preis 30 Euro.

Ortsverband Waldbröl / Rupichterath-Oberberg

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken, Räume der AWO Waldbröl, Schladerner Straße 10-12, 51545 Waldbröl.

Ortsverband Wellensieck

25. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, AWO-Mehrgenerationenhaus, Heisenbergweg 2, 33613 Bielefeld. Anm. erforderlich bei Helga Sack, Tel.: 05206 / 92 39 876.

Ortsverband Wulferdingsen

17. April, 18 Uhr: Vortrag von Kriminalhauptkommissar Oliver Thamm über Betrugsmaschen gegenüber Senior*innen.

23. April, 14 Uhr: Besichtigung der neuen Feuerwehrleitstelle in Hille, danach gemeinsames Kaffeetrinken.

Gegen Gewalt im Internet

Bedrohungen und Beschimpfungen im Netz gehören leider zum Alltag und oft sind diese von Frauenfeindlichkeit geprägt. Der Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen (AKF) lädt am **16. April um 19.30 Uhr** in die Melanchthon-Akademie, Kartäusergasse 9, 50678 Köln ein zu einer Veranstaltung über Gefahren und Folgen digitaler Gewalt im Internet und den sozialen Medien und wie

man bzw. frau sich zur Wehr setzen kann.

Wer nicht an der Versammlung teilnehmen kann, aber seine Erfahrungen schildern möchte, kann gerne über die Sozialrechtsberatung des Kreisverbandes Köln-Bonn-Aachen oder direkt mit der Kreisvorsitzenden Kontakt aufnehmen: Waltraud Brandt, SoVD-Kreisverband Köln-Bonn-Aachen, Tel.: 0221 / 61 43 79, E-Mail: brandt.w27@gmail.com.



Foto: Gina Sanders / Adobe Stock

Auch digitale Gewalt ängstigt.



Sozialberatung

Mitglieder können Termine in den SoVD-Beratungszentren telefonisch vereinbaren. Un-

terstützung bietet die Landesgeschäftsstelle an unter Tel.: 0211 / 38 60 30.

Weitere Informationen gibt es online unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.



Der Landesverband gratuliert

Allen Geburtstagskindern und Jubilar*innen wünscht der SoVD Nordrhein-Westfalen e. V. auf diesem Wege alles Gute und dankt für die Treue zum Verband. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aus Platzgründen nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht werden können.

KV Bergisches Land: Hannelore Böhm (91), Elisabeth Gründhammer (94), Hans Schiffers (100).

KV Bielefeld: Ingelore Fortmann (91), Klara Hartmann (91), Felicitas Wersin (91), Hannelore Isenberg (92), Christa Beckord (93).

KV Bochum-Hattingen: Irmgard Rosner (91), Gisela Clauss (94).

KV Dortmund: Gerda Rangol (90), Gertrud Friebe (92), Helmut Dziwis (95), Ingeborg Jeuschede-Wolf (96).

KV Düsseldorf: Robert Dambrowski (91), Gerhard Bertram (97), Johann Kunz (98), Josefa Schulz (99).

KV Westliches Ruhrgebiet / Niederrhein: Rosemarie Salewski (92).

KV Essen: Günter Grey (91).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Anneliese Blichke (93), Werner Schemkes (93), Werner Buchhaupt (94), Helmut Steinweg (100).

KV Hamm-Unna: Willi Demmer (90), Günter Heidenreich (90), Katharina Globert (91), Ilse Schriewer (91), Erika Tiemann-Nass (91), Hannelore Graf (92), Willi Gruß (92), Paula Steckel (93).

KV Herford: Hanna Ronning (91), Herbert Kruse (92), Alfred Meier (93), Brunhilde Schulz (94), Hermann Maschmann (98), Hildegard Kuschel (99).

KV Iserlohn-Hagen: Renate Wolfrum (90).

KV Köln / Bonn / Aachen: Horst Meyers (92), Siegfried Paul (92), Edeltraut Raebel (93), Anna Schwarzenberg (93), Ruth Steiner (97).

KV Lippe: Margit Frodermann (93).

KV Lübbecke: Gerda Borchering (90), Helga Buschmann (90), Erika Finke (90), Erich Helms (90), Anneliese Hilker (90), Edmund Mühlhölzer (90), Hans Östermann (90), Heinz Petring (90), Gerhard Weigelt

(90), Gertrud Wißbröcker (90), Albert Reddehase (91), Elisabeth Siebeking (91), Willi Steinkamp (91), Erna Braun (92), Anneliese Gülker (93), Heinrich Südmeier (93), Eberhardt Hitzeroth (95), Martin Horstmeier (95), Marie Schmidt (98).

KV Märkischer Kreis / Siegen-Olpe-Wittgenstein: Helga Bartsch (90), Eva Schmolke (92), Waltraud Schwarz (92), Herbert Fischer (93), Gertrud Weiland (93), Egon Mai (94), Alfred Hoppe (96), Gertrud Rehfish (96), Josefine Schmidt (96), Gertrud Harte (97), Ruth Weigel (98).

KV Minden: Ruth Ohlemeier (91), Gerhard Reimann (91), Gertrud Giese (96).

KV Recklinghausen: Wilhelm Markfort (90), Irmgard Gries (94), Anneliese Kutella (100).

KV Witten: Johannes Espenhahn (92), Waldemar Gauck (92), Hans-Egon Hübner (92), Erna Meyer (92), Horst-Eckhardt Arndt (93).

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.

Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 72 62 22 141, E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Fotos oder Texte.

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Wolfgang Wehmeyer (Bielefeld), Ralf Leimann (Dortmund), Achim Moritz (Gütersloh), Peter Frittgen, Ursula Lungenhausen (Hamm-Unna), Marta Hageböke, Gerda Schlottmann, Irma Schmidt (Lübbecke), Christa Daams, Lynne Hart-

mann (Märkischer Kreis), Marie Liese Schulze (Minden), Wilhelm Reuter (Westfalen-Ost), Gladys Armijo Carcamo, Wolfgang Wagner (Witten).

45 Jahre: Franz Stöver (Hamm-Unna), Helene Gardner (Iserlohn-Hagen), Gerhard Hildebrandt (Lippe), Rainer Köhne

(Lübbecke), Herbert Wortmann (Recklinghausen).

50 Jahre: Friedhelm Brockmeier (Lübbecke), Hans Werner Stelter (Witten).

60 Jahre: Günther Jahn (Düsseldorf), Margot Frey (Hamm-Unna), Dieter Schmidt (Westfalen-Ost).

Der SoVD-Landesverband fordert 3.000 Euro Inflationsprämie für Rentner*innen

Unterschrift jetzt abgeben!

Seit März sammeln die Ortsverbände Unterschriften, um der Forderung des SoVD nach einem Inflationsausgleich auch für Rentnerinnen und Rentner Gewicht zu verleihen. Denn diese Bevölkerungsgruppe ging bisher leer aus.

„Als ich von der Aktion gehört habe, war mir sofort klar: Da mache ich mit!“ Hans-Jürgen Chinnow aus Laboe ist Rentner. In den letzten Monaten konnte er in der Zeitung immer wieder lesen, dass viele Betriebe ihren Angestellten ein staatlich gefördertes Inflationsgeld überweisen. Auch viele Beamt*innen und Pensionär*innen haben bis zu 3000 Euro erhalten. „Und da frage ich mich schon lange: Wo bleiben wir Rentnerinnen und Rentner?“, so der 74-Jährige.

So sieht es auch Alfred Bornhalm. Der SoVD-Landesvorsitzende setzt sich gegenüber der Politik schon länger dafür ein, dass Rentner*innen in dieser Frage nicht leer ausgehen dürfen: „Rentnerinnen und Rentner haben im Durchschnitt ohnehin schon viel weniger Geld zur Verfügung als zum Beispiel Pensionärinnen und Pensionäre. Kein Mensch kann das nachvollziehen. Die Politik muss schnellstmöglich für Gerechtigkeit sorgen und auch den Bezieherinnen und Bezieher einer gesetzlichen Rente das Inflationsgeld überweisen.“

Um die Dringlichkeit der Situation für wirklich jeden begreifbar zu machen, sammelt der SoVD Schleswig-Holstein



Hans-Jürgen Chinnow aus Laboe hat bereits unterschrieben. Es geht um 3.000 Euro Inflationsgeld für Rentnerinnen und Rentner.

gemeinsam mit anderen Organisationen nun Unterschriften. „Viele Gewerkschaften sind dabei, auch die AWO“, so Alfred Bornhalm zum Auftakt der Aktion. „Wir brauchen möglichst viele Unterschriften, um gegenüber der Politik ein klares Signal zu setzen: Das lassen wir nicht mit uns machen! Auch Rentner*innen brauchen die Inflationsprämie.“

In den SoVD-Ortsverbänden wird bereits seit März fleißig gesammelt. Wenn auch Sie mitmachen möchten, können Sie sich die Liste zur Unter-

schrift einfach auf der Website des Landesverbandes herunterladen unter: www.sovd-sh.de. Einfach ausdrucken, unterschreiben, abschicken an: SoVD Schleswig-Holstein, Maria-Merian-Straße 7, 24145 Kiel. Sie haben kein Internet? Dann wenden Sie sich an Ihren SoVD-Ortsverband oder direkt an die Landesgeschäftsstelle in Kiel.

Gemeinsam können wir der Politik zeigen, dass die Geduld der Rentner*innen bald ein Ende hat. Unterschreiben Sie noch heute – für 3.000 Euro Inflationsprämie für Rentner*innen.



Editorial

Liebe Mitglieder,



Alfred Bornhalm

bei der Bekämpfung der Inflation der vergangenen beiden Jahre gibt es weiterhin eine gewaltige soziale Schiefelage. Weil vor allem Nahrungsmittel und Energie teurer geworden sind, reicht das Geld vor allem dort nicht zum Monatsende, wo es schon vorher knapp war. Reiche Haushalte müssen nun mal einen deutlich geringeren Anteil ihrer Einkünfte für die Dinge des täglichen Bedarfs ausgeben als Haushalte mit geringem Einkommen. Das Brot, die Möhren und die Nudeln kosten im Supermarkt für alle das Gleiche.

Vielen gesellschaftlichen Gruppen ist es durchaus gelungen, über gute Tarifabschlüsse die Teuerung zumindest teilweise zu kompensieren. Das ist in einem Land mit trotz schwächelndem Wachstum immer noch hohen Unternehmensgewinnen gut und richtig. Rentnerinnen und Rentner, bei denen die Armutsquoten nach der Pandemie neue Höchststände erreicht haben, können nicht gleichermaßen für ihre Interessen kämpfen. Streiks und harte Tarifauseinandersetzungen fallen als Mittel aus. Und weil das so ist, haben diejenigen, die für ihre Interessen anders streiten müssen in den vergangenen Jahren oft das Nachsehen gehabt. Das war schon während der Pandemie zu beobachten, als erst auf Druck der Sozialverbände Hilfszahlungen auch für Rentnerinnen und Rentner verabschiedet wurden.

Grund genug also, sich auf andere Art zu wehren. Die SoVD Landesverbände Schleswig-Holstein und Hamburg streiten nun zusammen mit dem VdK Nord, Gewerkschaften, der AWO und verschiedenen Senior*innenbeiräten für einen Inflationsausgleich in Höhe der Einmalzahlungen für die Beamt*innen der Länder: pauschal in den kommenden beiden Jahren jeweils 1.500 Euro steuerfrei für alle.

Hierfür werden wir in den kommenden Monaten mit Ihrer Unterstützung hoffentlich zehntausende Unterschriften sammeln, mit denen die Politik unter Druck gesetzt werden kann. Denn die Bekämpfung der Altersarmut muss endlich entschiedener angegangen werden. Und mit einer Einmalzahlung wird das nicht zu schaffen sein, diese würde nur die unmittelbare Teuerung abfedern. Vielmehr brauchen wir endlich ein deutlich höheres Rentenniveau – und wir brauchen eine Diskussion darüber, wie wir endlich alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Mit kosmetischen Reformen wie einem „Generationenkapital“ wird das nämlich nicht gelingen, zu gering werden von Expertinnen und Experten die Renditen eingeschätzt, die sich durch eine Geldanlage auf Pump auf dem Aktienmarkt erzielen lassen. Und ein nennenswerter Beitrag zur Stabilisierung der Rentenbeiträge ist dadurch ebenfalls nicht zu erwarten.

Dazu kommt: Wer wenig hat, kann auch nicht privat für das Alter vorsorgen. Andere Länder machen es uns vor, wie eine auskömmliche Rentenpolitik aussehen könnte. Damit es jetzt und in Zukunft reicht, brauchen wir voraussichtlich nicht weniger, sondern mehr Einwanderung zur Stabilisierung unserer Sozialsysteme und endlich auch wieder eine paritätische Finanzierung der Sozialversicherung. Wer etwas anderes behauptet, belügt sich und die Wählerinnen und Wähler.

Erst vor kurzem musste das Bundesarbeitsministerium eingestehen, dass jede zweite Frau und jeder dritte Mann in Deutschland aktuell zu wenig verdient, um nach 45 Beitragsjahren Anspruch auf eine Rente von mehr als 1.400 Euro netto zu bekommen. Um diesen Betrag zu erreichen, müsste man über die gesamten 45 Jahre brutto 3.887 Euro im Monat verdienen. Was dies für die sich schon in wenigen Jahren noch weiter verschärfende Altersarmut bedeutet, ist leicht auszumalen.

Es ist also höchste Zeit, den Druck auf die Politik zu erhöhen für eine gerechte Rentenpolitik!

Alfred Bornhalm,
Landesvorsitzender

Für einen erfolgreichen SoVD

In den kommenden Wochen werden Vertreterinnen und Vertreter aus den Orts- und Kreisverbänden in Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem Hauptamt über die Zukunft des SoVD diskutieren. Ziel der Treffen ist, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Säulen – Haupt- und Ehrenamt – in Zukunft noch reibungsloser und erfolgreicher gelingt.

In vier Regionalkonferenzen (Rendsburg, Husum, Neumünster und Lübeck) werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam Lösungen entwickeln, um das Ehrenamt im Verband zu stärken und attraktiver zu machen.



Foto: Claudia Paulussen/Adobe Stock

Im gemeinsamen Austausch von Ehren- und Hauptamt sollen Strategien zur Stärkung des Ehrenamts entwickelt werden.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Bad Segeberg

Ortsverband Bad Segeberg

Verschiedene Organisatoren und politische Parteien aus Bad Segeberg riefen Anfang Februar unter dem Motto „Gegen Rechtsextremismus für Demokratie – zusammen Haltung zeigen“ zu einer Kundgebung auf. Auch der Vorstand des SoVD-Ortsverbandes mit der Vorsitzenden Kirsten Grundmann war dabei – inklusive einer Mitarbeiterin aus der SoVD-Beratungsstelle.

Ortsverband Boostedt

Auf der Jahreshauptversammlung wurden langjährige Mitglieder ausgezeichnet. Ortsvorsitzende Sabine Lojewski (*s. Foto, re.*) ehrte ihre Mutter Inge Lojewski für 65 Jahre Mitgliedschaft (*s. Foto, li.*) und für 40 Jahre Gerhard Kähler. Nach der Entlastung des Vorstandes wurde Sabine Lojewski erneut zur 1. Vorsitzenden gewählt. Edmund Otte ist neuer 2. Vorsitzender.

Ortsverband Göhl

Knapp 60 Mitglieder wählten einen neuen Vorstand. Für die nächsten zwei Jahre wird Horst Gorke den Ortsverband leiten, Barbara Meß ist seine Stellvertreterin. Außerdem dabei: Schatzmeister Ingo Meß, Frauensprecherin Angelika Ott und Jessica Siepmann als Schriftführerin. Als Revisoren konnten Dieter Darms, Uwe Knoop und Jan Holger Götsch gewonnen werden.

Ortsverband Hennstedt

Auf dem traditionellen Neujahrsempfang läuteten über

100 Mitglieder gemeinsam das Jahr 2024 ein. Höhepunkt der Veranstaltung war das beliebte Grünkohlbüfett – eröffnet vom Vorsitzenden Heinz Martin Bock.

Ortsverband Schlutup

Im Jahr 1949 wurde im Lübecker Stadtteil Schlutup ein Ortsverband des damaligen Reichsbundes gegründet. Jetzt konnte er als SoVD seinen 75-jährigen Geburtstag feiern. Viele Mitglieder kamen, um dabei zu sein. Tradition, Gemeinschaftsleben und Solidarität – das sind gelebte SoVD-Werte, die im Ortsverband hochgeschätzt werden. Bärbel Badstehn-Friedrich ist seit vielen Jahren die Vorsitzende des Ortsverbandes. (*S. Foto: SoVD-Landesvorsitzender Alfred Bornhalm übergibt Bärbel Badstehn-Friedrich die Urkunde.*)

Ortsverband Lunden

Mehr als 1,5 Millionen Euro ergaunern Betrüger mittlerweile allein in Dithmarschen pro Jahr durch Internet- und Telefontricks. Grund genug für den Ortsverband, seine Mitglieder im Rahmen einer Präventionsveranstaltung für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren. Hauptkommissar Werner Heise von der Polizeiinspektion Itzehoe ging in seinem Vortrag auf die häufigsten Betrugsmaschen ein.

Ortsverband Hohenfelde

Der Vorstand um den Vorsitzenden Albert Wichelmann wurde einstimmig für zwei Jahre wiedergewählt. Außerdem



Ortsverband Boostedt

erhielten sechs langjährige Mitglieder ihre Ehrungen.

Ortsverband Pellworm

Auf der Insel Pellworm ehrte der Vorstand um die wiedergewählte Vorsitzende Ingelore Bruhn langjährige Mitglieder: Seit 20 Jahren ist Stefanie Schmidt an Bord. Darüber hinaus gab es Auszeichnungen für eine ganze Reihe von zehnjährigen Jubilarinnen. (*S. Foto, v.l.: Iris Salewski, Martha Fleischfresser, Ingelore Bruhn, Sigrid Thomsen, Käthe Andresen und Judith Marcussen.*)

Ortsverband Bredstedt

Auf der Mitgliederversammlung wählten 60 Teilnehmer*innen einen neuen Vorstand. Im Amt bestätigt wurden der Vorsitzende Hartmut Schier, Schatzmeister Jörg Asmus und Frauensprecherin Helga Jensen. Neu dabei sind Schriftführerin Michaela Petersen, Beisitzer*in Annelie Carstens und Siegmund Wallat. Als Revisor*innen wurden gewählt: Helga Schwarz, Herbert Schwiede und Bernd Schulz. Damit hat der Ortsverband endlich wieder einen kompletten Vorstand.

Ortsverband Schönkirchen

Der Ortsverband um die wiedergewählte Vorsitzende Almut Berneike konnte auf der gut besuchten Mitgliederversammlung auf ein erfolgreiches Jahr 2023 zurückblicken: 27 neue Mitglieder traten in den Verband ein. Gertrud Nowak wurde für ihre 40-jährige Mitgliedschaft geehrt, Irmgard Anders



Ortsverband Göhl



Ortsverband Hohenfelde



Ortsverband Pellworm



Ortsverband Bredstedt



Ortsverband Hennstedt



Ortsverband Schlutup



Ortsverband Lunden



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Wesselburen



Ortsverband Hohn-Friedrichsholm



Ortsverband Sankt Peter-Ording



Ortsverband Husum

und Karin Engler für 35 Jahre und Monika Köpke für 25 Jahre.

Ortsverband Wesselburen

Zum traditionellen Grünkohl-essen freute sich der Vorstand um Olaf Petersen über einen voll besetzten Saal. Im Anschluss an das Festessen nahmen alle Teilnehmer*innen an einer Verlosung teil.

Ortsverband Sankt Peter-Ording

Im SoVD Sankt Peter-Ording

geht der Vorstand in fast gleicher Besetzung in die nächste Amtszeit. Vorsitzender Nils Schaper wurde ebenso wiedergewählt wie Schatzmeister Uwe Groninga, Frauenbeauftragte Edeltraut Wischhusen und Schriftführerin Ingrid Bialek. Der bisherige 2. Vorsitzende Gerhard Ott trat nicht erneut an, Monika Grutzka hat jetzt das Amt inne. Außerdem erhielt Roswitha Müller-Westphal eine Auszeichnung, da sie dem Verband bereits seit 25 Jahren angehört.



Ortsverband Neumünster



Ortsverband Hoisdorf

Ortsverband Husum

Gemeinsam mit der örtlichen Polizei hatte der SoVD seine Mitglieder zu einer Präventionsveranstaltung eingeladen. Polizeihauptkommissar Pfeiffer berichtete über verschiedene Betrugsmaschen – unter anderem den nach wie vor häufig angewandten Enkeltrick. (S. Foto: Vorsitzender Ralf Fandrey mit Hauptkommissar Pfeiffer.)

Ortsverband Hohn-Friedrichsholm

Der SoVD Hohn-Friedrichsholm spendete die Einnahmen aus verschiedenen Sammelaktionen an das Rendsburger Tierheim.

Ortsverband Neumünster

Über 100 Mitglieder bestätigten den bisherigen Vorstand um Angela Wilke für zwei weitere Jahre. Schriftführer Peter Kammhoff ging nach 36 Jahren Vorstandsarbeit in den verdienten Ehrenamts-Ruhestand. Revisor Rüdiger Handel schied aus gesundheitlichen Gründen aus.

Ortsverband Hoisdorf

Auf der Jahreshauptversammlung ehrte der Vorstand um den Vorsitzenden Wolfgang Broszio zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige SoVD-Zugehörigkeit vom 10-jährigen bis 55-jährigen Jubiläum.

Die gute Arbeit des Vorstandes wurde mit der einstimmigen Entlastung und Wiederwahl (s. Foto) durch die Mitglieder belohnt.

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Gerda Bäckler,
langjährige Vorsitzende im Ortsverband Preetz,

Ursula Boyke,
langjährige Beisitzerin im Ortsverband Risum-Lindholm,

Ingeburg Martens,
langjährige Vorsitzende und Ehrevorsitzende im Ortsverband Windbergen,

Martina Moreitz-Kayser,
langjährige Revisorin im Ortsverband Kiel-Suchsdorf,

Christa Petersen,
langjährige Beisitzerin im Ortsverband Schwesing,

Else Reimers,
langjährige 2. Vorsitzende im Ortsverband Drage-Seeth,

Jürgen Schöning,
langjähriger Revisor im Ortsverband Giekau.

Wir bewahren den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken.



Auszeichnungen

Für 20-jährige Funktionärstätigkeit wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Hartmut Johannsen,
Ortsverband Stedesand,

Renate Kruschel,
Ortsverband Grömitz,

Petra Lenius-Hemstedt,
Ortsverband Aventoft,

Gerda Lorenzen,
Ortsverband Risum-Lindholm.

Für 25-jährige Funktionärstätigkeit wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Angelika Bade,
Ortsverband Schafstedt,

Heike Lauzening,
Ortsverband Nortorf,

Gunda Witt,
Ortsverband Oster-Wester-Ohrstedt.

Der Vorstand gratuliert herzlich.

SoVD-Familientag in der Tolk-Schau

Nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr lädt der SoVD Schleswig-Holstein auch 2024 wieder zu einem Familientag in die Tolk-Schau ein. Los gehts am 14. September ab 10 Uhr. Der vergünstigte Eintrittspreis in Höhe von 22 Euro für SoVD-Mitglieder gilt auch in diesem Jahr. Selbstverständlich erwarten wir Sie wieder mit einem separaten SoVD-Eingang, damit Sie die übliche Schlange an den Kassen umgehen können.

Weitere Infos rund um unsere Attraktionen und die Anmeldeformalitäten für diesen ganz besonderen Tag folgen in Kürze.



„Das ist kein Ehrenamt, in dem man nur gibt“

Karin Deuticke-Thies engagiert sich seit vielen Jahren ehrenamtlich im SoVD Schleswig-Holstein. Zum einen als stellvertretende Vorsitzende in ihrem Ortsverband Hasloh mit etwa 240 Mitgliedern. Und darüber hinaus als ehrenamtliche Beraterin, wenn es um Themen wie den Schwerbehindertenausweis geht.

__Hallo Frau Deuticke-Thies, so viele Jahre Ehrenamt: Warum tun Sie sich das eigentlich an?

So ein Ehrenamt bedeutet auch für mich viel Gewinn. Sowohl beim SoVD als auch in anderen Bereichen. Ich habe so viele Leute kennengelernt. Und es gibt immer wieder Erfolgserlebnisse. Deshalb kann ich sagen: Ein Ehrenamt ist wirklich etwas, das mir guttut. Und nichts, in dem man nur gibt.

__Wie hat es denn ganz konkret bei Ihnen mit dem SoVD angefangen?

Mitglied geworden bin ich vor knapp 20 Jahren, im Jahr 2005. Damals stand bei mir die sozialrechtliche Beratung im Vordergrund, weil ich selbst Unterstützung benötigt habe. Drei Jahre später wurden mein damaliger Mann und ich dann gefragt, ob wir im Vorstand in unserem Ortsverband Hasloh mitarbeiten möchten. Ich habe dann als Schatzmeisterin angefangen. Seit

2019 bin ich nun stellvertretende Vorsitzende.

__Sie wurden also aktiv angesprochen ...

Ja, genau. So läuft es häufig in Vereinen, weil sich die meisten Leute nicht unbedingt um ein Ehrenamt reißen. Aber noch einmal – und ich kann nur für mich persönlich sprechen: Das Ehrenamt ist eine riesige Bereicherung für mein Leben.

__Müssen Sie viel Zeit investieren?

Von müssen kann keine Rede sein, das Ehrenamt ist ja freiwillig. Aber da ich die Arbeit gern erledige, kommen in einer normalen Woche schon so fünf bis zehn Stunden zusammen. Vor größeren Veranstaltungen auch mal mehr.

__Das heißt, Sie organisieren im Ortsverband auch Veranstaltungen?

Ja, aber natürlich nicht allein.

Wir sind mehrere Personen im Vorstand. Auch die Reisen werden von uns gemeinschaftlich geplant. Viel Zeit geht bei mir persönlich jedoch für die Beratung in sozialrechtlichen Fragen drauf, das bieten wir hier in Hasloh auf Anfrage an. Da geht es dann zum Beispiel um Anträge zum Schwerbehindertenausweis oder einen Pflegegrad. Aber die Leute kommen auch mit anderen Anliegen. Wenn wir es vor Ort nicht lösen können, verweisen wir an die hauptamtlichen Kolleginnen in Pinneberg.

__Gibt es denn auch irgendwas, das nicht so gut läuft?

Im Großen und Ganzen habe ich über mein Ehrenamt im SoVD wirklich nichts zu meckern. Eine Zeit lang war es schwierig in der Zusammenarbeit mit dem Landesverband, da haben wir oft lange auf Informationen zu unseren Mitgliedern gewartet. Aber das ist mittlerweile viel besser



Karin Deuticke-Thies ist zweite Vorsitzende im SoVD Hasloh.

geworden.

Was ich mir wünschen würde: noch mehr und flexiblere Schulungsveranstaltungen für uns im Ehrenamt. Wenn jemand neu im Vorstand anfängt, kommen immer viele Fragen auf. Das könnte man mit mehr Seminaren besser auffangen.

__Und umgekehrt: Was sind Ihre schönsten Erlebnisse?

Es ist einfach schön zu sehen,

dass unsere Arbeit hier Früchte trägt. Wenn wir eine Veranstaltung anbieten, kommen die Leute – im Schnitt um die 80. Das gibt ein gutes Gefühl. Und ganz toll ist immer, wenn die Mitglieder nach einem Fest glücklich nach Hause gehen. Viele sagen auch ausdrücklich, dass eine Veranstaltung schön war und bedanken sich beim Vorstand. Dann weiß ich, dass meine Aufgabe hier wirklich sinnvoll ist.

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungscenter Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen des Monats März sind:

- Heidi Bornholdt (Kreisverband Stormarn),
- Kathrin Lohse (Kreisverband Dithmarschen),
- Manfred Umstädter (Kreisverband Lauenburg),
- Holger Zychski (Kreisverband Kiel),
- Helga Paulini (Kreisverband Lübeck),
- Ditha Nickel (Kreisverband Neumünster),
- Johannes-Ingwer Jensen (Kreisverband Nordfriesland).

Getreu unserem Motto – Gemeinsam sind wir bärenstark – nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 170.000 engagierte Mitstreiter.

Für das Jahr 2024 lautet unser Wahlspruch:

„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft. Werden Sie Mitglied!“

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot und die persönliche Arbeit seiner ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und sein unermüdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können Monat für Monat jeweils sieben Werber*innen eine Woche kostenlosen Aufenthalt in unserem Erholungscenter in Büsum gewinnen.

Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken. Nur dann können Sie zu den Gewinnern des einwöchigen kostenlosen Aufenthaltes in unserem Nordsee-Erholungscenter in Büsum gehören.

Medizinkohle als Erste Hilfe

Die Aktion Das sichere Haus (DSH) Hamburg rät Eltern von Kleinkindern, Medizinkohle in ihrer Hausapotheke vorrätig zu haben. Zeigt ein Kind nur leichte Vergiftungserscheinungen wie Blässe oder eine leichte Übelkeit, ist Medizinkohle eine wirksame Erste-Hilfe-Maßnahme. Sie bindet das Gift, das zusammen mit der Kohle nach drei

bis vier Stunden ausgeschieden wird. Bei der Anwendung gelten ein Gramm Kohle pro Kilogramm Körpergewicht als Richtschnur. Sie wird zerdrückt und in Wasser aufgeschwemmt. Kohlegranulat wird mit Wasser versetzt und geschüttelt.

Bei starken Vergiftungserscheinungen muss der Notruf 112 gerufen, ein Arzt oder eine

Klinik aufgesucht werden.

Typische Vergiftungsunfälle von Kleinkindern passieren zum Beispiel mit Medikamenten oder Pflanzen. Tipps zur Vorbeugung bietet die kostenlose Broschüre „Achtung! Giftig! Vergiftungsunfälle bei Kindern“ unter www.das-sichere-haus.de.

Quelle: DSH



Wichtige Rufnummern

112 – Notruf für Menschen in Not. 24 Stunden, kostenlos, auch ohne Mobilfunknetz und bei gesperrtem Handy. 112 wählen Sie bei Unfällen, Bränden oder wenn Notfallsituationen evtl. lebensbedrohlich sind.

110 – Notruf der Polizei. Bei Gefahr, Straftaten oder dem Verdacht. Wählen Sie 110 immer dann, wenn Sie sich bedroht fühlen, Sie sich in Gefahr befinden oder die Situation gefährlich werden könnte.

116 117 – Ärztlicher Bereitschaftsdienst. Hier erhalten Sie Hilfe außerhalb von Sprechzeiten und bei nicht lebensbedrohlichen Krankheiten, und Sie erfahren den Standort der

nächsten Bereitschaftsdienstpraxis.

- **Patientenombudsverein** bietet Rat und Hilfe für Patient*innen: für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg unter Tel.: 04343/42 41 62;
- für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg unter Tel.: 04331/70 84 882;
- für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland unter Tel.: 04641/98 73 69;
- für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg unter Tel.: 04631/44 13 447.

Bei Fragen zur Pflege gibt es Rat unter Tel.: 04531/80 49 38.

Kindernottelefon – erreichbar anonym und gebührenfrei unter Tel.: 0800/11 10 333 (montags bis samstags von 14 bis 20 Uhr).

Unabhängige Patientenberatung (UPD) – gebührenfrei und bundesweit erreichbar unter Tel.: 0800/01 17 722.

Pflegenottelefon – Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte erhalten Rat und Hilfe unter Tel.: 01802/49 48 47.

Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, erreichbar unter Tel.: 0431/98 81 620.